

umfassender ist und nicht auf die (im engeren Sinne) Ökonomie beschränkt sein darf, ist es an dieser Stelle notwendig, auf die bedingte Aussagekraft der Ergebnisse der nachfolgenden Untersuchungen hinzuweisen. Schließlich ist die Übergangsgesellschaft gerade dadurch gekennzeichnet, daß die überkommene Trennung von Politik und Ökonomie (als Ausdruck der unbewußten Vergesellschaftung in der kapitalistischen Produktionsweise) sukzessive aufgehoben resp. überwunden wird. Wenn daher die Sphäre des Politischen (hier als umfassende Regulierung und Beherrschung des gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozesses durch die Gesellschaft) in immer stärkerem Maße die Sphäre der Ökonomie überlagert und damit die Produktion den Bedürfnissen der Gesellschaft untergeordnet wird, so ist zu untersuchen, inwieweit die Politik selbst (ihre Ausformulierung und die Institutionen ihrer Durchsetzung) den Prozeß der bewußten Vergesellschaftung befördert bzw. die entscheidende Kraft in diesem Prozeß ist. Eine solche umfassende Analyse erfordert also – um hier nur einige Punkte zu benennen – die Untersuchung

- der gesellschaftlichen Organisationen, insbesondere der Partei und der Gewerkschaften, in ihren doppelten Funktionen als Organe der Willensbildung resp. der Vertretung der Interessen der Arbeiter auf allen Ebenen der Gesellschaft und als „Transmissionsriemen“ der Formen und Institutionen der Sozialisation (Familie, Schule ...)
- der Entwicklung der wissenschaftlichen Arbeitsorganisation im unmittelbaren Produktionsprozeß; der Realisierung der Forderung, diese Formen der Arbeitsorganisation (als eine Form der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkraft der Arbeit) mit der Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiter zu verbinden
- der Entfaltung sozialistischer Demokratie als Vergesellschaftung der Entscheidungsprozesse in allen Bereichen der Gesellschaft.

Erst eine so angegangene umfassende Untersuchung der existierenden Übergangsgesellschaften läßt hinreichende Schlüsse über die Entwicklungsrichtung dieser Länder zu. Allerdings wird eine solche Arbeit nicht zuletzt dadurch erschwert, daß die Empirie uns weitgehend verschlossen bleibt, andererseits die vorhandenen und verfügbaren veröffentlichten Untersuchungen von DDR-Theoretikern nur allzuoft in apologetischer Weise mit dem Material verfahren, was sowohl eine kritische Diskussion in der DDR erschweren dürfte als auch eine solidarische Auseinandersetzung mit ihnen.

In diesen umfassenderen Zusammenhang sind auch die nachfolgenden Aufsätze einzuordnen, die gerade darin ihre Relevanz haben, daß sie das Verhältnis von Politik und Ökonomie in den Übergangsgesellschaften am Beispiel der DDR an ihrer Nahtstelle, der Umsetzung der Politik in der materiellen Produktion, untersuchen.

Jürgen Hoffmann

Christel Neusüss

Wolfgang Müller

Dieter Staritz

Renate Damas

ZUR PROBLEMATIK DER DOPPELTEN WIRTSCHAFTSRECHNUNG AM BEISPIEL DER WIRTSCHAFTSREFORMEN IN DER DDR *

I. Einleitung

1. Zur Problematik der Kategorien „dezentral-zentral“

Wenn der Darstellung und kritischen Reflexion über die Entwicklung der „Wirtschaftsreformen“ in der DDR Ausführungen vorangestellt werden, in denen die Vorstellungen hinsichtlich eines stärker zentralen bzw. dezentralen Modells an Hand von Bettelheim und Brus entwickelt werden, dann nicht deshalb, weil ich der Ansicht bin, daß damit bereits die entscheidende Ebene der Auseinandersetzung mit hoch entwickelten osteuropäischen Staaten angesprochen wäre. Die Ebene zentral – dezentral (oder gar verkürzt: Plan/Markt) ist aber zumindest bis vor kurzem in mehrerer Hinsicht Ausgangspunkt kritischer Reflexionen gewesen.

Auch heute läßt sich nachweisen, daß sie auch noch bei den Kritikern implizit enthalten ist, die meinen, daß in den osteuropäischen Staaten die Arbeiterklasse ihre Macht an eine herrschende Klasse verloren habe, was m.a.W. bedeutete, daß die Arbeiterklasse in diesen Staaten die Macht schon einmal in Händen gehabt hätte (und zwar solange, wie Stalin herrschte). Dieser sehr personalistischen Argumentationsweise liegt die Annahme zugrunde, daß das zentrale Wirtschaftssystem, wie es sich in der UdSSR herausgebildet hatte und als Grundmodell nach 1945 auf die „Volksrepubliken“ übertragen wurde, im Gegensatz zu den dann geschaffenen dezentraleren Strukturen nicht mit sozialistischen Vorstellungen konfligiert. Zentrale Planung wird in dieser Argumentation sakrosankt, sie wird mit gesamtgesellschaftlich für diese Staaten weitgehend gleichgesetzt. Insofern argumentieren auch die

* Hiermit möchte ich Dieter Staritz, Christel Neusüss und Jürgen Hofmann für die kritische Durchsicht des Manuskripts, für Anregungen und Hinweise herzlich danken.

extremsten Kritiker – nämlich jene, die heute von einer Klassenherrschaft über die Arbeiterklasse sprechen – auf der Ebene zentral – dezentral.

Sie fragen nicht, ob das zentrale Planungssystem, wie es in der DDR bis 1963 herrschte

- überhaupt die bewußte Vergesellschaftung von Planungs- und Leitungsprozessen ermöglichte und somit auch eine Akkumulation sozialistischer Kultur zuließ
- die Aufhebung der Arbeitsteilung, damit die Aufhebung einer starren Trennung in Kader und Massen und damit die Aufhebung von Herrschaft als einer spezifischen Funktion tendenziell initiierte
- einen „Überschuß“ an „Bürokratie“ mit sich brachte. (Überschuß insofern reflektiert werden mußte, inwieweit die UdSSR in der damaligen weltpolitischen Situation der totalen Isolierung und Einkreisung andere als die eingeschlagenen Möglichkeiten hatte. Es mußte also unter Einbezug der historischen Bedingungen reflektiert werden, inwieweit Herrschaft u. U. notwendig zur besonderen Funktion werden mußte und inwieweit sie sich verselbständigte. Die Verselbständigung bezeichne ich hier etwas lax als Überschuß).
- von jenem historischen Zeitpunkt ab, an dem es nicht mehr einfach um eine simple Erweiterung der Produktion ging (die mit dem vorhandenen System – wenn auch keineswegs ohne ökonomische und gesellschaftliche Kosten – noch zu bewältigen war), ab dem folglich über viel kompliziertere und komplexere Prozesse entschieden werden mußte, aufgrund der gesamtwirtschaftlichen Ineffizienz sich nicht negativ auf die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung auswirken mußte. Denn wenn festzustellen ist, daß das Planungs- und Leitungssystem sich z. B. so auswirkte, daß – wie weiter unten noch zu zeigen sein wird – die Steigerung der Produktivität als wirtschaftlich unrentables Verhalten der Betriebe erscheint, so wird Bewußtseinsbildung, Arbeitsplatzsituation und Befriedigung historisch entwickelter Bedürfnisse in eigenartiger Weise auseinander genommen.
- in hochentwickelten sozialistischen Staaten, in denen es nicht einfach um die extensive Erweiterung der Reproduktion geht, mit seiner ausschließlichen Wirtschaftsrechnung ex ante (zumal auf dem heutigen Stand von Wissenschaft und Technik) möglich ist oder ob die gegebene Situation, auch gesamtgesellschaftlich betrachtet, nicht vielmehr eine doppelte Wirtschaftsrechnung erfordert – nämlich eine Wirtschaftsrechnung ex ante und eine ex post mittels indirekter Zentralisierung über den eingeschränkten Gebrauch von Wertkategorien.

Kritik, die sich den vorhandenen Problemen, die gerne als technizistisch bzw. ökonomistisch abgetan werden, nicht stellt, bleibt jedoch notwendigerweise abstrakt und unverbindlich, weder tangiert sie die sog. herrschende Klasse noch diejenigen, für die man damit zu sprechen meint. Daß die Diskussion auch heute noch weitgehend von der Gegenüberstellung zentral – dezentral ausgeht, zeigt sich aber nicht nur daran, daß das Wirtschaftssystem der UdSSR bis 1956 praktisch nicht kritisiert wird, womit zentral hier mit sozialistisch gleichgesetzt wird, sondern auch an der Kritik hinsichtlich der Dezentralisierungsmaßnahmen. Die Tatsache, daß in den Neuen Ökonomischen Systemen Wertkategorien stärker aufgegriffen werden, genügt bereits zur Negation der Maßnahmen, zur Beschwörung der sog. kapitalistischen Restauration. Damit wird m.E. die Marxsche Kritik der politischen Ökonomie in scheinbar besonderer Anlehnung an sie ökonomistisch verkürzt. Es wird nicht danach gefragt, ob bedingt durch die Benutzung, durch den Gebrauch, diese Kate-

gorien partiell und in verschiedener Abstufung von anderer Qualität sind und damit nicht mehr dasselbe aussagen.

Diese Kategorien sind im Kapitalismus Kategorien, die gesellschaftliche Prozesse, zwischenmenschliche Beziehungen selbst beherrschen, da oberflächlich betrachtete Beziehungen zwischen Sachen sich als Beziehungen zwischen Menschen erweisen, die sie verschleiern. In einer Gesellschaft aber, in der Wertkategorien zur bewußten Gestaltung gesamtwirtschaftlicher Prozesse dienen und bewußt gestaltet sind, muß danach gefragt werden, ob ihre bewußte Gestaltung zur bewußten Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse ihre Qualität nicht insofern verändert, als in ihnen einerseits nur abgeschwächt – wie abgeschwächt ist zu fragen – Beziehungen zwischen Menschen zum Ausdruck kommen und andererseits verstärkt bewußte Beziehungen der Menschen zur Natur, womit die Aneignung der Natur allmählich in den Vordergrund tritt.

Die Tatsache der verstärkten Verwendung von Wertkategorien sagt demzufolge als solche wenig aus, vielmehr ist die Frage nach ihrer konkreten Gestaltung und nach dem Prozeß ihrer Gestaltung zu stellen. Es ist danach zu fragen, inwieweit sie auf einem bestimmten Entwicklungsstand notwendigerweise stärker aufgenommen wurden zur Bewältigung der Aneignung der Natur, inwieweit sie Ausdruck der Tatsache sind, daß Verstaatlichung und stärker zentrale Planung nicht mit dem unmittelbar gesellschaftlichen Charakter der Arbeit gleichgesetzt werden können. Es ist weiterhin danach zu fragen, ob nicht beide Systeme – dasjenige, das ausschließlich auf Wirtschaftsrechnung ex ante ausgerichtet ist und dasjenige, das doppelte Wirtschaftsrechnung durchführt – die Privatheit der Interessen perpetuieren, weshalb die Wertkategorien, soweit sie über gesellschaftliche Beziehungen Aussagen machen, nur noch abgeleiteter Natur sind. Wenn dem so ist, kann sich kritische Wissenschaft, die sich mit osteuropäischen Staaten befaßt, auch nicht mehr als Kritik der politischen Ökonomie im vollen Marxschen Sinne begreifen. Solange die Tatsache der Übernahme der Wertkategorien weitgehend genügt, um eine Restauration des Kapitalismus festzustellen, solange nicht untersucht wird, was die Kategorien miteinander gemein haben bzw. inwieweit sie bereits in Kategorien wirtschaftlicher Rechnungsführung übergegangen sind, bewegt sich die Kritik entgegen ihrer eigenen Intention auf der ökonomistisch geronnenen Ebene zentral - dezentral.

Diese Ebene wird scheinbar überdeckt, indem man auf dezentrale Maßnahmen – positiv interpretiert – in China verweist. Auf dem gemeinsamen geringen Wissensstand über China lassen sich hinsichtlich einer solchen Vorgehensweise einige Einwände formulieren, die sich auf die verschiedenen Ausgangsbedingungen beziehen

- Was in solchen Hinweisen prinzipiell vergessen wird, ist die Tatsache, daß sich in China innerhalb eines jahrzehntelangen revolutionären Prozesses z. T. eine bewußte Vergesellschaftung der bäuerlichen Massen herausgebildet hatte, eine Vergesellschaftung, die zunächst zwar negativ gerichtet war als Solidarität im Kampf gegen den inneren und äußeren Klassenfeind, die aber immer auch – in den befreiten Gebieten – schon als positive Vergesellschaftung des Produktionsprozesses praktiziert wurde und somit insgesamt eine wesentliche Grundlage für die bewußte Vergesellschaftung der Produktion nach der Revolution bildet. In diesem Prozeß bildet sich gleichzeitig eine Partei heraus, welche revolutionäre Erfahrung akkumulieren und in die Form des Aufbaus des Sozialismus einbringen kann.
- China hatte, trotz der nicht gerade revolutionsfördernden Politik der UdSSR un-

ter Stalin, weltpolitisch gesehen wesentlich günstigere Ausgangsbedingungen, insofern durch die Existenz der UdSSR und der anderen „Volksrepubliken“ die Existenz Chinas von außen betrachtet kaum in Gefahr schien und China nicht im selben Maße in den „Kalten Krieg“ einbezogen war wie etwa die DDR. Damit ist der Spielraum für gesellschaftliches Handeln zweifelsohne größer, die Maßnahmen sind so stärker von den Zielvorstellungen her bestimmbar.

- China hatte aufgrund der Unentwickeltheit des Landes mehr das Problem ständisch-patriarchalischer Schichten als Klassenprobleme zu bewältigen. Die Außensituation konnte sich so weniger verhängnisvoll mit der inneren verbinden und gegen die Revolution wenden, insofern es kaum eine bürgerliche Klasse gab, eine Klasse, deren Macht auf ökonomischer Macht, auf der Gestaltung der innergesellschaftlichen Verkehrsformen gründete. Eine ständisch-patriarchalische Gesellschaft ist jedoch im Zuge einer Revolution unmittelbar zu beseitigen als eine bürgerliche Gesellschaft, in der die Erringung der politischen Macht lediglich die Voraussetzung zur allmählichen Umgestaltung der gesellschaftlichen Prozesse darstellt.
- Die Beseitigung überkommener ständisch-patriarchalischer Strukturen als ein wesentlicher Inhalt der Revolution impliziert zwar, daß die Entwicklung der Produktivkräfte als materielle Vergesellschaftung des Produktionsprozesses noch geleistet werden muß, bildet aber in anderer Hinsicht auch wieder günstigere Voraussetzungen für die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft als die entwickelte bürgerliche Klassengesellschaft. Weil in der ständisch-patriarchalischen Gesellschaft der Produktionsprozeß noch als gesellschaftlicher gewußt wird, wenn auch in der bornierten Form, in welcher er sich noch nicht aus dem Naturzusammenhang gelöst hat, kann beim Aufbau des Sozialismus an Bewußtseinsmomente angeknüpft werden, welche die Reproduktion des individuellen Lebens als gesellschaftliche begreifen. Dies muß gegenüber einer Position hervorgehoben werden, welche der Dezentralisierung über Wertkategorien in der DDR positiv das Beispiel dezentralisierter Planung in China entgegenhält. Denn hier wird außer acht gelassen, daß der Aufbau des Sozialismus in einem Land mit entwickelten bürgerlichen Vergesellschaftungsformen vor allem dann auf ungeheure Schwierigkeiten stoßen muß, wenn sich das Proletariat nicht in einem langen revolutionären Prozeß die „ganze alte Scheiße“ vom Hals geschafft hat: nämlich die Herausbildung der Gesellschaftsmitglieder als Privatindividuen, den Verlust eines bewußten gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs.
- Bei der unentwickelten Struktur der chinesischen Wirtschaft kommt es zuerst einmal auf eine extensiv erweiterte Reproduktion an, in dieser Phase ist die Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse deshalb aber auch einfacher. Hinzu kommt, daß aufgrund der außenpolitischen Situation China sich ein prinzipiell langsames Entwicklungstempo leisten kann, das auf längere Frist gesehen nicht einmal weniger optimal hinsichtlich der Gestaltung gesamtgesellschaftlicher und gesamtwirtschaftlicher Prozesse sein muß, da mit viel geringeren gesellschaftlichen Kosten verbunden. Der ganz andere Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und die auf kollektive Lebensformen angelegten tradierten Werte machen so Dezentralisierung in anderem Sinne möglich – nämlich Dezentralisierung wirklicher Entscheidungskompetenzen, Bildung wirklicher Entscheidungseinheiten, die nur locker untereinander verbunden zu sein brauchen, da sich die wirkliche

materielle Vergesellschaftung des Produktionsprozesses noch nicht herausgebildet hat.

Kritik an Hand eines „chinesischen Modells“ wird abstrakt, wenn sie sich den konkreten Bedingungen und Schwierigkeiten nicht stellt, z.B. den Schwierigkeiten, die sich aus tradierten Werten und Lebensformen ergeben, z.B. den Schwierigkeiten bei der Gestaltung gesamtwirtschaftlicher Effizienz auf einem hohen technologischen Entwicklungsstand. Konkret würde eine solche Kritik werden, wenn sie z.B. in der Lage wäre aufzuzeigen, wie gesamtwirtschaftliche Effizienz trotz aller „Reformen“ unzulänglicher als möglich erreicht wird aufgrund der Tatsache, daß – sei es innerhalb verstärkter zentraler oder dezentraler Strukturen – überkommene Verhaltensweisen perpetuiert werden. Dann ließe sich zeigen, warum in sozialistischen Staaten sozialistische Vorstellungen zu moralischen Appellen gerinnen, denen die verselbständigte Stimulierung materieller Interessen korrespondiert. Jenseits konkreter Kritik reduziert sich sozialistische Kritik ihrerseits auf eine moralische Position.

Um die Schwierigkeiten, die sich der Gestaltung wirtschaftlicher Prozesse in ihrem Doppelcharakter der Beziehung der Menschen untereinander und ihrer Beziehung zur Natur stellen, aufzuzeigen, gehe ich im folgenden von der Betrachtung zentraler bzw. dezentraler Vorstellungen aus. Dieses Verfahren entspricht einerseits der historischen Entwicklung und andererseits den geführten Diskussionen. Damit bezeichne ich jedoch nicht die Ebene zentral – dezentral (und schon gar nicht, wenn sie mit Plan/Markt gleichgesetzt würde, was ich nicht tue) als die entscheidende. Vielmehr sollte deutlich werden, daß bei aller Wichtigkeit der Unterschiede und ihrer jeweiligen ökonomischen bzw. umfassenderen Auswirkungen sowohl gegenüber stärker zentralen wie dezentralen Lösungsversuchen auf einer höheren Abstraktionsebene dieselben Einwände zu formulieren sind.

Teilt man die Planungskonzeptionen grob in zwei Modelle, nämlich in ein stärker auf direkt zentrale und in ein stärker auf indirekt zentrale Mechanismen orientierte ein, dann läßt sich heute in bezug auf ein stärker zentrales Modell feststellen, daß bei den gegebenen Schwierigkeiten (z.B. Informationsermittlung, Bedarfsermittlung, Bilanzierungsprozessen etc.) die Orientierung der Betriebe und Individuen auf die gesamtwirtschaftlichen Ziele nicht erzwungen werden kann. Zu der Annahme, daß das freiwillig geschieht, besteht jedoch so lange keine Veranlassung, als dies nicht für den einzelnen Betrieb und/oder die in ihm arbeitenden Individuen optimale Bedingungen impliziert, was gar nicht sein kann, da die einzelwirtschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Interessen längst nicht in jedem Fall z.B. in Anbetracht des Mangels an Ressourcen kongruent sein können.

Die Diskrepanz von Einzelinteresse und gesamtwirtschaftlichen Interessen soll hier nicht ahistorisch als Konstante eingeführt werden, vielmehr ist sie in ihrer vollen Herausbildung der Herausbildung und Entwicklung der erweiterten Reproduktion geschuldet, der die Freisetzung und Privatisierung der Individuen voran- und mit der sie einhergeht. Die negativen Auswirkungen der gewordenen und gegebenen Nicht-Identität der Interessen in ihren Einzelheiten lassen sich daher langfristig nur dann aufhebbar denken, wenn es gelingt, über die Vergesellschaftung von Entscheidungsprozessen das überkommene private Interesse aufzubrechen. Geschieht das nicht, soll infolgedessen Interessenidentität lediglich über technisch-ökonomische Mittel erreicht werden, so ist ihr partielles Scheitern von vornherein sowohl von den technisch-ökonomischen Schwierigkeiten aus betrachtet, wie von der Tatsache aus, daß durch die betriebene Politik das Privatinteresse verfestigt wird, garantiert.

Die Zentrale ist, wenn sie den Versuch einer direkten Steuerung unternimmt und nicht mit indirekten Mitteln eine gesamtwirtschaftliche Orientierung versucht, auf eine Fülle von Informationen von „unten“ angewiesen. Diese Informationen sind, unter der realistischen Annahme einer – vorsichtig ausgedrückt – nicht durchgängig vorhandenen Interessenidentität, nicht objektiv, nicht optimal im Sinne der Gesamtwirtschaft, vielmehr durch die betrieblichen Interessen bestimmt, was selbstverständlich Auswirkungen auf die Funktionsfähigkeit des Wirtschaftssystems hat, darüberhinaus jedoch auch gesellschaftliche Kosten verursacht¹⁾, insofern mit detaillierter Planung untere Entscheidungsebenen zu gesamtgesellschaftlich richtigem Verhalten hingezwungen werden sollen. Sie sollen die festgelegten Pläne genau erfüllen, die auch deshalb so festgelegt werden, weil mit der Privatheit der Interessen gerechnet wird. Damit werden die Interessen jedoch andererseits auch perpetuiert; von „unten“ wird so reagiert, wie es die Zentrale in und mit ihrem traditionellen Verhinderungsversuchen indirekt erwartet. Den Kosten scheint aber die Möglichkeit gegenüberzustehen, die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung bedingt durch zentrale Entscheidungsmöglichkeiten transparent und gesellschaftlich ausgleichend bestimmen zu können.

Beim dezentralen Modell scheinen die Kosten ebenfalls doppelter Natur zu sein. Versucht man die wirtschaftliche Entwicklung indirekt über Preise, materielle Anreize, Gewinne etc. zu steuern, so bedürfte es eines optimalen Systems von Regelungen – das bis heute noch nicht entwickelt wurde –, um mit ihm zu sichern, daß nicht erneut einzelwirtschaftliche Entscheidungen die gesamtwirtschaftlichen und damit die gesamtgesellschaftlichen Ziele gravierend tangieren, zumal weder einzelwirtschaftliche Rentabilität noch gar der Gewinn des einzelnen Betriebs etwas über gesamtwirtschaftliche Effizienz aussagen. Beispielsweise können die externen Effekte einer Investitionsentscheidung – falls die Dezentralisierung soweit geht – eines Betriebes, die für ihn selbst vorteilhaft ist, enorm hoch sein. Die gesamtwirtschaftlichen Kosten sind infolgedessen darin begründet, daß einzelwirtschaftliche Gewinne oder auch einzelwirtschaftliche Rentabilität keineswegs identisch mit gesamtwirtschaftlicher Effizienz sein müssen bzw. oft sein könnten.

Soll die Orientierung auf gesamtwirtschaftliche Ziele im dezentralen Modell nicht hinterrücks mit Lenkungsmechanismen erzwungen werden, dann wird auch beim dezentralen Modell die unrealistische Annahme der Interessenidentität vorausgesetzt. Ansonsten müßte eingeräumt werden, daß dezentrale Entscheidungen nicht identisch mit gesamtgesellschaftlich optimalen Entscheidungen sind oder auch nur sein können.

Darüber hinaus muß die Frage gestellt werden, ob dieses Modell nicht noch weitere Kosten mit sich bringt, nämlich Kosten, die das Modell als sozialistisches in Frage stellen. Wieweit können überhaupt in Anbetracht der Prämissen zentrale und damit – theoretisch – gesamtgesellschaftliche Entscheidungen nach „unten“ verlagert (bzw. aufgegeben) werden? Anders formuliert: kann ein solches System indirekter Lenkungsinstrumente gefunden werden, das auf die gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Ziele hin orientiert, ohne daß ein solches System als System nicht bereits die Aufgabe der angesprochenen Ziele darstellt?

Beide Grobmodelle sozialistischer Produktionsweise verursachen infolgedessen zumindest solange gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Kosten,

1) Abgesehen davon ist der Zusammenhang zwischen gesamtwirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Entscheidung und der damit zusammenhängende Informationsaustausch auch ein nicht zu unterschätzendes technisches Problem.

solange man nicht von einer Interessenidentität in einem stärker zentral orientierten Modell²⁾ ausgehen kann. Wäre diese in der Realität gegeben, wäre der Kampf um richtige Lösungen weitgehend überflüssig, er würde sich auf die Diskussion technischer Probleme reduzieren. Wirtschaftliche Prozesse verlören ihren Doppelcharakter; die Probleme reduzierten sich auf Fragen der Beherrschung der Natur. Wissenschaft, die sich mit Problemen der Gestaltung der Produktionsprozesse befaßt, wäre nicht mehr zwischen politischer Ökonomie und gesellschaftlicher Technologie anzusiedeln, sondern wäre technologische Wissenschaft. Daß der Kampf geführt wird – und der Wechsel in den wirtschaftlichen Maßnahmen verweist auch auf die Konflikte –, ist bereits der Beweis für die nicht gegebene Interessenidentität und für die Schwierigkeiten, gesamtwirtschaftliche und gesamtgesellschaftliche Beziehungen bewußt zu gestalten, sei es mit Hilfe eines stärker zentral oder dezentral orientierten Modells. Nur die Fehlerquellen sind partiell verschieden. So muß die relevante Fragestellung lauten: welche zentralen Maßnahmen sind gesellschaftlich und wirtschaftlich bei einem Ist-Soll-Vergleich jeweils notwendig und welche sind Ergebnisse von Konflikten, die mit vorhandenen überkommene Verhaltensweisen tradierende Entscheidungsstrukturen zusammenhängen?

Wie diese Fehlerquellen aussehen, soll nun anhand kurzer Problemskizzen verdeutlicht werden, wobei Bettelheim³⁾ für ein stärker zentral orientiertes, Brus⁴⁾ für ein stärker dezentral orientiertes Modell stehen soll. Es scheint in mehrerer Hinsicht sinnvoll zu sein, die Vorstellungen dieser beiden Theoretiker als „Modelle“ zu skizzieren, bevor die Entwicklung in der DDR aufgezeigt werden soll. Vor der Frage nach dem Zweck eines solchen Vorgehens soll darauf hingewiesen werden, warum gerade Bettelheim und Brus diesem Zweck dienen sollen. M.E. ist nirgendwo so klar ein Modell, das auf einer völligen Wirtschaftsrechnung ex ante aufbaut, skizziert worden, wie bei Bettelheim. Diese Aussage trifft im umgekehrten Sinne ähnlich auf Brus zu. Andernfalls hätte auf O. Lange⁵⁾ zurückgegriffen werden müssen, dessen Überlegungen jedoch so weit gehen, daß es sehr fraglich ist, ob sie noch mit sozialistischen Vorstellungen zu vereinbaren sind. An Lange orientiert kritisiert denn auch Bettelheim berechtigterweise Überlegungen hinsichtlich eines dezentralen Modells; demgegenüber scheinen mir die Brusschen Überlegungen weder intensional noch objektiv grundlegende Prämissen zu verlassen.

Bettelheim hatte mit seinem Buch, das seine heutige Position nicht mehr

- 2) Die Betonung liegt deshalb auf einem stärker zentralen Modell, weil ein dezentrales Modell gar nicht unter dem Gesichtspunkt der optimalen wirtschaftlichen Variante handeln kann. Die Frage ist allerdings, ob dies im zentralen Modell geschehen kann, wenn man davon ausgeht, daß das Problem der Interessenidentität nicht besteht. Auch dann sind nämlich unter den heutigen Bedingungen Zweifel anzumelden. Vgl. H. Raupach: System der Sowjetwirtschaft. Theorie und Praxis. Reinbek 1968. Weiterhin L. Mises: Die Gemeinwirtschaft. Untersuchungen über den Sozialismus. Jena 1932 und K.P. Hensel: Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft. Eine vergleichende Untersuchung idealtypischer wirtschaftlicher Leistungssysteme an Hand des Problems der Wirtschaftsrechnung. Stuttgart 1959. Mit der Betonung eines stärker zentralen Modells ist noch keineswegs eine Wertung verbunden, da, wie weiter unten noch zu zeigen sein wird, die Probleme so vielschichtig sind, daß u. U. ein ökonomisch-theoretisch betrachtetetes problematischeres Modell heute dennoch die adäquatere Antwort darstellen kann.
- 3) Ch. Bettelheim: Theorie und Praxis sozialistischer Planung. München 1971.
- 4) W. Brus: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft. Frankfurt 1971. Weiterhinder.: Wirtschaftsplanung. Für ein Konzept der politische Ökonomie. Frankfurt 1972
- 5) O. Lange: On the . . . (Fn 15)

repräsentiert, an dem also auch keine Bettelheim-Kritik durchgeführt werden kann und soll, ein doppeltes im Sinne. Zum einen wollte er die Möglichkeit der Wirtschaftsrechnung ex ante aufzeigen. Von Mises und Hayek^{5a)} war in den 30er Jahren die Diskussion darüber begonnen worden, ob eine Planwirtschaft überhaupt existenzfähig ist, ob sie das Problem der Wirtschaftsrechnung überhaupt lösen kann – ihre Antworten waren negativ. Demgegenüber versuchten Lange/Taylor den Beweis der Existenzfähigkeit zu führen, wobei sie ein sehr weitgehendes dezentrales Modell skizzierten. Wohlwollend gegenüber Lange versucht Bettelheim zu trennen zwischen der Intention, Mises/Hayek zu widerlegen und der Tatsache, daß dieses Modell nicht für die Realität einer geplanten Wirtschaft gedacht sei. Wenn dem so wäre, könnte es auch nicht zur Widerlegung von Mises/Hayek dienen. Eine solche Widerlegung und damit den Nachweis für die Funktionsfähigkeit der Planwirtschaft hat Bettelheim zum einen zweifelsohne mit seinem Buch durchführen wollen. Zum andern ging er davon aus, daß dieses Modell grundsätzlich sozialistische Planwirtschaft wie sie sich herausgebildet hatte, beschreibt.

In einem ganz anderen Kontext sind die Ausführungen des polnischen Ökonomen W. Brus zu sehen. Brus war ab der zweiten Hälfte der 50er Jahre führend an der Kritik des überkommenen Planungssystems und an der Diskussion um die stärkere Berücksichtigung der Wertkategorien beteiligt. 1968 verlor er aufgrund seiner Sympathien für die studentischen Unruhen seine Professur. Die Stoßrichtung der beiden Autoren ist infolgedessen, bedingt durch die andere historische Situation, völlig verschieden gelagert.

Daher geht es im folgenden nicht um eine gegenseitige Aufrechnung, sondern primär darum zu zeigen, daß wirtschaftliche Maßnahmen nicht beliebig zusammengewürfelt werden können, daß sie vielmehr, sollen sie die Probleme lösen, zu deren Lösung sie aufgegriffen werden, in einem konsistenten Zusammenhang stehen müssen. Bettelheim wie Brus legen auf diesen inneren Zusammenhang, auf diese Funktionslogik berechtigterweise großen Wert. Bevor somit die DDR-Maßnahmen dargestellt und analysiert werden, sollen mehr oder wenig chemisch reine Modelle in ihrem inneren Funktionszusammenhang aufgezeigt werden, um zu sehen, welche Maßnahmen sich gegenseitig theoretisch zu bedingen scheinen. Bettelheim/Brus gehen selbstverständlich von der Prämisse aus, mit ihren Überlegungen Möglichkeiten für die Praxis bzw. die Praxis selbst zu beschreiben. Mir kommt es hingegen auch darauf an zu zeigen, daß und warum die SED bei der Wahl ihrer Maßnahmen gerade nicht zwischen den scheinbar reinen Alternativen entscheiden konnte. Daraus, daß aus den verschiedensten Gründen diese Alternativen nicht alternativ ergriffen wurden (hinsichtlich des zentralen Modells war das, wie Bettelheim heute selbst einräumt, nicht möglich; hinsichtlich des dezentralen Modells wollte man nicht so weit gehen), können einerseits Unstimmigkeiten, die die gesamtwirtschaftliche Effizienz tangieren, erklärt und weiterhin prognostiziert werden. Daraus kann andererseits aber auch bei aller Kritik aufgezeigt werden, daß die Partei, indem sie nur sehr kontrolliert zu dezentralen Maßnahmen griff, sich noch nicht aus ihrem Legitimationszusammenhang als sozialistische Partei begeben hat.

Die Schwierigkeiten, die z.B. zu den verstärkten Zentralisierungsmaßnahmen Ende 1970 führten, sind jedoch nicht nur ein positiv-negatives Ergebnis der Tatsache, daß nur kontrolliert und nicht den Anforderungen innerer Funktionslogik völlig genügend Wertkategorien im Sinne indirekter Zentralisierung benutzt wurden und aufgrund der Zielsetzungen benutzt werden konnten. Bei der Unmöglichkeit einer Wirtschaftsrechnung ex ante heute – also eines Bettelheimischen Modells – würde eine solche Feststellung implizieren, daß die Planwirtschaft in der Tat nur

bedingt funktionsfähig ist. Vielmehr sind die Schwierigkeiten auch der Tatsache geschuldet, daß die Perpetuierung überkommener Entscheidungsstrukturen und damit verbunden die Notwendigkeit des Ansprechens fast ausschließlich über die Privatsphäre, über die materielle Interessiertheit die Kollision zwischen den verschiedenen Interessenebenen erhält. Technisch-ökonomische Mittel – einmal verstärkt zentraler, ein anderes Mal verstärkt dezentraler Natur – können diese Probleme nur bedingt und unvollkommen lösen. So gesehen erhält die ökonomische Diskussion um Zentralisierung versus Dezentralisierung einen reduzierten, wenn auch sehr wichtigen, Stellenwert. Gegenüber beiden Modellen ist zu fragen, wie Entscheidungen auf oberster Ebene, die es in beiden Modellen gibt, zustandekommen, ob und wie sie beeinflussbar sind, ob zentral und gesamtgesellschaftlich tendenziell gleichgesetzt werden kann oder nicht. Die Frage nach den Entscheidungsstrukturen wird sich infolgedessen als die übergeordnete herausstellen.

Gesellschaftlich betrachtet muß Dezentralisierung genauso wenig etwas mit Demokratisierung zu tun haben, wie zentral unbedingt mit gesamtgesellschaftlich gleichzusetzen ist. Der Wechsel zwischen dezentralen und zentralen Maßnahmen wäre demzufolge nicht als ein rein ökonomisch begründeter zu begreifen. Vielmehr könnte es sich um eine verkürzte Suche nach Mitteln zur Beherrschung ökonomischer Abläufe handeln, die deshalb verkürzt ist und der deshalb ein nur bedingter Erfolg zukommt, weil ihr keine Veränderung in anderen Bereichen, keine wirkliche Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse korrespondiert. Wenn dem so ist, muß das in seiner Privatheit belassene Individuum mit zentralen bzw. dezentralen Maßnahmen zur Sicherung wirtschaftlicher Effizienz überspielt werden⁶⁾.

2. Problemskizzierung

a) unter Befürwortung eines zentralen Modells

Ein Wirtschaftsplan ist für Bettelheim die „Gesamtheit der zur Ausführung eines mit ökonomischer Aktivität einhergehenden Projekts beschlossenen Vorkehrungen“⁷⁾, wobei der Wirtschaftsplan die Aufgabe hat, die Produktion dem gesellschaftlichen Bedarf⁸⁾ anzupassen. Eine derartig bewußte Steuerung ist, wie Bettelheim einräumt, schwerer als eine spontane Anpassung der Betriebe an den Bedarf⁹⁾. Nach Bettelheim erfordert eine solche bewußte Planung folglich, daß zentral bestimmt wird, was in welchen Mengen produziert und wie es verteilt wird¹⁰⁾. Planung setzt so gesehen voraus, „daß das Planungsorgan jeden Leiter eines Unternehmens

-
- 6) L. Mises: Die Gemeinwirtschaft . . . (Fn 2)
Vgl. R. Damas: Entscheidungsstrukturen und Funktionsprobleme in der DDR-Wirtschaft. Frankfurt 1973
- 7) Bettelheim: Theorie . . . (Fn 3), S. 24
- 8) Bedarf ist dabei nicht gleich der Nachfrage zu setzen. Vgl. a.a.O., S. 30-33.
- 9) a.a.O., S. 33-35
- 10) „Verteilung“ impliziert hierbei nicht eine Verneinung der Ware-Geld-Beziehungen, die Bettelheim zur Befriedigung der Konsumbedürfnisse voll bejaht, vielmehr ist sie über eine dementsprechende Preis- und Einkommenspolitik zu denken.

wie einen einfachen Geschäftsführer eines öffentlichen Unternehmens behandeln kann¹¹⁾). Anstelle bisheriger privater Aktivitäten mit gesellschaftlichem Charakter und gesellschaftlichen Auswirkungen treten gesellschaftliche Aktivitäten, weil durch den Plan die Produzenten unmittelbar dazu angehalten werden, bedarfsgerechte Mengen und Sortimente zu produzieren. Diese Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf setzt aber nicht nur einen zentralen Produktionsplan, sondern auch einen ebensolchen Verteilungsplan voraus. Das bedeutet, daß neben der Entscheidung über die Produktionsgestaltung Entscheidungen über Personaleinstellungen, Löhne, Abschreibungen, Investitionen, Preise nur nach Bestimmungen des Plans erfolgen können¹²⁾). Ergibt sich mit den Entscheidungen über Einstellungen, Löhne, Preise die Entscheidung über die Verteilung der Verbrauchsgegenstände, so mit den Entscheidungen über Amortisationen, Investitionen, Preise diejenige über die Produktionsmittel. „Mit anderen Worten wird in einem solchen Fall die Rolle des Leiters eines Unternehmens . . . auf die persönliche Leitung der inneren Betriebsorganisation, auf die technische Entscheidung eingeschränkt.“¹³⁾

Demgegenüber ist für Bettelheim das dezentrale Modell dadurch charakterisiert, daß auf zentraler Ebene

- das Planungsbüro die Gesamtlöhne der Investitionsmittel für einen bestimmten Zeitraum festlegt und das Investitionsvolumen so bestimmt, daß Arbeitslosigkeit vermieden wird;
- das Planungsbüro alle Preise auf einem Gleichgewichtsniveau festsetzt und damit die Preise je nach Angebotslücken oder -überhang erhöht oder senkt;
- das Planungsbüro den Zinssatz¹⁴⁾ festsetzt, dessen Höhe die Betriebe dazu anzureizen hätte, die Investitionssumme aufzunehmen, die dem zentral vorgesehenen Investitionsvolumen entspricht. Liegt das tatsächliche Investitionsvolumen unter dem geplanten, muß die Zentrale den Zinssatz senken, liegt es über der gewünschten Höhe (womit die Gefahr inflationistischer Tendenzen entstünde), muß er erhöht werden.

Den Unternehmen fallen innerhalb des dezentralen Modells nach Bettelheim folgende Entscheidungen zu. Sie entscheiden

- über Art und Umfang der laufenden Produktion, wobei sie durch die zentral festgesetzten Preise einerseits und die sich aufgrund der Marktbedingungen ergebenden Verbraucherpreise und Löhne andererseits beeinflusst werden;
- über die Investitionen, wiederum beeinflusst durch zentral festgesetzte Preise und Zinssätze.

Als Vorteile des dezentralen Modells erscheinen einerseits der ökonomische Zwang für Unternehmen wie Individuen zur Wirtschaftsrechnung und andererseits die Tatsache, daß nicht ein sich tendenziell verselbständigendes Staatsorgan mit einer großen Anzahl von Entscheidungen belastet wird und unmittelbar auf die Produktion einwirkt, sondern über Parameter wie Preise und Zinsen Gleichgewichtsbedingungen herstellt. Preise, Zinsen, Investitionsvolumen sind insofern auf Marktbedingungen reagierende und sie wiederum beeinflussende Größen.

11) a.a.O., S. 38

12) a.a.O., S. 42

13) ebenda

14) Auf das Problem der Zinsen wie der Knappheitspreise im Zusammenhang mit der Investitionsproblematik geht insbesondere die bürgerliche Literatur ein. Vgl. weiter unten S. 39, 43 f.

- Bettelheim wendet gegen dieses Modell¹⁵⁾ vor allem ein, daß
- diese „Pseudokonkurrenzwirtschaft“ dieselben Schwächen und wirtschaftlichen Nachteile wie die kapitalistische Wirtschaft aufweist;
 - die Anwendung ökonomischer Korrekturinstrumente mit Konkurrenzcharakter der Vergesellschaftung des Eigentums widersprechen;
 - in einem solchen System ebenso wie im Kapitalismus Berichtigungen nur ex post erfolgen, da die einzelnen Unternehmungen bei ihren Entscheidungen nur ihr eigenes Funktionieren im Auge haben. Ob ihre Entscheidungen jedoch richtig sind, hängt von allen anderen Entscheidungen, folglich von der allgemeinen Entwicklung ab, was erst im nachhinein deutlich wird. Gesamtwirtschaftliche Lösungen sollen sich also gleichsam von selbst, aufgrund einzelwirtschaftlicher Entscheidungen finden. Da das gesamtwirtschaftliche Ergebnis der Entscheidungen erst nach geraumer Zeit zu tage tritt, führt ein solcher Mechanismus notwendig zu aus betrieblichen Fehlentscheidungen resultierenden Kosten;
 - die Irrationalität der ex post Berichtigung und die damit verbundenen volkswirtschaftliche Vergeudung, die dieses Modell mit dem Kapitalismus gemein hat, noch dadurch verstärkt wird, daß die Einzelentscheidungen in ihrer Irrationalität einen kumulativen Effekt haben und damit Wirtschaftsschwankungen ähnlich denen im Kapitalismus hervorrufen;
 - aufgrund einer fortwährend notwendigen Korrektur des Zinssatzes zwecks Sicherung einer Vollbeschäftigung garantierenden Investitionsvolumens immer neue Produktionskalkulationen erforderlich sind, da sich je nach der Zinssatzhöhe andere Investitionen einzelwirtschaftlich lohnen¹⁶⁾). Hieraus folgert Bettelheim eine Antinomie zwischen konjunkturrell orientierten Investitionsentscheidungen und ihren langfristigen Auswirkungen auf die Produktionsstruktur. Bettelheim sieht wie M. Dobb¹⁷⁾ den Versuch, mittels des Zinssatzes die Investitionen zu steuern, auch deshalb als unbrauchbar an, weil die Nachfrage mit der Investitionsrate selbst steigt. Das heißt: eine Senkung des Zinssatzes aufgrund eines als unzureichend angesehenen Investitionsvolumens bewirkt zwar eine Ausweitung des Investitionsvolumens, das jedoch neue Nachfragen und schließlich eine Investitionswelle nachzieht. Die volkswirtschaftlich optimale Investitionsrate wird überschritten. Während die Senkung des Zinssatzes statt einer Stabilisierung eine kumulative Schrumpfung zur Folge hat. Was man auf diese Weise erreichen kann, ist nach Dobb lediglich ein unstabiles Gleichgewicht;
 - eine fortwährende Korrektur der Preise sich als notwendig erweist, da sie nicht die realen Produktionskosten wiedergeben, sondern das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage herstellen sollen. Auch hier wird ähnlich wie beim Zinssatz einseitig die momentane Situation betont. Der mit der Planwirtschaft verbundene Vorteil von langfristig an volkswirtschaftlicher Effizienz orientierten Entscheidungen geht hier ebenfalls zugunsten kurzfristiger mit Schwankungen verbundener Ergebnisse verloren;
 - die angestrebte bewußte Vergesellschaftung schlecht zur Beibehaltung kapitalistischer Korrekturmechanismen paßt, zumal diese Mechanismen ja schließlich

15) Das dezentrale Modell ist sehr stark in Anlehnung an O. Lange (On the economic theory of socialism. Minnesota 1938) konstruiert.

16) Bettelheim: Theorie . . . (Fn 3), S. 51

17) M. Dobb: A note on savings and investment in a socialist economy. In: Economic Journal. Dez. 1939, S. 713 ff.

nicht einfach wertfreie Mechanismen sind, sondern Beziehungen zwischen Menschen gestalten. Im Gegensatz zu den enger „ökonomischen“ Problemen wird dieser zentrale Punkt von Bettelheim nicht weiter behandelt.

„So sehen wir, daß allein die auf zentralisierten Entscheidungen basierende Planung in der Lage ist, eine Summe von Beschlüssen, die notwendigerweise untereinander in Einklang gebracht werden müssen, im voraus – und nicht hinterher über mehr oder weniger heftige Wirtschaftsschwankungen mit ihrem beträchtlichen Kräfteverschleiß – zu koordinieren“.¹⁸⁾ Beim Bettelheimschen zentralen Modell mag der „Kräfteverschleiß“, mögen die gesellschaftlichen Kosten insofern geringer sein, als er dort – im Gegensatz zu seiner Einschätzung des dezentralen Modells – eine Homogenität der Interessen voraussetzt, wenn er weder die geforderten Vorschläge der Betriebe, noch die Zentrale problematisiert. Aber auch aus anderen Gründen muß, wie noch zu zeigen sein wird, die Praktikabilität seiner Vorschläge angezweifelt werden.

b) unter Befürwortung eines dezentralen Modells

Die Brüsschen Überlegungen haben zwar nicht die Präzision und Exaktheit der Definitionen Bettelheims, der vornehmlich die Probleme der Ausarbeitung von Plänen analysiert. Dafür zeugen sie jedoch von umfassender Berücksichtigung vorliegender historischer Erfahrung. Brus¹⁹⁾ bestreitet nicht die Notwendigkeit der Zentralisierung bestimmter Entscheidungen, die Notwendigkeit einer zentralen Planungsbehörde, die sich von bestimmten Zielen und Kriterien leiten läßt, deren Identität mit gesamtgesellschaftlichen Interessen Brus explizit voraussetzt – ein Aspekt, den Bettelheim und viele andere sozialistische Theoretiker lange überhaupt nicht formulierten, da für sie zentrale Planung als solche sakrosankt und mit Sozialismus identisch war bzw. ist. Nun ist zwar Sozialismus nicht ohne Planung, d.h. ohne bewußtes gesamtgesellschaftliches Handeln denkbar, andererseits garantiert zentrale Planung noch nicht umgekehrt und uneingeschränkt, eine sozialistische Gesellschaftsordnung.

Zentrale Entscheidungen haben Brus zufolge makroökonomischen Charakter, erfolgen unter gesamtwirtschaftlichen und langfristigen Aspekten. Makroökonomischen Entscheidungen, gesamtwirtschaftliche Rechnungsführung haben es vornehmlich mit physischen Größen (Gebrauchswerte) zu tun, werden folglich nicht bzw. zumindest nicht nur in Geldgrößen formuliert. Solche makroökonomischen Entscheidungen betreffen die langfristigen Wachstumsraten; den Anteil der Produktionsinvestitionen; den Anteil von Investitionen und Konsum am National-einkommen; die proportionale Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Wirtschaftszweige, womit sich eine Prognostizierung der künftigen Struktur des Endprodukts verbindet; die Verteilungsprinzipien für den Konsumfonds. Bereits hieran wird ersichtlich, daß Brus als Befürworter eines dezentralen Modells keineswegs so weit geht wie Bettelheim, der sein dezentrales Modell entwarf, um die Vorteile des zentralen demonstrieren zu können.

Unterhalb der zentralen Ebene wäre (nach Brus) diejenige anzusiedeln, der die laufenden Entscheidungen vorbehalten bleiben: „Größe und detaillierte Struktur der Gesamtproduktion einer Branche bzw. eines Unternehmens; die Versorgungs- und Verkaufspolitik; die Personalstruktur, Form und Methoden der Ent-

lohnung in einer Branche oder in einem Unternehmen“²⁰⁾.

Neben den makroökonomischen und den laufenden Entscheidungen dürfen – ebenfalls nach Brus – die individuellen Entscheidungen nicht außer Betracht bleiben. Diese Entscheidungen betreffen die Berufswahl, den Arbeitsplatz, die Qualifikation, die Auswahl von Konsumgütern. Eine Dezentralisierung dieser Entscheidungen, impliziert in einer Gesellschaft, die nicht durch Überfluß gekennzeichnet ist, Brus zufolge die Bejahung von Marktformen. Weiterhin bedeutet das, daß auch die makroökonomischen Entscheidungen langfristig durch die begrenzt freie Wahl von Arbeitsplatz und Konsum rückwirkend beeinflusst werden. Ob man es nun mit einem zentralen oder einem dezentralen Modell zu tun hat, darüber entscheidet allein die Gestaltung der zweiten Ebene, nämlich die der laufenden Entscheidungen.

Das zentrale Modell ist für Brus dadurch charakterisiert, daß

- die Entscheidung der beiden erst genannten Ebenen zentral getroffen werden
- die Beziehungen der Unternehmen untereinander nur ausführender Natur sind (oder wie Bettelheim dies positiv ausdrückt „Zentralisierung der Entscheidungen, Vergesellschaftung der Beschlüsse“²¹⁾)
- Informationen von „oben“ nach „unten“ in Form von Anweisungen und von „unten“ nach „oben“ als Material für diese Anweisungen und Entscheidungen gegeben werden
- physische Größen gegenüber Geldformen dominieren.

Das dezentrale Modell, das Brus für die heutigen osteuropäischen Staaten als gültig ansieht, ist dadurch charakterisiert, daß

- es eine Vielzahl von Entscheidungsebenen kennt
- die Pläne unabhängig voneinander auf verschiedenen Ebenen aufgestellt werden
- die Verbindung zwischen den Plänen der verschiedenen Ebenen indirekt und nicht auf dem Wege direkter Anweisung erfolgt
- horizontale Verbindungen zwischen den Unternehmen bestehen
- monetäre Allokationsmittel dominieren
- dennoch die Vorrangstellung des zentralen Planes nicht tangiert und durch ein System von Regeln abgesichert wird.

Eine solche Regel kann beispielsweise die Gewinnmaximierung sein; auch hierbei bleibt die Vorrangstellung des zentralen Planes Brus zufolge durch die vorgegebenen Ziele und zentralen Entscheidungen (Wachstumsrate, Produktionsstruktur, Volumen bzw. Struktur der Nachfrage etc.) und zum andern durch die wirtschaftspolitischen Mittel gesichert. Unter wirtschaftspolitischen Mitteln ist eine „angemessene Bestimmung der Marktgrößen, die als Parameter der von den Unternehmen getroffenen Entscheidungen dienen (Preise, Löhne, Zinsen, Steuern usw.)“²²⁾ zu verstehen.

Wie wohl ersichtlich, kommt es bei der Frage, ob ein solches dezentrales Modell bzw. ein Funktionsmodell einer Planwirtschaft mit eingebautem bzw. reguliertem Marktmechanismus²³⁾ funktioniert, zumindest darauf an, daß die Instrumente bzw. Mittel tatsächlich auf die Ziele und zentralen Entscheidungen hin orientieren, daß sie parametrischen Charakter haben und daß sie von den Zentrale indirekt im

18) Bettelheim: Theorie ... (Fn 3), S. 56

19) Vgl. Fn 4

20) Brus: Wirtschaftsplanung ... (Fn 4), S. 16

21) Bettelheim: Theorie ... (Fn 3), S. 55

22) Brus: Wirtschaftsplanung ... (Fn 4), S. 20

23) a.a.O., S. 19/20

Sinne der gesellschaftlichen Präferenzen beeinflusst werden, da Planung mittels Vorschriften hier ja durch Planung mittels Marktmechanismus, mittels eines parametrisierten Systems weitgehend ersetzt werden soll.

Brus stellt genauso wie Bettelheim einen Effektivitätsvergleich der beiden Modelle an, kommt jedoch zu einem entgegengesetzten Ergebnis, wenn er das dezentrale Modell für das geeignetere zur Realisierung übergeordneter gesellschaftlicher Ziele erachtet. Das zentrale Modell wäre nur dann das geeignetere zur Realisierung der gesellschaftlichen Präferenzen, wenn

- die Zentrale ihre eigenen Ziele exakt zu formulieren vermöchte, d. h. in sehr konkreten Details und Einzelschritten
- der Informationsfluß durch alle Ebenen und Bereiche erfolgte und zentrale Entscheidungen kurzfristig ergehen könnten
- die Informationen aufgrund vorhandener Partikularinteressen nicht verfälscht würden, d. h. optimal im Sinne der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen erfolgen.

Auf dem heutigen Stand der Informationstechniken einerseits, der Komplexität der Ziele und Prioritäten andererseits und der Notwendigkeit

- der Flexibilität gegenüber den Bedürfnissen der Verbraucher
- der Substituierung der „Produktionsfaktoren“ zwecks Minimierung des Gesamtaufwandes
- von technischen Innovationen in allen Bereichen und in verschiedensten Größenordnungen

ist das dezentrale Modell von größerer Relevanz, während das zentrale Modell auf dieser Entwicklungsstufe, die es nicht mehr vornehmlich einfach mit quantitativen Produktionszielen und Schlüsselinvestitionen zur Initiierung der Industrialisierung zu tun hat, Kosten verursacht. In einem Halbsatz macht Brus jedoch nebenbei eine Voraussetzung für das Funktionieren dieses Modells, die sich gerade nicht nebenbei abhandeln läßt. Wenn er davon spricht, daß in diesem Modell die Zentrale die Möglichkeit hat, sich mit den allgemeinen Problemen intensiv zu befassen, setzt er voraus, daß die unteren Stufen „nach den Regeln und unter Benutzung jener Parameter (handeln), die von der zentralen Ebene festgelegt wurden“²⁴).

Brus spricht im zentralen, Bettelheim im dezentralen Modell das Problem der Vergesellschaftung der Arbeit bzw. der Interessendivergenz an. Im eigenen Modell hingegen setzen sie voraus, was es langfristig erst herzustellen gilt. Denn ansonsten stellte sich in einem zentralen Modell u.a. die Frage, ob die Zentrale überhaupt die Informationen von „unten“ bekommt, die sie im Sinne gesamtwirtschaftlich optimaler Entscheidungen – wozu sie ihren Befürwortern zufolge allein in der Lage ist – braucht, während im dezentralen Modell die Frage zu stellen ist, ob das System von Instrumenten²⁵) nicht im einzelwirtschaftlichen Interesse unterlaufen werden kann, bzw. ob ein solch ausgeklügeltes System von Mitteln nicht in partiellem Widerspruch zu den Zielen selbst steht.

Wenn dem so ist, wäre es auch nicht weiter verwunderlich, daß die „Wirtschaftssubjekte“ nicht mit solchen Mitteln auf die gesamtgesellschaftlichen Präfe-

24) a.a.O., S. 26, 28

25) Dieses System ist erforderlich, wenn man statt direkter Anweisungen in physischen Größen monetäre Parameter verwendet, z. B. ist dann – um nur ein Beispiel zu nennen – die Struktur des Produktionsausstoßes in Preisrelationen umzusetzen, eine Vorgehensweise die von bürgerlicher Seite bereits wieder als nicht dezentral genug und damit wenig funktionsfähig angesehen würde, dazu weiter unten.

renzen hin zu orientieren sind, denn Mittel sind ja nicht nur abstrakte wertneutrale Mittel, vielmehr gestalten sie die Beziehungen der Menschen.

Während Bettelheim bei der Skizzierung des zentralen Modells ausschließlich auf die ökonomische Seite der Problematik eingeht, begründet Brus seine Befürwortung des dezentralen Modells neben enger ökonomischen auch explizit mit gesamtgesellschaftlichen Aspekten. Er geht davon aus, daß nur im stärker dezentral orientierten Wirtschaftsmodell

- eine Partizipation der Arbeiter an der Wirtschaftsverwaltung überhaupt möglich ist²⁶)
- „Arbeiterselbstverwaltung“ möglich ist, da auf Betriebsebene auch tatsächlich Entscheidungen fallen²⁶)
- die Produzenten aktiv die gesellschaftlichen Verhältnisse bestimmen, Fähigkeiten entfalten und damit Entfremdung überwinden²⁶).

Zwar wendet sich Brus gegen eine Dichotomie von zwei Modellen und damit gegen Schematismus, betont jedoch, daß jedes Funktionsmodell seine innere Logik besitze. Solche Funktionsprinzipien sind hinsichtlich des dezentralen Modells

- synthetische (eine Fülle von Kennziffern zusammenfassende) Kennziffern (Rentabilität, Gewinn), mit denen die objektiv und subjektiv – aufgrund technischer Schwierigkeiten und nicht vorhandener Interessenidentität – bestehende Informationsproblematik reduziert und technischer Fortschritt eingeleitet wird
- eine geringe Zahl von in physischen Einheiten (Gebrauchswerten) ausgedrückten Zielen
- materielle Anreize zwecks Initiierung technischen Fortschritts und Herstellung von Interessenidentität, die ja eine Prämisse sozialistischer Gesellschaftsvorstellungen ist²⁷)
- ein elastisches Preissystem, damit die synthetischen Kennziffern die Rentabilität auch tatsächlich signalisieren können
- geringe operative (unmittelbar eingreifende, anweisende) Funktionen der Industrieministerien
- Arbeiterselbstverwaltung zur Lösung der Probleme auf Betriebsebene²⁸).

Wie diese innere Logik aussieht, soll am Beispiel der Initiierung technischen Fortschritts aufgezeigt werden – ein Beispiel, das die zentrale Rolle in den Diskussionen der Wirtschaftsreformen spielte, da hier offenkundig das zentrale Modell in der Praxis, zumindest von einem bestimmten Niveau der Industrialisierung an versagt hat²⁹). Ein planwirtschaftliches Modell mit reguliertem Marktmechanismus stimuliert den technischen Fortschritt dadurch stärker, daß es

– bei Vermeidung von Naturalkennziffern und stärkerer Betonung der synthe-

26) Diese Behauptung scheint mir nicht hinlänglich theoretisch begründet zu sein. So die zentralen Entscheidungsstrukturen und Entscheidungen zur Disposition ständen, ließe sich sehr wohl in einem zentralen Modell Partizipation denken.

27) Wobei die Gefahr besteht, daß desto weniger die Realität dieser Grundprämisse entspricht, desto mehr diese Prämisse als gesellschaftliche Orientierungslinie mit gesellschaftlicher Realität verwechselt wird, desto stärker bürokratische Strukturen zum Durchbruch kommen.

28) Brus: Wirtschaftsplanung . . . (Fn 4), S. 32

29) In der offiziellen DDR-Literatur wird weniger das Versagen des Wirtschaftssystems angesprochen, als vielmehr die Problematik erklärt mit der Einteilung in eine extensive und eine intensive Phase wirtschaftlichen Wachstums – mit dem Jahr 1961 als Einschnitt. Vor 1961 gab es demnach die extensive Phase, der das Planungssystem vor dem neuen ökonomischen System entsprach. Vgl. H. Nick: Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus. Berlin 1970

tischen Kennziffer (Gewinn) das Interesse an ökonomischen Normen, Kostensenkung, Verkaufserfolg etc. erhöht (Substitution der „Produktionsfaktoren“, Anpassung der Produktionsstruktur an die Nachfragestruktur)

- die Prämien nicht mit Kennziffern der Planerfüllung, sondern mit Kennziffern der Dynamik verbindet
- einen Teil der Investitionen mit Eigenfinanzierung verbindet
- Investitionsmittel aus zentralen Quellen in Form von Krediten mit Verzinsung gibt.

Hieraus ergibt sich für Brus, daß das dezentrale Modell sowohl den Bedingungen einer komplexen Wirtschaft besser entspricht, wie es auch im Sinne einer stärkeren Demokratisierung vorzuziehen ist. Denn wenn innerhalb einer Planwirtschaft die Unternehmen von der Situation der Gesamtwirtschaft abhängig sind, folglich von den makroökonomischen Entscheidungen, dann kann Demokratisierung nicht auf unterer Ebene halt machen, da sonst langfristig mit einer Verschärfung des Konflikts zwischen Gruppeninteressen und Gesamtinteressen gerechnet werden muß. Die Betriebe und die in ihnen Beschäftigten müssen also von ökonomischen und gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten aus betrachtet, Einfluß auch auf die allgemeinen Entscheidungen nehmen können. Nur so läßt sich langfristig eine Identität denken, zumindest jedoch ein Konflikt zwischen der oberen und mittleren Entscheidungsebene verhindern.

Brus geht infolgedessen von einer möglichen Interessenidentität aus, was sich aufzeigen läßt

- am dezentralen Modell nicht gegebenen Informationsproblem
- an der positiven Funktion ökonomischer Regeln bzw. Parameter, aufgrund deren sich die Betriebe auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinorientieren
- an der im dezentralen Modell gegebenen Möglichkeit der Verbindung des individuellen Nutzens mit dem gesamtgesellschaftlichen trotz bzw. gerade wegen der Ware-Geld-Beziehungen³⁰⁾.

Das alles sind jedoch nicht mehr als Möglichkeiten; ein dezentrales Modell ist für Brus keine Garantie für die Notwendigkeit eines bestimmten Ablaufes: auch die dezentrale Steuerung – deren Grenzen er bezeichnet, wenn er die makroökonomischen Ziele ebenso zentral entscheiden will, wie die dazu notwendigen Mittel – ist nicht mit Demokratisierung identisch. Dazu bedarf es vielmehr der Mitwirkung der Gesellschaft am Zustandekommen zentraler Entscheidungen³¹⁾. Ob es von dem zuletzt genannten Aspekt aus eines dezentralen Modells bedarf, muß noch gefragt werden.

Wie abstrakt auch immer Brus und Bettelheim die Vor- und Nachteile des zentralen bzw. dezentralen Modells untersucht haben – sie skizzieren jene Probleme, vor denen die sozialistischen Staaten seit (spätestens) Mitte der 50er Jahre standen. Denn in Anbetracht der mangelnden Funktionsweise des überkommenen Planungssystems, der zumindest partiellen Kritik an Inhalten wie Konsequenzen der Herrschaft Stalins und im Hinblick auf die vom XX. Parteitag der KPdSU zur Strategie der kommunistischen Weltbewegung erhobene Konzeption des sozialökonomischen Wettbewerbs mit den entwickelten kapitalistischen Staaten (friedliche Koexistenz) sahen sich die kommunistischen Parteien gezwungen, sich für Funktionsmodelle zu entscheiden, die im Interesse einer größeren ökonomischen Effektivität die Vorteile

30) Brus: Wirtschaftsplanung . . . (Fn 4), S. 73

31) a.a.O., S. 95

des (tendenziell) gesellschaftliches Gesamt-Interesse besser gewährleisten den zentralen mit denen des (tendenziell auf dem historischen Entwicklungsstand) Partikularinteressen stärker fördernden dezentralen Modells zu verbinden. Die DDR war das erste Land innerhalb des RGW, in dem mit der Erprobung eines neuen ökonomischen Systems begonnen wurde.

II. Das NÖSPL (Neue Ökonomische System der Planung und Leitung) bzw. das ÖSS (Ökonomische System des Sozialismus) der DDR

1. Zur Genesis des NÖS

Um zu verstehen, warum 1963 der Versuch gemacht wurde, ein neues Planungs- und Leitungssystem zu installieren, scheint es sinnvoll zu sein, kurz auf das Planungssystem vor 1963 und dessen Mängel einzugehen; ein Planungssystem, das lange als das Planungssystem des Sozialismus schlechthin gegolten hatte, allerdings in der zweiten Hälfte der 50er Jahre heftig umstritten war. Wie aus den Bezeichnungen NÖSPL und ÖSS hervorgeht, sind die Maßnahmen nach 1963 noch einmal zu unterteilen, nämlich in 3 Phasen, wobei ich im folgenden die beiden ersten zusammennehme: In eine erste Phase von 1963 bis 1967, mit der die ersten Schritte unternommen wurden, die längst nicht so dezentraler Natur waren, wie die Maßnahmen zwischen 1968 und 1970, jedoch in der bürgerlichen Literatur mit großen konvergenztheoretischen Hoffnungen verfolgt wurden. In der westlichen marxistischen Literatur wurden auf einer anderen Ebene analog der bürgerlichen Literatur Plan-Marktdiskussionen geführt, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen der Beurteilung. In eine zweite Phase von 1968 bis 1970, in der die bis dahin weitestgehenden Dezentralisierungsmaßnahmen in osteuropäischen Staaten ergriffen wurden.³²⁾ Diese Maßnahmen erregten jedoch längst nicht mehr das frühere Aufsehen, da bürgerliche Kritiker erkannt hatten, daß die Übernahme bestimmter Mechanismen noch keine kapitalistische Restauration im Gefolge hat. Ende 1970 beginnt eine dritte Phase verstärkter Zentralisierung, nachdem sich beträchtliche Schwierigkeiten und Mängel im Laufe des Jahres 1970 herausgestellt hatten.

Das bis 1963 angewandte System war charakterisiert durch eine zentrale Steuerung mittels Volumenskennziffern bei einem hohen Maß administrativer bzw. operativer Eingriffe. Die Vereinigungen volkseigener Betriebe (VVB), stellten eher Verwaltungsinstanzen dar, im Gegensatz zu ihrer späteren Funktion als Organe mit wirtschaftlicher Rechnungsführung. Das materielle Interesse des volkseigenen Betriebs (VEB) war ausschließlich an die Volumenskennziffern des Jahresplanes gebunden, eine Maßnahme, deren Folgen von Kritikern als „Tonnenideologie“ charakterisiert wurde.

Interessen, die über die Erfüllung des Mengenplans hinausgingen, wurden nicht geweckt bzw. sogar verhindert. Die erreichte Effektivität der Betriebe und ihre materiellen Ausgangsbedingungen für eine weitere Erhöhung der Effektivität standen aufgrund der jährlichen Steuerung im Rahmen von Fünf- bzw. Siebenjahresplänen nicht zueinander in Beziehung. So konnte von den Betrieben aufgrund der jährlichen Steuerung z.B. nicht erwartet werden, daß sie sich um eine Senkung der Selbstkosten – d.h. aber um technischen Fortschritt, um die Erhöhung der Produktivität der Arbeit (bürgerlich: Kapitalproduktivität, da das Kapital als Produktions-

32) In der Konzeption waren die Überlegungen in der CSSR weiter gewesen. Auch in Ungarn gehen Konzeption und Experimente heute weiter, vgl. J. Kosta: Wirtschaftssysteme I. Reformmodelle im Test. In: Wirtschaftswoche 4/72, S. 29 ff.

faktor und nicht als gesellschaftliches Verhältnis angesehen wird³³)—kümmerten, da u.U. das Bestreben, die Selbstkosten zu senken, aufgrund notwendiger Umstellungen kurzfristig zu einer mangelnden Planerfüllung führen konnte. In Anbetracht der jährlichen Einschnitte und der Verbindung des materiellen Interesses mit dem Produktionsvolumen hätte ein solch langfristig im Sinne der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums effektiveres Verhalten negative Konsequenzen, was die jährlichen Prämien anbelangt, bewirkt. Die Prämien waren demnach an den Mengenplan gebunden. Um nur einige Mängel aufzuzeigen, sei darauf verwiesen, daß aufgrund der Tatsache, daß ein großer Teil der Preise auf dem Stand von 1944 eingefroren wurde, die Betriebe verschwenderisch mit gesellschaftlich knappen Ressourcen umgingen, vor allem gingen sie jedoch deshalb verschwenderisch mit den Ressourcen um, weil sie nur am quantitativen Plansoll orientiert waren, während das Wie, die Frage, mit welchen Mitteln das Ziel erreicht werden kann, nicht zur Disposition stand. „Wenn zum Beispiel die Stahlwerke ein Plansoll für gewalzten Stahl in Tonnen erhielten, bestand die Tendenz, schwereren Stahl großflächiger und dicker zu walzen; wenn das Plansoll dagegen in numerischen oder linearen Maßen festgesetzt wurde, überwogen die leichten Formate“³⁴).

Ein anderes Beispiel lieferte der Minister Selbmann auf einer Konferenz zur Übergangsperiode³⁵). Er führte ziemlich hilflos aus, daß trotz Steigerung der Arbeitsproduktivität die Rentabilität gesunken sei. Bzw. umgekehrt, daß normalerweise der an den vorhandenen Rentabilitätskriterien und den quantitativen Kennziffern der Planerfüllung orientierte Betrieb in seinen oberen Spitzen kein Interesse an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität durch die Arbeiter haben konnte, da sonst die Rentabilität sank. Das absurde Verhältnis von Steigerung der Arbeitsproduktivität verbunden mit dem Sinken der Rentabilität ergab sich aus der Relation zwischen Kosten und Preisen. Aufgrund dieser Relationen arbeiteten die Betriebe mit geplantem Verlust. Steigerten sie die Arbeitsproduktivität, deckten die den geplanten Verlusten entsprechenden Subventionen die nun vermehrten Verluste nicht mehr³⁶).

Hinzu kam, daß die Erfahrung vieler produktiv Tätiger, daß sie keineswegs produktiv tätig waren, bzw. das Ergebnis ihrer produktiven Tätigkeit negativ war, ihrerseits nicht zur Entwicklung eines sozialistischen Bewußtseins beitrug. Dies hatte zur Folge, daß nun tatsächlich unter Außerachtlassen von Rentabilität versucht wurde, auf möglichst billige Weise die irrationalen Kennziffern zu erfüllen, wodurch die Konsequenzen noch negativer als die bereits eingepflanzten waren (Planvolumen einerseits — Tonnenideologie andererseits).

Das alte Planungssystem hat infolgedessen durch die Art seiner Planungsprozesse und Planungsmethoden keineswegs zur Bildung eines gesellschaftlichen Bewußtseins beigetragen. Abgesehen davon, daß im alten Planungssystem die Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse mindestens genauso wenig wie im neuen Planungssystem entwickelt wurde, haben die zentralistischen Planungsmetho-

den einer solchen Vergesellschaftung auch keinerlei Spielraum eröffnet, vielmehr die Situation, die in einer nicht stattgefundenen Revolution begründet war, nicht nur perpetuiert, sondern verschärft, insofern das System spätestens ab dem Zeitpunkt, ab dem es nicht mehr nur um eine Ausdehnung der Produktion um jeden Preis ging, in Irrationalität umschlug, da es den Erfordernissen einer geplanten Wirtschaft nicht mehr entsprach.

Ein Teil der Mängel des Planungssystems wurde selbst in der „Richtlinie“³⁷) zugestanden, obwohl andererseits die neuen ökonomische Systeme — nicht nur das der DDR — so begründet werden, daß man argumentiert, das Planungssystem vor 1963 mit seiner fast ausschließlichen Orientierung an quantitative Ausdehnung der Produktion bzw. an Erhöhung des Produktionsvolumens sei das richtige für die sog. extensive Phase der Reproduktion gewesen, während man jetzt zur intensiven Entwicklungsphase übergehen müsse. Damit wird die Richtigkeit der Planungs- und Leitungssysteme während der jeweiligen Phase ihrer Gültigkeit hervorgehoben. Mit dieser Begründung kann man sicherlich historisch berechtigt, das alte Planungssystem z.B. verteidigen, jedoch nicht wie im Falle der DDR bis 1963.

In der Richtlinie³⁸) wird konstatiert, daß die fast ausschließliche Orientierung auf Erfüllung und Übererfüllung des Jahresplanvolumens, das Bestreben förderte, weiche Pläne durchzusetzen. Die Betriebe versuchten in Anbetracht der Volumenskennziffern ihre Kapazitäten zu verschleiern, um so Planer- und Planübererfüllungen leichter zu erreichen, was sich auf die Prämien entsprechend auswirkte. Das heißt, die Betriebe wurden aufgrund des bestehenden Planungs- und Leistungssystems gezwungen, ihre Interessen gegen die gesellschaftlichen Interessen durchzusetzen, wobei diese Interessen nicht einmal mehr mit einzelwirtschaftlicher Rentabilität gleichgesetzt werden konnten.

Es zeigt sich bereits hieran, daß zentralistische Tendenzen mit einer Planwirtschaft, nämlich einer geplanten Wirtschaft, einer bewußt gestalteten Entwicklung, einer bewußten Gestaltung des ökonomischen und gesellschaftlichen Ablaufs wenig zu tun haben. Da das alte Planungssystem gesellschaftlich orientiertes Handeln nicht hervorruft, sondern hemmt, bekommt die Zentrale keine objektiven Informationen, auf die sie andererseits angewiesen ist. Denn trotz aller bürgerlichen „Totalitarismusforschung“ ist kein System so „totalitär“, daß es für seine Entscheidungen nicht auf Informationen von „unten“ angewiesen wäre. Doch wie dieses Material aussieht, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die Basisinformanten aufgrund gesamtgesellschaftlicher Bedingungen zu objektiven Informationen angehalten werden oder nicht. Insofern hat die zentrale Hypothese zentralistischer Planmodelle, daß der ökonomische Prozeß in seinen Einzelheiten direkt zu steuern sei, mit planwirtschaftlichen Überlegungen, die einer bewußten Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse dienen sollen, wenig gemein — sowohl unter ausschließlich ökonomischen als auch unter gesellschaftspolitischen Aspekten.

Das hiermit angesprochene und anhand der Mengenplanung aufgezeigte Problem wurde in der „Richtlinie“ an anderer Stelle — nämlich bezogen auf die sog. ökonomischen Hebel — folgendermaßen ausgedrückt: „So wird es entbehrlich, den VVB und Betrieben und sogar den einzelnen Werk tätigen Ausmaß, Reihenfolge und Tempo der vielen einzelnen Schritte vorzuschreiben, die erforderlich sind, um die

33) entfällt

34) H. Bravermann; in: Bettelheim/Dobb/Foa/Huberman/Robinson/Mandel/Sweezy u.a.: Zur Kritik der Sowjetökonomie. Hg. v. P. Strotmann. Berlin 1969, S. 51

35) Deutsche Akademie der Wissenschaften zur Berlin; Protokoll der theoretischen Konferenz des Instituts für Wirtschaftswissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften zu Berlin vom 11. bis 14.3.1955 zu dem Thema: Die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR. Berlin 1955.

36) Selbmann: a.a.O., S. 36f.

37) Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vom 11. Juli 1963. GB1. der DDR, II, S. 453ff.

38) a.a.O., S. 481

gesteckten Ziele zu erreichen. Damit werden auch der große Aufwand an administrativer Kontrolle und viele Auseinandersetzungen vermieden, die bislang eintraten, wenn es dem jeweils Betroffenen zweckmäßig erschien, wirksamere Formen und Bessere Wege zur Lösung der gestellten Aufgaben zu nutzen . . . (Die ökonomischen Hebel) bewirken, daß die vielfach noch anzutreffenden überlebten, bürokratischen Illusionen, etwa die Überschätzung zentraler Einzelentscheidungen, aus unserem Wirtschaftsleben verschwinden. Damit werden vielfältige Quellen einer unökonomischen Administration verstopft.“³⁹⁾

Neben den jährlich neu festgesetzten Volumenskennziffern, den direkten zentralen operativen Entscheidungen und Eingriffen wurden⁴⁰⁾ als Grundprobleme des alten Planungssystems die starren – größtenteils auf dem Stand von 1944 eingefrorenen – Preise erkannt. Voraussetzung für die das NÖS bestimmende wirtschaftliche Rechnungsführung war ein Preissystem, das die gesellschaftlich notwendigen Kosten signalisieren konnte. Unter wirtschaftlicher Rechnungsführung wird verstanden, daß die Betriebe gezwungen werden sollen, „ihre Ausgaben (Ausdruck des Arbeitsaufwandes des Betriebes) durch die Einnahmen (Erstattung des gesellschaftlich notwendigen Arbeitsaufwandes des Betriebes) zu decken und dabei einen Gewinn (Hauptform des gesellschaftlichen Reineinkommens) zu erzielen“⁴¹⁾.

Neben den soeben angeführten Mängeln wurden auch die negativen Auswirkungen genannt, die hauptsächlich in weichen Plänen, Interessendivergenzen zwischen Zentrale und unteren Ebenen, mangelnder Ausnutzung der Grundfonds, unnötiger Bindung von gesellschaftlichen Akkumulationsmitteln, Verzögerung technischen Fortschritts zu suchen sind. Daher sollte⁴²⁾

- an die Stelle des administrativen überzentralisierten Planungssystems ein Planungssystem treten, das zentrale Entscheidungen auf die Bestimmung der wichtigsten Grundlinien und Hauptaufgaben konzentriert und reduziert
- an die Stelle der direkten Steuerung mittels Mengenplanung ein System ökonomischer Hebel treten, wodurch eine zweite Entscheidungsebene, jedoch dezentraler Natur, entsteht. Wenn hier von einem System gesprochen wird, dann deshalb, weil diese Hebel, diese Mittel zur Regulierung der Gesamtwirtschaft, die von der Zentrale bestimmt werden, indirekt die unteren Entscheidungsebenen auf die von der Zentrale festgelegten gesamtwirtschaftlichen und gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hin orientieren sollen
- statt jährlicher Geldzuweisungen bzw. Subventionen aus dem Staatshaushalt die Eigenverantwortung der Mittel in den Vordergrund treten
- an die Stelle des eingefrorenen Preissystems die Verwendung von Wertkategorien auch in der Abteilung I (in der Produktionsmittelproduktion) treten
- an die Stelle einer Vielzahl von Kennziffern weitgehend die synthetische Kennziffer Gewinn treten
- an die Stelle der Verbindung des Prämiensystems mit der Erfüllung bzw. Übererfüllung der Volumenskennziffern die Verbindung von objektiven (Gewinn) und subjektiven (Lohn, Prämie) Hebel treten; die persönliche materielle Interessiertheit soll dann befriedigt werden, wenn der betriebliche Gewinn das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis positiv ausdrückt.

Eine z.B. von Bettelheim bezweifelte Prämisse bleibt dabei unausgesprochen,

39) a.a.O., S. 482

40) a.a.O., S. 495ff. (Anlage 1)

41) a.a.O., S. 482

42) entfällt

daß nämlich jeweilige einzelwirtschaftliche Rentabilität insgesamt gesamtwirtschaftlicher Effizienz gleich ist. Es wird jetzt davon ausgegangen, daß indirekte Zentralisierung, d.h. Schaffung einer mittleren Entscheidungsebene bei Verwendung ökonomischer Hebel bzw. Parameter dem gesamtwirtschaftlichen Plan alles in allem am besten entspricht. Richtig wäre einzuräumen, daß indirekte Zentralisierung dies gerade nicht kann, vielmehr Konsequenz der Tatsache ist, daß Wirtschaftsrechnung ex ante allein sich als nicht möglich erwies, weshalb es einer doppelten Wirtschaftsrechnung bedarf.

2. Der neue „Wirtschaftsmechanismus“

Die Maßnahmen, die unter der Bezeichnung NÖSPL (ab 1963) und ÖSS (ab 1967) bis zum Herbst 1970 vollzogen wurden, will ich hier nicht in all ihren Nuancierungen aufzeigen. Dies ist auch nicht nötig, wenn man die Ziele und Mittel und ihre Relation zueinander etwas grundsätzlicher betrachtet und nicht, wie es von bürgerlicher Seite aus geschah, mit der konvergenztheoretischen Hoffnung verbindet, daß nun auch der Sozialismus auf einem bestimmten Entwicklungsniveau gezwungen sei, zur Marktwirtschaft überzugehen. Als diese Hoffnungen zerstoßen (spätestens 1967/68), wurden von dieser Position aus die jeweiligen Maßnahmen weitgehend bereits als eine Zurücknahme der Reformen angesehen⁴³⁾. Demgegenüber bin ich der Ansicht, daß zwischen 1968 und 1970 die Dezentralisierung, was nichts mit Demokratisierung zu tun zu haben braucht, am weitesten entwickelt war, weshalb ich mich besonders auf die Maßnahmen in dieser Phase beziehen möchte.

a) Die Grundidee

Die Grundidee der Konzeption des NÖS/ÖSS war es, einerseits die zentrale Planung in ihrer Bedeutung zu stärken und andererseits der Eigenverantwortung erweiterten Spielraum zu geben. Dies erscheint zunächst als ein Widerspruch, ist jedoch keiner, wenn man bedenkt, daß die Zentrale gar nicht in der Lage war, gesamtwirtschaftlich sinnvoll all die detaillierten Entscheidungen zu treffen. Nun sollte sie sich auf Grundprobleme konzentrieren und über gesamtgesellschaftliche Präferenzen, Mittel und Parameter befinden, die das einzelwirtschaftliche Verhalten auf eben diese gesamtgesellschaftlichen Präferenzen hinorientieren.

43) Es gibt auch andere Autoren, z.B. die des DIW, Mitscherling, Melzer, Rüger; sie interpretieren die Maßnahmen zwischen 1968 - 1970 weiterhin als solche verstärkter Dezentralisierung. Sie sind wesentlich ernster zu nehmen als Autoren des SBZ - bzw. Deutschland-Archivs wie Erdmann, Schulz, Nawrocki. Auch H. Buck (Umkehr zur administrativen Befehlswirtschaft als Folge nicht behobener Steuerungsdefekte der Wirtschaftsreformkonzeption. In: Gleitze/Thalheim/Buck/Förster: Das ökonomische System der DDR nach dem Anfang der siebziger Jahre. Berlin 1971, S. 77ff.) interpretiert die Maßnahmen zwischen 1968 - 1970 als weitere Dezentralisierungsmaßnahmen.

Die Fragestellung für die Beurteilung der im Folgenden zu referierenden Maßnahmen lautet: handelt es sich hier um ein positiv korrelierendes Verhältnis von Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums auf der einen und Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse auf der anderen Seite oder lediglich um einige Dezentralisierungsmaßnahmen, die eine Stärkung der ökonomischen Effizienz bewirken sollen, aber u. U. dies deshalb nicht vermögen, weil sie die spezifische Form überkommener Entscheidungsstrukturen und damit die Privatheit der Interessen nicht antasten und deshalb nicht systematisch durchgeführt werden können. Andererseits darf jedoch auch die Frage nicht außer acht gelassen werden, ob die Dezentralisierung verbunden mit dem Aufgreifen bestimmter Wertkategorien nicht zu einer kapitalistischen Restaurierung auf der Basis von Gruppeneigentum führen könnte.

Mit anderen Worten: die Beurteilung der sozialistischen Produktionsweise der DDR darf sich nicht auf den engeren ökonomischen Bereich beschränken. Sie muß vielmehr die gesamtgesellschaftlichen Folgen der Entscheidungsstrukturen bzw. die Entscheidungsstrukturen als Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse sehen und begreifen. Diese Vorgehensweise, die abstrakten Bewertungen vorbeugen will, kann in Anbetracht des historischen Standes von Wissenschaft und Technik und der vorhandenen Entscheidungsstrukturen zur stärkeren Betonung eines dezentralen Modells gelangen, ohne die aus ihm eventuell resultierenden Gefahren einer Restauration zu übersehen. Demgegenüber neigt eine abstrakte Beurteilung, die Sozialismus mit zentraler Planwirtschaft identifiziert, dazu, der zentralen Planwirtschaft – Effizienz vorausgesetzt – den Vorzug zu geben, weil sie die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen stärker zu sichern scheint. Derlei Axiome müssen jedoch nach den historischen Erfahrungen bezweifelt werden, zumal die sog. zentrale Planwirtschaft in einer bestimmten Phase ihrer Entwicklung mit Planwirtschaft, d.h. mit bewußter und transparenter Gestaltung der Produktion und Distribution wenig mehr gemein hatte.

b) *Das Planungssystem* ⁴⁴⁾

Die mit der „Grundidee“ angesprochene höhere Qualität der zentralen Planung drückt sich in einem Perspektivplan (in der Regel 5-Jahres-Pläne) aus, der nicht einfach die gegenwärtigen Verhältnisse extrapoliert, womit früher mehr oder weniger berechtigt eine Konzentration auf die extensiv erweiterte Reproduktion verbunden war. Vielmehr soll er sich anhand langfristiger Prognosen (15-20 Jahre) aufgrund von Rückrechnung ergeben. Solche Prognosen sollen die gesamtgesellschaftliche Entwicklung umfassen. Schilling zufolge handelt es sich um Prognosen für folgende Bereiche: „die Gesellschaftsprognose der DDR, die insbesondere die weitere Entwicklung der Klassen und Schichten der Bevölkerung, des Bewußtseinsstandes und der Arbeits- und Lebensbedingungen enthält; die Wissenschaftsprognose für die hauptsächlichen Wissenschaftsdisziplinen . . . ; die Prognosen für ausgewählte Strukturkomplexe, zum Beispiel für die Entwicklung und Anwendung der elektronischen Datenverarbeitung, für die Chemisierung der Volkswirtschaft und für Automatisierung, Rationalisierung und Fertigungstechnik in der metallverarbeitenden Industrie,

44) Außer Betracht bleiben die Landwirtschaft, die Territorialplanung und damit zusammenhängend die örtliche Versorgungswirtschaft.

die Prognose der Wachstumsfaktoren . . . ; die Prognose der Standortverteilung der Produktivkräfte“ ⁴⁵⁾.

Ab 1968 sollte die sog. Strukturpolitik und Objektplanung als Bindeglied zwischen den Prognosen und dem Perspektivplan dienen. Der Perspektivplan selbst wurde – verbunden mit weiteren Dezentralisierungsmaßnahmen – immer stärker zum Hauptinstrument (ehemals die einzelnen Jahrespläne) erklärt. Insofern sich mit der Strukturpolitik weiterhin „Reformen“ in dezentralem Sinne verbanden, kann davon ausgegangen werden, daß mit dieser Strukturpolitik die Richtung der Entwicklung, die gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Präferenzen, zentral gesichert werden sollten. Die strukturkonkrete Planung beruht entgegen der anfänglichen Konzeption des NÖS auch auf gebrauchswertmäßiger Planung; sie bedient sich also nicht nur monetärer Kategorien, vielmehr zielt sie auf die Einheit von gebrauchswert- und wertmäßiger, materieller und finanzieller Planung. Hier gibt es folglich neben der Planung mittels indirekter Zentralisierung, ökonomischer Hebel, monetäre Kategorien, Wertkategorien auch Planung in physischen Größen (Gebrauchswerten) wie vor 1963.

Abgesehen von den ökonomischen Bedenken einer einseitigen Förderung strukturpolitischer Aufgaben bei Vernachlässigung der sog. Zulieferindustrie – ein Einwand, der, wie noch zu zeigen sein wird, seine Berechtigung hatte – wurde diese strukturpolitische Konzeption deshalb auch von bürgerlichen Kritikern als Rückfall in zentralistische Tendenzen angesehen, weil deren Hoffnung auf einen marktwirtschaftlichen Sozialismus dadurch ins Wanken geriet. Derartige strukturbestimmende Aufgaben sollen aus den allgemeinen Prognosen abgeleitet werden, sie sind infolgedessen weder auf Jahres- noch auf Perspektivplanzeiträume beschränkt, sondern werden auf den gesamten Reproduktionszyklus der Aufgaben bezogen. Diejenigen Betriebe und Kombinate, welche die strukturbestimmenden Aufgaben realisieren (Objektplanung), unterstehen unmittelbar der zentralen Planungsbehörde bzw. den Industrieministerien.

Wie kommt nun ein Perspektivplan zustande? Handelt hier die Zentrale völlig autonom oder gibt es Rückkoppelungen? Zur Erstellung eines Perspektivplanes beschließt der Ministerrat aufgrund der Prognosen wie der strukturbestimmenden Konzeption staatliche Aufgaben und Normative, die die Gesamtentwicklung zum Inhalt haben. An der vorgegebenen Gesamtentwicklung orientieren die unteren Ebenen ihre Planentwürfe, nach deren Verteidigung vor der jeweils nächst höheren Instanz der Perspektivplan beschlossen und zum Gesetz erhoben wird. Über seine Qualität entscheiden somit die Planentwürfe der VVB, VEB und Kombinate in großem Ausmaß mit.

Der weitestgehenden Konkretisierung von Prognosen, strukturbestimmenden Aufgaben und Perspektivplänen dienen die Jahrespläne, die allerdings neben der Konkretisierung auch noch die weitere sehr wichtige – wichtig in bezug auf das Problem der flexiblen Anpassung – Aufgabe der Verarbeitung neuer Informationen haben. Die Korrektur des Perspektivplanes erfolgt somit über die Jahresvolkswirtschaftspläne. Auf die Frage, was diese Pläne denn nun mit welchen Mitteln bestimmen, will ich weiter unten eingehen, wenn ich auf die Normative und Kennziffern, insbesondere die Kennziffer Gewinn zu sprechen komme.

Der einzelne Betrieb ist entweder Kooperationsverbänden (vertikales Erzeug-

45) G. Schilling: Zu einigen Aspekten der Durchsetzung des Systemcharakters in Prognose und Perspektivplanung. In: Wirtschaftswissenschaft 2/1970, S. 180

nisprinzip) oder Erzeugnisgruppen (horizontales Erzeugnisprinzip) – die ihrerseits den VVB bzw. Kombinat zugeordnet bzw. eingegliedert sind – oder bezirksmäßig zugeordnet, wobei die letztere Möglichkeit qualitativ und quantitativ an Bedeutung gering ist, da das Produktionsprinzip und nicht das Territorialprinzip herrscht.

Soweit die Betriebe keine strukturbestimmenden Aufgaben haben, können sie eigenverantwortlich planen, selbstverständlich bestimmt durch die ökonomischen Hebel, Parameter, Normative und Kennziffern, während früher genaueste quantitative Zentralpläne zu erfüllen waren. Die Betriebe sollen eigenverantwortlich den eigenen Reproduktionsprozeß optimieren; in ihrer Hand befindet sich infolgedessen die Verantwortung über den Kreislauf der Fonds, was sich mit einer längerfristigen Dispositionsfähigkeit verbindet. Während vor 1963 dieser Kreislauf nach der Produktion der Waren unterbrochen wurde und Reproduktionsmittel neu zu beantragen waren.

c) Kennziffern als Mittel indirekter Zentralisierung

Verzichtet die Zentrale darauf, im Extremfall auch noch die letzten Details zu entscheiden, reduziert sie vielmehr ihren Entscheidungsbereich, um gerade so gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Planung zu ermöglichen, dann muß sie im Interesse der betrieblichen Orientierung auf die gesamtgesellschaftlichen und gesamtwirtschaftlichen Präferenzen gewährleisten, daß die Entscheidungen auf mittlerer Ebene durch dementsprechende Parameter mit den zentralen Entscheidungen in Übereinstimmung gebracht werden. Dazu soll das „in sich geschlossene System ökonomischer Hebel“ dienen. Durch ein solches System von Regelungen der indirekten Zentralisierung soll das persönliche Interesse (Lohn, Prämie) mit den zentral vorgegebenen gesellschaftlichen Präferenzen (signalisiert über Kosten, Preise, Gewinn) verbunden, d.h. die Befriedigung individueller Interessen von der Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeiten abhängig gemacht werden. Ob die Kopplung möglich ist, hängt davon ab, inwiefern das Kosten-, Preis- und Gewinnsystem so gestaltet wird bzw. werden kann, daß die Betriebe auch tatsächlich im Sinne gesamtwirtschaftlicher Effizienz handeln, wenn sie sich um betriebliche Rentabilität und daran gekoppelten Gewinn bemühen.

Der wichtigste „ökonomische Hebel“, die wichtigste Kennziffer ist der Gewinn, der maßgeblich die erweiterte Reproduktion bestimmt. Die Betriebe sind demzufolge nicht mehr einseitig an der Erfüllung des vorgegebenen Planvolumens ausgerichtet, wie auch der betriebliche Kreislauf am Ende des Jahres nicht unterbrochen wird, um am Anfang des Jahres mit Zuweisungen aus dem Staatshaushalt zu beginnen. Der erwirtschaftete Gewinn dient demnach als Beurteilungsmaßstab für die Leistungen des Betriebs und – bedingt durch die Bindung des persönlichen materiellen Interesses an dem betrieblichen Gewinn – als Stimulanz bzw. ökonomischer Hebel für weitere Leistungssteigerungen. Damit der Gewinn jedoch tatsächlich zumindest betriebliche Rentabilität widerspiegelt und nicht mit gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen kollidiert, waren einige wichtige Voraussetzungen

zu schaffen.^{45a)}

Die Voraussetzungen, die in der DDR notwendig waren⁴⁶⁾, damit der Gewinn überhaupt zum Maßstab, zur synthetischen Kennziffer erhoben werden konnte, waren folgende

- die Durchführung der Industriepreisreform⁴⁷⁾, die die Preise an die ‚Werte‘, also an den gesellschaftlich notwendigen Aufwand annäherte, jedoch den Aspekt der Knappheitspreise – das Verhältnis von Angebot und Nachfrage –, der besonders von bürgerlichen Kritikern als wichtig hervorgehoben wird, kaum berücksichtigte; Preise sind demnach Kategorien der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Produktionssphäre. Die Zirkulation, der Markt, bleibt weitgehend unberücksichtigt;
- eine Umbewertung der Grundmittel⁴⁸⁾, um die Betriebe zu einem sparsamen Umgang mit den Grundfonds zu bewegen;
- die Einführung einer 6 %igen Produktionsfondsabgabe⁴⁹⁾, die an Stelle des Marktes, der Konkurrenz, sichert, daß ein sparsamer Umgang mit den Grundfonds sich positiv auf den Nettogewinn (= Bruttogewinn minus Produktionsfondsabgabe) auswirkt;
- das Industriepreisregelsystem⁵⁰⁾, das eine dynamische, damit flexiblere und den technischen Fortschritt erzwingende, an der Fondsrentabilität orientierte Preispolitik ermöglichen soll;
- die Einführung des fondsbezogenen Industriepreises⁵¹⁾, bei dem die Reineinkommensrate (Gewinnrate) auf die Grundfonds bezogen wird, um so grundfondsintensiven Industriezweigen Gewinne zur eigenständiger und erweiterter Reproduktion zu ermöglichen;
- die Veränderung der Ware-Geld-Beziehungen in dem Sinne, daß eine automatische Bezahlung der Rechnungen durch die Bank (Verrechnung als Verwaltungsakt) nicht mehr gegeben ist, die Bezahlung vielmehr erst bei vertragsgerechter Lieferung erfolgt;
- die Betonung der Eigenerwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion, die neben den Mitteln aus Gewinnen mit Krediten vorgenommen wird, deren Vergabe an den Nachweis der betrieblichen Rentabilität gebunden ist und somit ihren Subventionscharakter verliert.

45a) Auch dann bliebe die Frage, ob die Orientierung an betrieblicher Rentabilität wirklich volkswirtschaftliche Effizienz oder gar optimale Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums gewährleisten kann, ob also die ökonomischen Hebel indirekte Zentralisierung ohne nennenswerte gesamtwirtschaftliche Kosten ermöglichen. Neben dieser prinzipiellen Frage hinsichtlich planwirtschaftlicher Möglichkeiten ist zudem zu überlegen, ob die Orientierung am Gewinn immer eine Orientierung an betrieblicher Rentabilität erzwingt oder ob nicht offenkundige Mängel in der Abstimmung der ökonomischen Hebel die Möglichkeit bieten, betrieblichen Gewinn ohne adäquate Leistung zu erzielen.

46) Sie können hier nur aufgezählt werden, die Problematisierung erfolgt weiter unten.

47) Die Reform wurde zwischen 1964 und 1967 durchgeführt, sie sollte ermöglichen, den betrieblichen Gewinn von der betrieblichen Leistung abhängig zu machen.

48) Vgl. GB1. der DDR, II, 1962, S. 34 und GB1. der DDR, II, 1964, S. 118. Die Umbewertung der Grundmittel erfolgte 1963 zu 1963 entstehenden Wiederanschaffungspreisen.

49) Vgl. Grundsätze für die Einführung der Produktionsfondsabgabe in ausgewählten VVB der zentral geleiteten volkseigenen Industrie vom 3. März 1966. GB1. der DDR, II, S. 261. Vgl. weiterhin die Verordnung über die weitere Anwendung der Produktionsfondsabgabe im Bereich der volkseigenen Industrie und des volkseigenen Bauwesens vom 2. Februar 1967. GB1. der DDR, II, 1967, S. 115

50) Vgl. Richtlinie zur Einführung des fondsbezogenen Industriepreises und der staatlichen normativen Regelung für die planmäßig Senkung von Industriepreisen in den Jahren 1969/1970 vom 26. Juni 1968 GB1. der DDR, II, 1968, S. 497

51) Vgl. FN 50

Um die Realisierung der Reformen zu gewährleisten, wurde die Verwaltungsfunktion der Banken⁵²⁾ reduziert. Sie fungieren nunmehr als Kontrollorgane mit eigener wirtschaftlicher Rechnungsführung und haben somit eine den VVB ähnliche Doppelfunktion, die von bestimmten Prämissen sinnvoll zu sein scheint, in der Praxis aber zu Schwierigkeiten führte. Darüberhinaus brachte die Regelung über die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses⁵³⁾ die Berücksichtigung des betrieblichen Außenwirtschaftsergebnisses bei der Ermittlung des betrieblichen Gewinns. Ein heikler Punkt, an dem die Problematik von betrieblichem Gewinn und volkswirtschaftlicher Effizienz besonders anschaulich werden kann.

Ziel der Reformen war es, die VVB und VEB über den zentralen ökonomischen Hebel, den Gewinn, an der Steigerung der Produktion qualitativ hochwertiger Erzeugnisse, am Einsatz neuester Technik und an der rationellen Nutzung der produktiven Fonds zu interessieren⁵⁴⁾. Der Gewinn wurde zum Maßstab für den Nutzeffekt ökonomischer Maßnahmen⁵⁵⁾, die Gewinnaufgabe zur Hauptkennziffer der Pläne. Was der Betrieb mit dem Gewinn nach Abzug der 6%igen Produktionsfondsabgabe und der je nach Zukunftsträchtigkeit der Branchen verschiedenen hohen, in Prozentsätzen ausgedrückten Nettogewinnabführung machen konnte, d.h. wieweit die Eigenverantwortung der VVB und VEB tatsächlich ging, soll weiter unten bei der Betrachtung des Prinzips der Eigenwirtschaftung erläutert werden.

Trotz dieser wichtigen Stellung fungiert der Gewinn jedoch nur bedingt als zentrale Kennziffer, da andere Kennziffern, staatliche Normative und volkswirtschaftliche Berechnungskennziffern, den Rahmen der Gewinnoptimierung bilden. Der Gewinn weist sich damit nur in eingeschränktem Sinne als synthetische Kennziffer aus. Je mehr Kennziffern, je stärker sie ausdifferenziert sind, desto mehr nimmt die Kennziffer Gewinn an Bedeutung ab bzw. umgekehrt.

Diese übrigen Kennziffern waren in der Phase der weitestgehenden betrieblichen Eigenverantwortung – was sich besonders an Investitions- und Kreditpolitik, überhaupt an der Eigenwirtschaftung zeigt (in der Zeit zwischen 1968 und 1970) – wertmäßiger Natur. Lediglich im Rahmen der strukturbestimmenden und der Exportaufgaben gab es gebrauchswertmäßige Kennziffern⁵⁶⁾, ansonsten stellen die Kennziffern nach 1963 keine Volumenskennziffern, sondern Effektivitätskennziffern dar.

Die Effektivitätskennziffern sind demzufolge keine absoluten, sondern relativen Größen, d.h. daß in ihnen das Verhältnis mehrerer Größen zueinander zum Ausdruck kommt – so in der Kennziffer Fondsrentabilität das Verhältnis der eingesetzten Fonds zur erzeugten Menge. Diese Effektivitätskennziffern müssen richtig aufeinander abgestimmt sein, da innerhalb des von ihnen abgesteckten Rahmens die Hauptkennziffer Gewinn die Einheit von zentraler und betrieblicher Planung bewirken soll.

- 52) Vgl. Verordnung über die Bildung der Industrie- und Handelsbank der DDR mit Statut vom 13. Dezember 1967. GBl. der DDR, II, 1968, S. 9. Dazu S.-M. Lang/M.-E. Ruban: Veränderungen im Bankensystem der DDR. In: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung, 3/1968, S. 397ff.
- 53) Vgl. Anordnung über die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses in den Jahren 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 507
- 54) Vgl. Das funktionelle Wirken der Bestandteile des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Hg. v. Büro für Industrie und Bauwesen beim Politbüro des ZK der SED. Berlin 1964, S. 71
- 55) Vgl. Richtlinie . . . (Fn 37), S. 484
- 56) Vgl. A. Scherzinger-Rüger: Gegenwärtige Probleme der Jahresplanung in der DDR. In: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung 3/1972, S. 191 ff.

Neben Kennziffern gibt es staatliche Normative als Grundlage der wirtschaftlichen Rechnungsführung, mit denen Mindestanforderungen an die betriebliche Rentabilität gestellt werden; zugleich soll eine Verbindung der betrieblichen Rentabilität mit der gesamtwirtschaftlichen Effizienz geschaffen werden, insofern die Normative auch gesamtwirtschaftliche Bewertungen von Ressourcen⁵⁷⁾, gesamtwirtschaftliche Einschätzungen der optimalen Entwicklung von Wissenschaft und Technik und ihrer Anwendung in der Produktion, wissenschaftlich begründete Gegenüberstellungen von Ergebnis und Aufwand darstellen. Sie sollen die Betriebe auf das Optimum der erwarteten Entwicklung orientieren und negieren damit das frühere Verfahren der quantitativen Extrapolation⁵⁸⁾. Sie sollen als Grundlage eigenverantwortlicher Planungs- und Leitungstätigkeit die Verwirklichung einer hocheffektiven Reproduktion gleichzeitig indirekt steuern bzw. regeln^{58a)}. Diese Normative sprengten 1969/70 als 2-Jahres-Normative auch hinsichtlich der Zeitspanne den ehemaligen Jahresrhythmus; sie waren im Perspektivplan 1971-1975, der dann nicht, wie intendiert, zustande kam, als 5-Jahres-Normative gedacht, womit den Betrieben längerfristige Kalkulationen ermöglicht werden sollten. Die wichtigsten Normative als entscheidende Grundlage für die indirekte Zentralisierung sind:

- die Nettogewinnabführung in Prozenten, wobei der Anteil des Staates am Nettogewinn differenziert (zwischen 40 und 70%) festgelegt wird. Für den Fall, daß diese Nettogewinnabführung nicht erwirtschaftet werden konnte, mußte ein festgelegter Mindestbetrag abgeführt werden.
- Normative der Amortisationsabführung (Abschreibung), wobei die Abführungen vornehmlich innerhalb der VVB verblieben
- Normative für den Prämienfonds prozentual bezogen auf den Nettogewinn
- Normative der Exportstimulierung⁵⁹⁾
- Normative zur Industriepreissenkung⁵⁹⁾.

Für 1971–1975 bzw. 1976-1980 wurde und wird ferner an Normative bezogen auf einen Arbeitskräftefonds und einen Bodenfonds, somit an eine Arbeitskräftefondsabgabe und eine Bodenfondsabgabe gedacht, um einen sparsamen Umgang mit den Ressourcen Boden, lebendige Arbeit, vergegenständlichte Arbeit zu erreichen. Denn 1969/70 hatte sich gezeigt, daß die Produktionsfondsabgabe und der fondsbezogene Industriepreis (Reineinkommensrate bezogen auf die produktiven Fonds) zwar den sparsamen Umgang mit vergegenständlichter Arbeit, zu wenig aber, denn mit den in der DDR ja äußerst knappen Arbeitskräften initiiert hatte.

d) Das Prinzip der Eigenwirtschaftung

Die Frage ist nun zu stellen, was der Betrieb mit dem Gewinn, der nach Abzug der Produktionsfondsabgabe und der Nettogewinnabführung bleibt, überhaupt machen kann. Wieweit geht die Eigenverantwortlichkeit, der analog der zentralen Planung in ihrer reduzierten Form ebenfalls eine größere Rolle zukommen soll, wobei durch ökonomische Hebel (Kosten, Preis, Gewinn, Lohn, Prämie), Kennziffern und staatliche Normative indirekt das eigenverantwortliche Handeln der Betriebe in die gewünschte Richtung gelenkt werden soll. Daß Raum für die eigenverantwort-

- 57) Vgl. Nick: Gesellschaft . . . (Fn 29), S. 225
- 58) Vgl. Richtlinie . . . (Fn 37), S. 480
- 58a) Vgl. Grundsatzregelung für komplexe Maßnahmen zur weiteren Gestaltung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Planung und Wirtschaftsführung für die Jahre 1969 und 1970 vom 26. Juni 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 448
- 59) a.a.O., S. 448-450

liche Entscheidungen gegeben sein muß, versteht sich von selbst, wenn auf zentraler Ebene keine quantitativen Volumenskennziffern im Vordergrund der Überlegungen und Planungen stehen. Der Gewinn kann nur dann die Rolle des Anreizes bekommen, wenn über seine Verwendung – wie gering auch seine Höhe je nach dem Normativ der Nettogewinnabführung sein mag – zumindest partiell eigenverantwortlich entschieden werden kann. Daß überhaupt die Notwendigkeit bestand, den Gewinn als besonders wichtige, als synthetische Kennziffer einzuführen, da die Betriebe irrational auf die sog. zentrale Planung reagierten, ist allerdings ein Indiz dafür, daß man nicht ohne weiteres von der Annahme ausgehen kann, die Betriebe würden nun die Mittel, über die sie eigenständig verfügen, vornehmlich unter gesamtgesellschaftlichen Aspekten einsetzen.

„Die weitere Entwicklung des ökonomischen Systems des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik erfordert die maximale Erhöhung des Nationaleinkommens und seine rationelle Verwendung. Dazu (!) ist es notwendig, daß die VEB . . . ihre Mittel für die erweiterte Reproduktion selbst (!) erwirtschaften. Sie verfügen im Rahmen des Planes darüber und haben eigenverantwortlich auf Grund vorhandener und selbst zu erwirtschaftender materieller Ressourcen die im volkswirtschaftlichen (!) Sinne bestmögliche Lösung zu finden.“⁶⁰⁾ In diesem Satz kommt auf eines der zentralsten Probleme bezogen das zum Ausdruck, was weiter oben im Zusammenhang mit der Skizzierung der Grundidee der Stärkung der zentralen und dezentralen Entscheidungsebene im Sinne eines gesamtwirtschaftlichen Optimums angesprochen wurde und was von Bettelheim als Möglichkeit energisch bestritten wurde. Es wird nämlich suggeriert, daß das Streben nach einzelwirtschaftlicher Rentabilität zugleich auch gesamtwirtschaftlich Effizienz bewirken könne. Im Rahmen des durch staatliche Kennziffern und Normative abgesteckten Bereichs sollen die Betriebe ihre eigene Reproduktion optimieren, über den Kreislauf ihrer Fonds verfügen und längerfristig disponieren⁶¹⁾. Demgegenüber wurde der Kreislauf früher unterbrochen, womit keine Verbindung zwischen der Höhe der erwirtschafteten Geldfonds und dem Grad der erweiterten Reproduktion bestand. Die Ausgaben müssen infolgedessen durch die Einnahmen gedeckt und dabei ein Gewinn erzielt werden; Kredite für die erweiterte Reproduktion sind möglich, wie gleich noch zu zeigen sein wird. Durch die Pflicht zur Eigenwirtschaftung im Rahmen indirekter Zentralisierung wurde demnach das Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung gestärkt, die Begriffe wurden beinahe – soweit dies überhaupt bei doppelter Wirtschaftsrechnung möglich ist – zu Synonymen. Wie diese Eigenverantwortung z.B. bezogen auf die Materialversorgung aussieht, zeigen folgende Bestimmungen:

„Dabei ist auszugehen von

- der Eigenverantwortlichkeit der Betriebe und VVB für den Aufbau der Marktforschung und Marktbeeinflussung zur Ermittlung des begründeten Bedarfs der Volkswirtschaft und von der Eigenwirtschaftung der Mittel zur Deckung dieses Bedarfs
- der möglichen differenzierten Preisfestsetzung im Rahmen langfristiger Normative . . .

60) Beschluß über die Grundsätze für weitere Schritte bei der Anwendung des Prinzips der Eigenwirtschaftung der Mittel für die erweiterte Reproduktion im Jahre 1968 vom 15. Juni 1967. GBl. der DDR, II, 1967, S. 461,462

61) Für 1969/70 waren daher erstmals zwecks Erprobung langfristiger Normative im Perspektivplan 1971-1975 2-Jahres-Normative vorgesehen. Vgl. Grundsatzregelung . . . (Fn 58 a), S. 440/48

Die weitere Vervollkommnung der materiell-technischen Versorgung muß so erfolgen, daß der Betrieb seinen Produktionsbedarf auf der Grundlage des Planes und unter Berücksichtigung der Erfordernisse des Marktes in eigener Verantwortung befriedigen kann. Dafür haben die übergeordneten Organe und die Bilanzorgane die erforderlichen Voraussetzungen zu schaffen, wenn die zu lösenden Aufgaben die Pflichten, Rechte und die Möglichkeiten der Betriebe übersteigen.

Das erfordert folgende Veränderungen in der Planung und Leitung des betrieblichen Reproduktionsprozesses:

- Die Stabilität der Materialversorgung des Betriebes ist weitgehend abhängig vom Stand der konstruktiven, fertigungstechnischen und organisatorischen Vorbereitungen der Produktion sowie der langfristigen Klarheit über das Produktionssortiment und die perspektivische Absatzentwicklung. Die Einheit des betrieblichen Reproduktionsprozesses von der Forschung und Entwicklung bis zum Absatz ist die entscheidende Voraussetzung für die ökonomisch effektive Leitung und Organisation der betrieblichen Materialwirtschaft. Dazu gehören:

- der Aufbau und die Ausgestaltung einer aktiven und schöpferischen Markt- und Bedarfsforschung . . .
- der Aufbau absatzseitiger Bestände und Kapazitätsreserven zur Verkürzung der Lieferfristen . . .
- die Entwicklung der Wirtschaftswerbung und Applikation als Mittel der Bedarfsbeeinflussung.⁶²⁾

Der VEB soll entsprechend der Zielsetzung des Planes die Mittel für die erweiterte Reproduktion selbst erwirtschaften, dazu erhält er von vornherein – d.h. vor Ausarbeitung des Planentwurfes des Betriebs – Angaben über den zu erwirtschaftenden Nettogewinn und das Normativ der Nettogewinnabführung. Falls der Betrieb bereits hier – bei der Ausarbeitung des Planentwurfes – die zentrale Vorgabe „Nettogewinn“ überbietet, steht ihm ein hoher Prozentsatz dieser Überbietung selbst zur Verfügung, damit soll offenbar der Gefahr der „weichen“ Pläne begegnet werden. Diese Annahme wird bestätigt, wenn man den betrieblichen Vorteil bei einer Übererwirtschaftung der staatlichen Auflage „Nettogewinn“ damit vergleicht – er ist wesentlich geringer. Mit diesen Verfahrensweisen sollen von vornherein möglichst optimale Pläne gesichert werden, soll die Wirtschaftsrechnung ex ante gefördert werden, was für die Koordination der Planerfüllungen wichtig ist. Planübererfüllungen bei vorhergehenden – eventuell bewußt – unzulänglicher Ausschöpfung der Möglichkeiten will man derart verhindern. Der VEB verfügt somit über folgende Fonds:

- Amortisationen (Abschreibungen), falls die volle Erhaltung der Kapazitäten vorgesehen ist, andernfalls werden Amortisationsabführungsnormative festgelegt. Die Amortisationsabführung bleibt dabei grundsätzlich im Produktionszweig⁶³⁾
- Nettogewinne und Gewinne aus Überbietung (ex ante) und Übererfüllung (ex post).

Aus diesen Gewinnen werden

- der Investitionsfonds

62) Beschluß über die Richtlinie für die Materialwirtschaft der volkseigenen Industrie im ökonomischen System des Sozialismus vom 20. Juli 1967. GBl. der DDR, II, 1967, S. 481/482

63) Vgl. Grundsatzregelung . . . (Fn 58 a), S. 449

- der Umlaufmittelfonds
- der Kredittilgungsfonds und
- der Prämienfonds (bis zur gesetzlich möglichen Höhe) finanziert.

„Bei den Entscheidungen über den Einsatz der Gewinne ist die volkswirtschaftlich günstigste Variante unter dem Gesichtspunkt des höchsten Nutzeffekts einschließlich der Außenhandelsrentabilität zu wählen. Der Direktor (!) des VEB geht dabei von Analyse und Prognosen über die Ausnutzung der vorhandenen Fonds, der Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes und der Senkung der Selbstkosten, der Entwicklung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes und der materiellen Arbeitsbedingungen sowie der kulturellen und sozialen Bedingungen aus. Er berücksichtigt die volkswirtschaftlich notwendige Umstrukturierung der Bestände und die Beschleunigung der Umlaufgeschwindigkeit“.⁶⁴⁾

Reichen die eigenen Mittel für die Investitionen nicht aus, kann der Betrieb Kredite aufnehmen, wobei er den Nachweis über die ordnungsgemäße Vorbereitung der Investitionen und die mit den Investitionen verbundene Erfüllung der dem VEB gestellten Aufgaben führen soll. Diese Aufgaben betreffen die Rationalisierung, die Sicherung der im Perspektivplan festgelegten gesamtwirtschaftlichen Präferenzen, die Erhöhung der Rentabilität und die Senkung der Selbstkosten. Ähnliche Regelungen gelten auch für die VVB, die ebenfalls nach dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung arbeiten. Da auch die Banken nach diesem Prinzip arbeiten, erhebt sich allerdings die Frage, ob sie dann den oben angedeuteten Aufgaben als Kontrollorgane entsprechen können. Denn die Koppelung der von den Banken gezahlten Prämien an ihren Gewinn, der wiederum auf der Vergabe von Krediten und der Einnahme von Zinsen basiert steht der Rolle als Verwaltungs- bzw. Kontrollorgan tendenziell entgegen⁶⁵⁾. Das allgemeine Streben der Betriebe nach bankfinanzierten Investitionsmitteln hatte dann auch nicht nur die Vernachlässigung gesamtwirtschaftlicher Ziele, sondern zugleich auch die Unterhöhlung der Kontrollfunktion der Banken zur Folge.

Der Sinn der hier skizzierten Eigenverantwortung und Eigenerwirtschaftung lag in der Erwartung größerer Produktivität der eingesetzten Mittel; die Maßnahmen sollten folglich zu einer Minderung des bisherigen Fehleinsatzes von vergegenständlichter Arbeit beitragen⁶⁶⁾. Man ging also davon aus, daß die Betriebe, wenn sie über den Einsatz der Grundmittel selbst entscheiden, Investitionen selbst bestimmen, eher zur Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit neigen als bei der bis dahin vorherrschenden zentralen Verwaltung der Wirtschaft. Damit ist aber noch nicht das letzte Wort gegen die Möglichkeit eines stärker zentralen, aber dennoch funktionierenden Modells, gesprochen. Zöge man aus der partiellen Überlegenheit des neuen ökonomischen Systems gegenüber der DDR-Planwirtschaft alten Typs diesen Schluß, gäbe man das Streben nach optimaler Wirtschaftsrechnung, die soweit möglich eine ex ante sein muß, auf.

In Anbetracht der Bedeutung der Investitionen für die gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist eine Dezentralisierung gerade auf diesem Gebiet problematisch. Gibt man die Entscheidung über Investitionen frei, wenn auch bei gleichzeitigem Versuch, die gesamtgesellschaftliche und gesamtwirt-

64) Eigenerwirtschaftung . . . (Fn 60), S. 461/462

65) Vgl. Buck: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 84

66) Vgl. M. Melzer: Das Anlagevermögen der mitteldeutschen Industrie 1955 bis 1966. In: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung 1/1968, S. 105 ff.

schaftliche Orientierung vorzugeben und die Betriebe nur im Rahmen staatlicher Kennziffern und Normative wirtschaften zu lassen, so führt das, wenn die Steuerungsmechanismen versagen, zumindest zu Störungen der gesamtwirtschaftlichen Planung. Zwar muß bei der Koppelung der Prämien an den Gewinn die Entscheidungsfähigkeit über Investitionen dezentralisiert werden, weil sonst die Orientierung am Gewinn wenig Sinn hätte. Diese Entscheidung verlangt allerdings zugleich institutionelle Garantien gegen eine Vonselbständigung des betrieblichen Gewinnstrebens gegenüber dem Gesamtinteresse. Eine optimale Entwicklung kann dieses Steuerungssystem ohnehin nicht bewirken, da die Betriebe einzelwirtschaftlich entscheiden, subjektiv dies auch wollen und objektiv weitgehend nicht anders können. In der DDR hat sich demgegenüber gezeigt, daß Eigenerwirtschaftung und Eigenverantwortung im Hinblick auf die Investitionen in Widerspruch zur strukturpolitischen Konzeption und somit zum langfristigen Zielprogramm der Zentrale gerieten. Dieser Widerspruch war ein – wie noch zu zeigen sein wird – wichtiger Grund, der u.a. zu den verstärkten Zentralisierungsmaßnahmen führte.

e) Die Aufgaben der Industriebanken und ihrer Instrumentarien Kredit und Zins

Im Zusammenhang mit dem Prinzip der Eigenerwirtschaftung muß noch ein Blick auf die Rolle der Banken und ihre Instrumentarien (Kredit, Zins) geworfen werden. Vor dem NÖS/ÖSS waren die Banken, wie oben bereits angedeutet, Verwaltungsorgane, die im Plan vorgesehene Investitionen mit überwiegend zinslosen Zuschüssen zu finanzieren hatten. Im Zuge der Reformen wurden die Banken zu relativ selbständigen Organen, die nun wie die VEB und VVB nach den Grundsätzen wirtschaftlicher Rechnungsführung arbeiten. Sie haben die Aufgabe der Kontenführung der Wirtschaftssubjekte, wickeln deren Zahlungs- und Verrechnungsverkehr untereinander und mit der Zentrale ab, gewähren für die laufende Produktion, kurzfristige, für Ersatz-, Rationalisierungs- und Erweiterungsinvestitionen, langfristige Kredite. Sie sollen nicht nur Geld leihen, sondern über die Kreditbedingungen zu planmäßiger Produktion und Reproduktion stimulieren; sie wollen den Investitionsplan überwachen und die Planmäßigkeit der Gewinnabführung an den Haushalt kontrollieren⁶⁷⁾.

Die Bank mit ihren Instrumentarien Kredit und Zins soll als Instrument für die Durchsetzung der gesamtgesellschaftlichen Präferenzen dienen, einen hohen Zuwachs an „Nationaleinkommen“ sichern, Kredite nur unter der Voraussetzung gewähren, daß die im Plan festgelegte Rentabilität mit den Vorhaben zumindest erreicht, Nutzeffektkriterien eingehalten werden und eine Eigenbeteiligung gesichert ist. Im Gegensatz hierzu wurden Zuschüsse früher praktisch automatisch dann gewährt, wenn die Betriebe bei Erfüllung ihrer Planaufgaben in Liquiditätsschwierigkeiten geraten waren. Diese automatische Zuweisung entsprach der Planung in Volumenskennziffern. Bis 1967 war die Verteilung von Krediten auf „zentral angelegte Finanzlücken bei den Wirtschaftsbetrieben“⁶⁸⁾ noch weit verbreitet. Da die Banken den Betrieben zu optimalen Plänen verhelfen sollen, entwickeln sie nach Überprüfung der betrieblichen Vorschläge bereits im Stadium der Planung – falls notwendig – andere Investitionsvarianten. Ihre Kreditgebung machen sie sodann davon abhängig, ob in den betrieblichen Konzeptionen die an den Betrieb gestellten Aufgaben auch erfüllt wurden. Die

67) Vgl. Lang/Ruban: Bankensystem . . . (Fn 52), S. 402 f.

68) Buck: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 83

Bank kann Kredite ablehnen oder an einen höheren Zinssatz binden⁶⁹⁾.

Dagegen werden für bedeutende bzw. strukturbestimmende Investitionsvorhaben weiterhin zinslose Zuschüsse aus dem Haushalt gewährt. Auch bei den übrigen Investitionen haben die Planungsinstanzen kein Interesse daran, den Betrieben so viele Eigenmittel zu belassen, daß eine Kreditaufnahme überflüssig wäre, denn nur über die Kreditvergabe kann die Bank bereits bei der Planausarbeitung ökonomische Kontrolle ausüben. Zum andern können die einzelnen Vorhaben mit Krediten früher begonnen werden als bei völliger Eigenwirtschaftung. Die Kontrollmöglichkeit der Banken in bezug auf die bewilligten Mittel – die eigenen Fonds werden grundsätzlich keiner Kontrolle unterzogen – geht so weit, daß sie bei Verletzung von Kreditverträgen die Möglichkeit der Erhöhung der Gewinnabführung an den Haushalt sowie der Reduzierung der Investitionspläne haben⁷⁰⁾.

Finanzierungsquellen in der DDR von 1961 - 1968:

Jahr	Investitionen		Staats- haus- halts- zuschuß Mill. M	Eigen- mittel	Kredite	Zu- schuß Anteil in vH an den staatlichen Investitionen	Eigen- mittel	Kredite
	gesamt	staatl.						
1961	15 575	12 760	9 130	2 430	1 200	71,6	19,0	9,4
1962	15 862	13 060	9 060	2 664	1 336	69,4	20,4	10,2
1963	16 721	14 340	10 033	2 868	1 434	70,0	20,0	10,0
1964	18 100	15 518	9 310	3 523	2 675	60,0	22,8	17,2
1965	19 390	16 625	7 480	5 715	3 430	45,0	34,4	20,6
1966	20 800	17 826	6 600	7 126	4 100	37,0	40,0	23,0
1967	22 600	19 390	4 847	9 695	4 847	25,0	50,0	25,0
1967 ²⁾	26 200	22 400	5 600	11 200	5 600	25,0	50,0	25,0
1968 ²⁾	28 892	24 760	6 000	12 355	6 405	24,2	50,0	25,8 ⁷¹⁾

Mit der Kreditpolitik sollen die Banken zur Verbindung von zentraler Planung und Leitung der Grundfragen mit der eigenverantwortlichen Planung und Leitung der Betriebe beitragen; betriebliche Maßnahmen, zu deren Durchführung Kredite erforderlich sind, können nur in den Betriebsplan aufgenommen werden, sofern die Bank die dementsprechenden Kreditzusagen tätigt⁷²⁾. Da die im Volkswirtschaftsplan festgelegten Ziele überwiegend wertmäßiger Natur sind, ist damit keine Garantie dafür gegeben, daß die betriebliche, von Banken finanzierte, Investitionspolitik gebrauchswertmäßig den gesamtgesellschaftlichen Präferenzen und damit der Strukturpolitik entspricht.

Die Banken scheinen abgesehen von der Interessenkollision, die sich aus ihrer Doppelfunktion als Kontrollorgan und Organ mit wirtschaftlicher Rechnungsführung ergibt, auch überfordert zu sein, wenn man die Anforderungen der Kreditverordnung von 1968, die aus den administrativen Finanzbeziehungen zwischen Bank und VEB Geschäftsbeziehungen machte, betrachtet. „Beginnend mit der Planausarbeitung steuern die Banken in Zusammenarbeit mit den wirtschaftsleitenden Organen

und auf Grund von deren Vorschlägen mit zweigifferenzierten, auf die Erreichung und Mitbestimmung des Weltniveaus orientierten Richtwerten und Nutzensnormativen, Anforderungen an die Eigenmittelbeteiligung, Kreditlaufzeiten und mit dem Zins den Krediteinsatz“⁷³⁾ Inhaltlich sollen sie mit ihrer Kreditpolitik insbesondere die Strukturpolitik, Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen, die Verwendung moderner Technologien, die Produktion devisengünstiger Erzeugnisse, die Ökonomie der vergegenständlichten Arbeit, die Beschleunigung des Fondsumschlags sowie optimale Proportionen zwischen Produktions- und Zirkulationsvorräten unterstützen.

Falls sie jedoch diesen Aufgaben gerecht werden wollen und können, dann zeigt sich daß ihre Orientierung auf einzelwirtschaftliche Rentabilität im Gegensatz zu den gesamtgesellschaftlichen Erfordernissen, die letztlich gebrauchswertmäßiger Natur sind, geraten kann. Einzelwirtschaftlich unrentable Produkte – unrentabel daran gemessen, daß mit anderen Produkten höhere Gewinne, an die wiederum die Prämien gebunden sind, erzielt werden können – werden eingestellt, obwohl für sie ein gesellschaftlicher Bedarf besteht. Eine Versorgungslücke tut sich auf⁷⁴⁾.

Zu diesen, hinsichtlich Eigenwirtschaftung, Investitionspolitik, Bankensystem, Kreditpolitik, weitgehenden dezentralen Maßnahmen der Jahre 1968-1970, die Ende 1970 zu Divergenzen mit eben den zentral beschlossenen Präferenzen gerieten, kommt desweiteren eine Lockerung der Zinspolitik hinzu. Während es vor 1963 überhaupt keine bzw. höchstens Strafzinsen gab, da man davon ausging, daß aufgrund der Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln Ware-Geld-Beziehungen im volkseigenen Sektor ihre Gültigkeit verloren haben, weshalb die Mittel planmäßig zugewiesen wurden, während noch 1967 die Grundzinssätze je nach Kreditarten, Laufzeit und Risiko gestaffelt waren, werden die Kreditver-zinsungsbedingungen nun den Vereinbarungen der Vertragspartner Produktions-einheit – Bank im Rahmen der Ware-Geld-Beziehungen überlassen⁷⁵⁾. Allerdings gelten für die Zinssätze bestimmte Bandbreiten; die Kredite, die den Plananforderungen bzw. Planvorstellungen entsprechen, sollen mit niedrigeren Zinssätzen (1,8 - 5,4 %) belegt werden als die Kredite, die planwidrig (8 - 12 %) aufgenommen werden müssen. Die Bank soll infolgedessen bei ihren Kreditarten bzw. Zinssätzen sowohl die ökonomischen Ursachen des Kreditbedarfs wie die Frage eines besonderen Kreditrisikos berücksichtigen. Sie soll auch nicht nur bei Planwidrigkeiten einfach höhere Zinssätze festlegen, sondern nach den Ursachen dieser Planwidrigkeiten fahnden und an der Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit („Stabilisierungsverfahren“) mitwirken. Die Industrie- und Handelsbank steuert demzufolge mit variablen Zinssätzen den Krediteinsatz und damit die Investitionen. In der Unterscheidung von Planmäßigkeit und Planwidrigkeit kommt das Bemühen zum Ausdruck, die Handlungen auf der mittleren Entscheidungsebene durch indirekte Steuerung mit ökonomischen Hebeln – hier dem Zins – auf die gesamtwirtschaftliche Planung hin zu orientieren.

69) Vgl. Eigenwirtschaftung ... (Fn 60), S. 467/468

70) Vgl. Lang/Ruban: Bankensystem ... (Fn 52), S. 405

71) a.a.O., S. 407

72) Vgl. Verordnung über Grundsätze für die Gewährung von Krediten an volkseigene, konsumgenossenschaftliche und Außenhandelsbetriebe – Kreditverordnung sozialistischer Betriebe – vom 19. Juni 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 653

73) a.a.O., S. 654

74) Bei einer weitgehenderen „Dezentralisierung“, z.B. einer Freigabe der Preise würde dieses Problem kaum entstehen. Damit soll nicht für derartige Maßnahmen, wie noch zu zeigen sein wird, plädiert werden, vielmehr darauf verwiesen werden, daß das konstruierte System logisch nicht in sich schlüssig ist, daß Maßnahmen aus unterschiedlichen Systemen zusammengenommen sehr genau bedacht sein müssen, wenn sie sich nicht mit den dementsprechenden ökonomisch-gesellschaftlichen Folgen widersprechen sollen.

75) Vgl. Kreditverordnung ... (Fn 72), §§ 14, 15

Wie sich im Laufe des Jahres 1970 herausstellte, hat jedoch diese Regelung nicht funktioniert, die betrieblichen Anforderungen hinsichtlich der Investitionsmittel erfuhren eine zu geringe Steuerung, was dazu führte, daß begonnene Investitionen aufgrund des gesellschaftlichen Mangels an Investitionsmitteln nicht zu Ende geführt werden konnten. Bürgerliche Kritiker führen die Übernachfrage nach Investitionsmitteln und die damit verbundenen Fehlleitungen darauf zurück, daß es weder Knappheitspreise noch eine Investitionskriterium gab, das das Verhältnis von „Kapitalangebot“ und „Kapitalnachfrage“ zum Ausdruck brachte.

Nun war ja durchaus mit der Kreditverordnung von 1968 die Möglichkeit sehr gestaffelter Kreditarten bzw. Zinssätze gegeben, die, wie in der erwähnten Bestimmung verlaublich, in ihrer Höhe von den ökonomischen Ursachen des Kreditbedarfs und den Nutzeffektkriterien abhängen. Dies ist abstrakt betrachtet durchaus ein sinnvolles Verfahren, so man Zinsen überhaupt kennt. Der Zinsfuß richtet sich dann eben nicht einzig und allein nach der Knappheit der Mittel, wobei dem Stärkeren – gleichgültig, was er gebrauchswertmäßig produziert – die Mittel zukommen. Vielmehr soll die Entscheidung über die Vergabe von Investitionsmitteln im Rahmen langfristiger Strukturrentscheidungen, gesamtwirtschaftlicher Präferenzen, finanzwirtschaftlicher Erfolgskriterien und Nutzeffektberechnungen und unter sich daran orientierenden Bedingungen (sprich u. U. Zinssätzen) erfolgen. Die Zinssätze bilden sich dann nicht mechanisch auf dem Markt, sondern werden bewußt festgesetzt.

An dieser Stelle kommt wieder einmal und zwar besonders deutlich die Problematik zum Ausdruck, die darin besteht, daß die Zentrale nicht in der Lage ist, Nutzeffektivitätskriterien ex ante für den gesamten Produktionsprozeß zu entwickeln. Daher ist sie gezwungen, zu ökonomischen Hebeln bzw. indirekter Zentralisierung zu greifen. Dies geschieht mittels der Wertkategorien, deren geplanter Charakter insofern verhindert, daß sie gesellschaftliche Prozesse naturwüchsig gestalten, als der geplante Charakter sich nicht am Marktmechanismus orientiert. Wäre dem so, würde in der Tat nur noch Wirtschaftsrechnung ex post betrieben, Planung paßte sich den naturwüchsigen Prozessen an und versuchte im nachhinein die Mängel naturwüchsiger Prozesse in einer Art „Globalsteuerung“ auszugleichen (so etwa Bettelheim hinsichtlich des dezentralen Modells). Insofern zwar die Wertkategorie Zins aufgegriffen wurde, die Höhe des Zinssatzes jedoch nicht durch den Markt bestimmt wurde, wird deutlich, daß Wertkategorien nicht gleich Wertkategorien sind, daß ihr Vorhandensein und ihre stärkere Betonung allein zu einer Kritik nicht ausreichen.

Mit der Kreditverordnung sollte dem Mangel zentral nicht für den gesamten wirtschaftlichen Bereich entwickelbarer Nutzeffektivitätskriterien abgeholfen werden, indem die Banken nicht einfach nur die Investitionsmittel zur Verfügung stellen, sondern sie – und damit verbunden auch die Zinsen – von der Wichtigkeit der Vorhaben abhängig machen sollen. Indem der Kredit so bewußt und mit den entsprechenden Zinsen vergeben werden soll, wurde in den Banken selbst die doppelte Wirtschaftsrechnung verankert. Einmal stellen sie ein Organ gesellschaftlicher Rechnungsführung im Sinne stärkerer Wirtschaftsrechnung ex ante dar, zum andern sollen sie zu rentablem Wirtschaften angehalten werden, indem sie wie die Betriebe zu einem Organ wirtschaftlicher Rechnungsführung ex post wurden, das mittels der Orientierung am Gewinn auf die gesamtgesellschaftlichen Ziele ausgerichtet werden soll. Diese bestimmte Verbindung von Wirtschaftsrechnung ex ante und Wirtschaftsrechnung ex post konnte nicht funktionieren, da über den Gewinn, der an die Einnahmen durch Zinsvergabe gekoppelt war, innerhalb der Banken ein einzelwirtschaftliches Interesse an der Vergabe von Krediten und damit der Einnahme von Zinsen bestand, so daß die Investitionsmittel knapp wurden.

f) Das Preissystem

Mit der Frage nach Grenzen und Möglichkeiten zentraler Planung wird die Preisgestaltung zu einer Nahtstelle für das Funktionieren des neuen „Wirtschaftsmechanismus“. Nur wenn die Preise den Kosten entsprechend gestaltet sind, kann die Hauptkennziffer Gewinn zumindest einzelwirtschaftliche Rentabilität sichern, die im früheren System gerade nicht möglich war, was der Förderung gesellschaftlichen Bewußtseins äußerst abträglich war. Die zentrale Ursache dieses Dilemmas bestand, wie weiter oben schon gezeigt wurde, darin, daß das Preissystem nicht die Kosten zum Ausdruck brachte. Wollte man die administrativen Volumenskennziffern durch Effektivitätskennziffern ersetzen und diese aufgrund nur bedingter ex ante – Möglichkeiten im gesteuerten Gewinn zur Geltung bringen, dann war das Preissystem sehr überholungsbedürftig.

Folgende gesellschaftlich-ökonomischen Überlegungen sollen demnach in der Preisgestaltung berücksichtigt werden

- im Preis soll die zur Herstellung des Produkts „gesellschaftlich notwendige“ Arbeit zum Ausdruck kommen („Meßfunktion“)
 - der Preis soll als Instrument der planmäßigen Verteilung dienen („Verteilungsfunktion“, proportionale Entwicklung)
 - der Preis soll stimulierende Funktionen übernehmen („Stimulierungsfunktion“).
- Die Frage der Preisbildung gewinnt einen zentralen Stellenwert sowohl was die zu schaffenden wirtschaftlichen Strukturen, die Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen, die Lenkungen der wirtschaftlichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, den Ausgleich zwischen den Klassen und Schichten, als auch die Strukturierung der Bedürfnisse als Bedarf im Sinne der zahlkräftigen Nachfrage etc. angeht.

Da in dem Aufsatz „Die Anwendung der Arbeitswerttheorie und die Planung der Preise in der DDR“ ausführlich auf die Art der Gestaltung des Preissystems als Hebel zur Lenkung der einzelbetrieblichen Interessen hin auf die gesamtgesellschaftlichen zentral festgesetzten eingegangen wird, brauche ich hier keine Darstellung der Maßnahmen vorzunehmen. Es soll hier nur kurz angedeutet werden, was weiter unten bei der Frage, wieso es Ende 1970 zu verstärkten Zentralisierungsmaßnahmen kam, noch eingehender behandelt wird, daß dieses Preissystem nicht funktionierte. Es intendierte technischen Fortschritt und Preissenkungen, konnte jedoch Preissteigerungen und nicht gewollte Gewinne nicht verhindern. In der bürgerlichen Literatur wird dafür die Tatsache verantwortlich gemacht, daß die Preise keine Knappheitspreise waren, daß sie also nicht idealtypischen Marktmechanismen nachgebildet waren.

g) Die Rolle der Außenwirtschaft

Die Außenwirtschaft spielte bis 1967 kaum eine Rolle im ökonomischen System, sie blieb von den Reformen ausgespart. Mit der Anordnung über die Bildung eines einheitlichen Betriebsergebnisses⁷⁶⁾ wurde auch die Außenwirtschaft, der Export in

76) Vgl. Fn 53, desweiteren die Grundsatzregelung . . . (Fn 58 a), S. 446-448. Weiterhin das Gesetz über den Perspektivplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik bis 1970. GBl. der DDR, I, 1967, und die Anordnung über die Ausarbeitung der Planangebote zum Perspektivplan 1971-1975 (erste Phase) vom 16. Oktober 1968, GBl. der DDR, III, 1968, S. 59

die neuen Maßnahmen einbezogen. Der Begriff ‚einheitlich‘ besagt, daß nicht nur der Binnen-, sondern auch der Außenhandel bei der Feststellung des Betriebsergebnisses mitberechnet wurde. Die Betriebe sollten mit dem Ergebnis ihrer Arbeit auf den Weltmärkten⁷⁷⁾ – dem kapitalistischen und dem sozialistischen – unmittelbar konfrontiert werden, womit eine Leistungssteigerung initiiert werden sollte.

Nun hatte ja das staatliche Außenhandelsmonopol wohl wie wenige andere administrativen Maßnahmen seinen Sinn. Es zählt ähnlich der Kontrolle über Investitionen, Preise, Löhne zu den unverzichtbaren Eckpfeilern einer Gesellschaft, die den Sozialismus aufbauen will und sich mit hochentwickelten kapitalistischen Staaten konfrontiert sieht. Der Sinn des Außenhandelsmonopols liegt darin – das zeigt sich auch in der Zollpolitik kapitalistischer Länder und dem Verhältnis der entwickelten zu den sog. Entwicklungsländern –, daß ein Land auf einer niedrigen Produktivitätsstufe von der Weltmarktkonkurrenz abgeschirmt wird. Der Tausch ist Tausch ungleicher Arbeitsquanten und damit generell gesehen benachteiligend, weil der Wert der Waren des weniger produktiven Landes über dem Wert derselben Waren auf dem Weltmarkt liegt. Und zwar liegen diese Waren deshalb über dem Wert derselben Waren auf dem Weltmarkt, weil aufgrund des Produktivitätsgefälles mehr Arbeitszeit in dasselbe Produkt eingegangen ist. Es tauscht damit ein Mehr an Arbeitszeit gegen ein Weniger, falls das weniger produktive Land nicht ein Außenhandelsmonopol oder zumindest strenge Regelungen kennt.

Damit soll keineswegs einem wirtschaftlichen Autarkiestreben gegenüber dem kapitalistischen Weltmarkt das Wort geredet werden. Andererseits muß aber der Außenhandel aus den soeben skizzierten Gründen einer starken Kontrolle unterliegen. Hinzu kommt, daß das Außenhandelsmonopol Planung unbeeinflusst von den Zwängen des Weltmarktes auf der Zirkulationsebene ermöglicht. Der Außenhandel muß primär darauf orientiert sein, Produkte, die aufgrund eines hohen Produktivitätsniveaus, eines vergleichsweise niedrigen Arbeitsaufwandes unter dem Weltmarktpreis liegen, auf eben diesem Weltmarkt abzusetzen⁷⁸⁾, um so von der internationalen Arbeitsteilung zu profitieren.

Bedingt durch die Abhängigkeit von der UdSSR kommt als weiterer relativierender Aspekt für die RGW-Länder hinzu, daß sie eventuell bestimmte Interessen im Austausch mit kapitalistischen Staaten besser realisieren können als auf dem sozialistischen Weltmarkt, zumindest aber impliziert bereits die Möglichkeit, nicht einseitig abhängig zu sein, eine geringere Gefahr solcher Abhängigkeit. Es gibt folglich durchaus Gründe, z.B. der Mangel an Devisen, die die prinzipielleren Aussagen relativieren können.

Wie sahen nun die Bestimmungen der Anordnung aus, durch die die Ergebnisse der Betriebe mit dem Weltmarkt konfrontiert werden sollten? Die Anordnung galt primär für bestimmte Bereiche (wie z.B. für den Maschinenbau bzw. die Elektrotechnik und Elektronik) und sie galt desweiteren für bestimmte Betriebe (wie z.B. für die Filmfabrik Wolfen). Für diese Bereiche kann weitgehend festgestellt werden, daß ihre Arbeitsproduktivität kapitalistischen Bestreben vergleichbar ist, so daß für die Erlangung notwendiger Devisen zumindest nicht mit gesamtwirtschaftlichen Einbußen an Akkumulationsmitteln gezahlt werden muß, womit der Unterschied in der Arbeitsproduktivität zwischen sozialistischen und kapitalistischen Ländern durch die eigene Außenhandelspolitik perpetuiert würde.

77) entfällt

78) Vgl. auch Bettelheim, Theorie . . . (Fn 3), S. 216

Der globalen Richtigkeit dieser Aussage widersprechen allerdings bestimmte Formulierungen. So heißt es in der bedeutenden „Grundsatzregelung“⁷⁹⁾ für die weitere Gestaltung des ÖSS, daß die exportrentablen Betriebe planmäßig am Exportgewinn zu beteiligen sind, wie umgekehrt die exportunrentablen und dennoch exportierenden planmäßig am Exportverlust. VEB, die Erzeugnisse mit niedriger Rentabilität exportieren, sollen dannach keine Exportstützungen bekommen. (Es ist wohl das mindeste, daß gesamtwirtschaftliche Verlusten nicht noch planmäßig subventioniert werden.) Ähnlich heißt es im Gesetz über den Perspektivplan⁸⁰⁾, daß selbst verschuldete Verluste auf dem Export selbst zu tragen sind, wie auch die Gewinne das finanzielle Ergebnis verbessern. Wenn es selbst verschuldete Verluste gibt, gibt es auch von vornherein geplante Verluste⁸¹⁾. Daß dem so ist, geht auch aus der Definition des einheitlichen Betriebsergebnisses hervor, das sich zusammensetzt aus abgesetzter Warenproduktion und sonstigem Umsatz, Exportergebnis und Erlös von Exportstimulierungsmitteln (z.B. Exportstützungen)⁸²⁾.

Die Anordnung galt auch für die nach Branchen spezifizierten Außenhandelsbetriebe (AHB); es fragt sich, ob dann nicht dasselbe Problem wie bei den Banken auftaucht, daß sie nämlich einesteils Kontrollorgan sein sollen und andererseits Organ mit wirtschaftlicher Rechnungsführung, somit auch orientiert am Gewinn sind, was die Kontrollwilligkeit u.U. beeinträchtigt. Sie erhalten für ihre Tätigkeit eine Handelsspanne, aus der neben den entstehenden Kosten auch ein Gewinn als Prozentsatz auf den Exporterlös berechnet und vom Minister für Außenwirtschaft für die AHB je nach Exportrentabilität festgelegt wird, so daß die AHB vornehmlich auf exportrentable Betriebe orientiert sein sollen.

An diesen Bestimmungen kann – ohne die Notwendigkeit und auch Berechtigung des Austausches mit dem kapitalistischen Weltmarkt prinzipiell zu bezweifeln – einiges nicht befriedigen. Der Sinn der Bestimmungen, welche die Betriebe mit dem berühmten Weltniveau unmittelbar konfrontieren, besteht darin, in den Betrieben den technischen Fortschritt zu initiieren. Dies müßte auch auf andere, weniger kostspielige Weise als der gesamtwirtschaftlichen Subventionierung gesamtwirtschaftlicher Verluste und dazu noch auf dem kapitalistischen Weltmarkt möglich sein. Weiterhin ist nicht einsichtig, daß bei der vorhandenen Arbeitsteilung, bei der nur partiell eigenständigen Leistung der Betriebe, einzelne Betriebe in den Genuß von Exportgewinnen geraten, mit denen ja wiederum das Prämiensystem verflochten ist, zumal solche Betriebe z. T. mit gesamtwirtschaftlichen Mitteln besonders gefördert werden, z.B. solche in strukturbestimmenden Bereichen. Die Vorteile einer besonderen Förderung, die sie von vornherein genießen, potenzieren sich infolgedessen. Man sieht, wie fragwürdig bei der gegebenen volkswirtschaftlichen Verflechtung und der Vergesellschaftung das Leistungsprinzip ist. Desweiteren brachte die Verbindung von einzelwirtschaftlicher Möglichkeit der Investitionspolitik und dem Interesse der AHB an Exporten, da diese ihre eigenen Gewinne bestimmten, zusätzliche Schwierigkeiten mit sich, die Zentralisierungsmaßnahmen im Gefolge hatten.

79) Vgl. Grundsatzregelung . . . (Fn 58 a), S. 448

80) Vgl. Perspektivplan . . . (Fn 76)

81) Vgl. einheitliches Betriebsergebnis . . . (Fn 53), § 9

82) a.a.O., §§ 4-9

3. Ergebnisse, Mängel und Bewertung des neuen „Wirtschaftsmechanismus“

Nach den Ergebnissen, Erfolgen und Mängeln der umrissenen Maßnahmen kann heute insofern gefragt werden, als die Maßnahmen, die zum größeren Teil eine Bewährungsprobe von ca. 3 Jahren hatten, im Herbst 1970⁸³⁾ in der vorhandenen Form in Frage gestellt und z.T. revidiert wurden, ohne daß man jedoch alle Neuerungen aufhob oder gar zum Planungssystem vor 1963 zurückkehrte. Diese Entscheidung wurde weitgehend überraschend in einer Situation getroffen, in der noch stärkere Dezentralisierungsmaßnahmen für den Perspektivplan 1971-1975 diskutiert worden waren⁸⁴⁾.

Fragt man danach, was mit dem neuen Wirtschaftsmechanismus bis 1970 erreicht wurde, so ist dieser Frage, wie gleich noch zu zeigen sein wird, von bürgerlicher Seite aus, ex negativo einfach und schnell zu beantworten, was damit zusammenhängt, daß hier ökonomische Fragen scheinbar unter Auslassung des gesellschaftlichen Gehalts betrachtet werden, zumindest dann, wenn diese Maßnahmen dezentraler Natur sind und sich als ökonomische Sachzwänge darstellen lassen. Dieser gesellschaftspolitische Aspekt in Form der dementsprechenden Bewertung der Rolle der Partei kommt erst wieder hinein, wenn von dieser Position aus darüber reflektiert wird, warum die Maßnahmen nicht den gewünschten Erfolg hatten. Und sie hatten demnach nicht den erwarteten Erfolg, weil sie noch nicht dezentral genug waren; wobei zu fragen ist, ob die Vorstellungen der Kritiker sich noch mit der Kategorie dezentral decken, oder ob ihre Kategorie nicht einfach nichtgeplant lauten müßte. Eine ausschließlich über den Markt laufende Bestimmung der Preise ist keine dezentrale, sondern eine naturwüchsige.

Die Mängel liegen dann in einer nach wie vor unzulänglichen „Dezentralisierung“, im Bilanzsystem⁸⁵⁾; im Informationssystem, wobei hier am stärksten die generelle Schwierigkeit der Problematik zugestanden wird; im Planungssystem, insofern die Strukturpolitik zum einen zu einer Vernachlässigung anderer Bereiche (z. B. der sog. Zulieferindustrie) führen müsse und zum andern sich nicht mit einer weitgehenden Eigenverantwortung der Betriebe verbinden ließe; in der Preispolitik,

die keine Knappheitspreise (Angebot/Nachfrage) kenne⁸⁶⁾; in der Investitionsmittelpolitik, insofern die Zinssätze⁸⁷⁾ nichts über die Knappheit der Investitionsmittelaussagten.

Von marxistischer Seite aus ist eine gerechte Bewertung, d.h. eine die historische Situation umfassende und nicht allein aufgrund bereits vorher gewonnener Maßstäbe, die dann nur noch an die verschiedensten Gebilde in verschiedenen Situationen angelegt werden, viel schwieriger. Die Notwendigkeit von Dezentralisierungsmaßnahmen schon vor 1963 ist in Anbetracht der negativen Auswirkungen des sog. Planungssystems vor 1963 offenkundig. Andererseits können Dezentralisierungsmaßnahmen auch nicht von vornherein nur positiv betrachtet werden, wenn man sich darüber im klaren ist, daß das Planungssystem vor 1963 eben auch deshalb nicht funktionierte, weil man auf der betrieblichen Ebene die Bestimmungen, die scheinbar erfüllend, zwecks möglichst geringem Aufwand bei möglichst hohen Prämien in Wirklichkeit umging. Mag beispielsweise die direkte Steuerung mittels Volumenskennziffern ab einem bestimmten Stand des Entwicklungsniveaus problematisch sein und mit Planwirtschaft wenig gemein haben, so besteht doch noch ein Unterschied zwischen den Volumenskennziffern und dem, was daraus gemacht wurde und was mit Tonnenideologie bezeichnet wird. Beispielsweise ist die Problematik einer Bestimmung, die die Verarbeitung einer bestimmten Anzahl Tonnen Stahl vorsieht, offenkundig; das Problem dahingehend zu lösen, daß man unnötig schwere Maschinen baut, ist jedoch noch eine andere Sache.

Dagen läßt sich immer noch einwenden, daß solches Verhalten von Betrieben entsteht, wenn die zentralen Bestimmungen wirtschaftlich unsinnig sind. Das mag

86) Ähnlich wie in bezug auf die Zinspolitik wird auch in bezug auf die Preispolitik von bürgerlicher Seite aus nach den Zentralisierungsmaßnahmen vom Herbst 1970 ungenügende Dezentralisierung für das „Scheitern“ des NOS/OSS verantwortlich gemacht. Allerdings hat diese Frage m.E. wenig mehr mit der Frage von Zentralisierung und Dezentralisierung als vielmehr mit der Einführung des Marktmechanismus von Angebot und Nachfrage zu tun. Ein solcher „Regelungsmechanismus“ ist nämlich keineswegs gleichzusetzen mit einer nach ökonomischen und gesellschaftlichen Gesichtspunkten rationalen Aufteilung von Entscheidungskompetenzen, vielmehr sind die Betriebe dann lediglich anderen – und zwar naturwüchsigen – Mechanismen unterworfen. Zum andern ist der Verweis, daß die Preise nicht den Regeln von Angebot/Nachfrage entsprachen, keine Knappheitspreise z.B. darstellten, auch nur an dem „Ideal“ eines kapitalistischen Gleichgewichtssystem orientiert. In Wirklichkeit gäbe es keine Stagflation, wäre dieser Mechanismus im Kapitalismus noch so vorhanden, wie ihn bürgerliche Kritiker sozialistischen Staaten anpreisen wollen.

87) Für H. Buck z. B. ist die Zinspolitik eine der beiden Hauptursachen, weshalb die dezentralen Maßnahmen Ende 1970 zur Instabilität führten. Die dezentralen Investitionsaktivitäten orientieren sich einmal an den Gewinninteressen, zum andern an den finanzwirtschaftlich vorgegebenen Kriterien. Optimal sollen sie sich natürlich nicht zum einen und zum andern orientieren, wobei u.U. die Orientierung an den finanzwirtschaftlichen Kriterien wie Rentabilität etc. hinter die Gewinninteressen gestellt wird. Optimal sollen die Betriebe im Rahmen der finanzwirtschaftlichen Kriterien, an diesen vornehmlich orientiert, ihre betriebliche Gewinnmaximierung anstreben. Wenn nach diesen Kriterien – so Buck – Investitionsentscheidungen getroffen werden, müssen die Preise, die ja die Investitionsberechnungen stark beeinflussen, ökonomisch relevant sein, wie auch das „Nutzeffektkriterium der ‚Rückflußdauer des Kapitals‘ und der ‚Produktionsfondsabgabe‘ (Kapitalzinssorrogat)“ einen richtigen „Auslese- und Stimulationseffekt“ haben muß. Beides ist jedoch Buck zufolge nicht gegeben, weder handelt es sich bis 1970 um Knappheitspreise noch um ein Investitionskriterium, das dem Verhältnis von „Kapitalangebot“ und „Kapitalnachfrage“ entspricht. Konsequenz: Kapitalfehlleitungen, Übernachfrage nach Investitionsmitteln, Konkurrenz zwischen zentralen und dezentralen Investitionsträgern, Verteuerung im Investitionswesen.

83) Am Anfang steht der Ministerratsbeschluß zur Überprüfung des gesamten Systems der Planung, Bilanzierung, Leitung und Strukturpolitik vom 23.9.1970. Neues Deutschland vom 24.9.1970.

84) Wie weitgehend diese Dezentralisierung offiziell gedacht war, zeigen z.B. die Anordnung über die Ausarbeitung der Planangebote zum Perspektivplan 1971-1975 (erste Phase) vom 16. Oktober 1968. GBl. der DDR, III, S. 53 und die Anordnung Nr. Pr. 13 über die Ermittlung der ökonomischen Planinformationen für die Industriepreissenkung im Perspektivplanzeitraum 1971-1975 vom 30. September 1968, GBl. der DDR, III, 1968, S. 29

85) siehe weiter unten S. 52

auch der Fall sein, jedoch läßt sich die Problematik nicht nur auf die ökonomisch falschen zentralen Entscheidungen, denen dann irrationales Verhalten der unteren Ebenen korrespondiert, reduzieren. Dezentralisierungsmaßnahmen in Form von ökonomischen Hebeln, Parametern, Effektivitätskennziffern und monetären Normativen können selbst dann nur bedingt den gewünschten Erfolg zeitigen, wenn das System der indirekten Steuerung die mittlere Entscheidungsebene auf die zentral festgelegten und vorgegebenen Präferenzen hin orientiert. Wie bedingt, hängt davon ab, inwieweit die zentral festgelegten „gesamtgesellschaftlichen Interessen“ mit den betrieblichen und individuellen umfassend verbunden sind bzw. sich verbinden lassen. Völlig harmonisch, d.h. optimal kann – abgesehen von der Frage, inwieweit gesamtgesellschaftliche Wirtschaftsrechnung heute dazu überhaupt technisch-ökonomisch gesehen in der Lage ist – eine solche Verbindung schwerlich sein, weil nicht alle zentralen Entscheidungen in ihren Einzelheiten im Interesse aller Betriebe und Individuen sein können.

Umso gravierender wird die Frage, ob die Art des Anschlusses an die – überkommen gesellschaftlich bestimmten – Privat- bzw. Einzelinteressen diese tendenziell aufbricht oder aber verlängert. Die Antwort hierauf ist, soweit sie aus der hier untersuchten Thematik gegeben werden kann, weitgehend negativ. Würden im Planungssystem vor 1963 diese Privatinteressen negiert, indem man ihnen keinen offiziellen Spielraum für Entscheidungen beließ, so wurde nach 1963 mit der Privatheit gerechnet, indem man sie mediansiert und damit aber auch verlängert. Dieses Anschlusses bedarf es umso mehr, je weniger die Planungs- und Leitungsprozesse vergesellschaftet werden.

Durch die Entscheidungen auf zentraler Ebene und die spezifische Gestaltung der Mittel soll allerdings erreicht werden, daß in Verfolg privater Interessen die gesamtgesellschaftlichen eingelöst werden; insofern werden die Privatinteressen nicht ungebrochen verlängert, da sie sich nicht naturwüchsig entwickeln und die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse nur bedingt prägen können. Durch den Anschluß an die privaten Interessen, der instrumental zur bewußten Gestaltung gesamtgesellschaftlicher Strukturen dienen soll, müssen Konflikte zwischen oberer und mittlerer Entscheidungsebene auftreten, die in der Regel als ökonomische Mängel sich bemerkbar machen und in der Regel auch nur als solche behandelt werden. Wenn die Mittel des Anschlusses an die Privatheit der Interessen Strukturen reproduzieren, die die Individuen weitgehend in ihrer Privatheit belassen – was doch bedeutet, daß sie nur per Zwang die gesellschaftlichen Interessen im privaten Streben mitberücksichtigen, so privates Streben und gesellschaftliche Interessen nicht zufällig zusammenfallen –, kann auch nicht annäherungsweise optimale gesamtwirtschaftliche Effizienz das Ergebnis sein. Insofern bedingen sich Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse und gesamtwirtschaftliche Effizienz.

Im Kapitalismus fallen diese Interessen durchaus zusammen, insofern hier die dominierenden privaten Interessen die sich artikulierenden gesellschaftlichen Interessen sind. Gerade die ökonomischen Schwierigkeiten in der DDR sind auch ein Beweis dafür, daß die Zentrale sich noch nicht aus ihrem Legitimationszusammenhang gegeben hat, indem sie im enger ökonomischen und sozialen Sinne durchaus versucht, nicht naturwüchsigem Streben nachzugeben. Nichtsdestotrotz muß festgestellt werden, daß Herrschaft erneut weitgehend zu einer besonderen Funktion mit durchaus anderem Inhalt wurde, der Vergesellschaftungsprozeß der Planung und Leitung nur unzulänglich eingeleitet ist, womit die Privatheit der Interessen erhalten wird, weshalb sie mit irgendwelchen Mitteln überspielt werden müssen. Von hierher läßt sich der für eine konkrete Kritik entscheidende Nachweis begründen, daß ein Mehr an

gesamtwirtschaftlicher Effizienz und verstärkte Vergesellschaftung der Planung und Leitung langfristig zusammenfallen. Die ökonomische Organisation der DDR kann infolgedessen nicht (verkürzt ökonomisch betrachtet, so wichtig die Frage im entsprechenden Gesamtkontext ist) daran gemessen werden, ob es gelingt, widerspruchsfreie Maßnahmen zu finden und durchzuführen. Das Problem kann nicht auf die ökonomisch-technische Ebene abgeschoben werden, wenn man sieht wie die Betriebe die Lücken im System dieser Hebel als Mittel indirekter Zentralisierung (was keineswegs unbedingt identisch ist mit Widersprüchen) sich zu nutze machten, um betriebliche Gewinne ohne dementsprechende betriebliche Leistung zu erzielen⁸⁹⁾. Hiermit wird klar, daß die Problematik langfristig auch dadurch nicht abgebaut werden kann, daß man auf Mechanismen zurückgreift, die am einzelwirtschaftlichen Gewinnstreben orientiert sind und dabei zugleich gesamtwirtschaftliche Vorteile sichern sollen. Vielmehr wird das angeschnittene gesellschaftliche Problem dadurch auch perpetuiert.

So scheinen solche Dezentalisierungsmaßnahmen, die die gesellschaftlichen Entscheidungsstrukturen zwischen mittlerer und zentraler Ebene wie gerade auch innerhalb des Betriebes nicht tangieren, demzufolge nichts mit Demokratisierung, mit Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungssysteme zu tun haben, auch ökonomisch nur bedingt wirksam sein zu können. Zu erwarten, die Betriebe würden unter diesen Bedingungen – selbst wenn sie objektiv gesehen dazu in der Lage sein sollten – ihre Gewinninteressen optimal auf betriebliche Rentabilität oder gar gesamtwirtschaftliche Effizienz hinorientieren, ist vermessen. Das Zurückgreifen auf Mechanismen, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft entwickelt haben, ist vielmehr langfristig zumindest dann gefährlich, wenn nicht gleichzeitig der Versuch unternommen wird, herkömmliche bürgerliche Formen der Arbeitsteilung, die Trennung zwischen führender und ausführender Tätigkeit, aufzuheben, soweit der Stand der Produktivkräfte dies zuläßt. Ansonsten verlängern sie den ohnehin aufgrund bestimmter historischer Bedingungen der Veränderung hinterherhinkenden Bewußtseinsstand, der so kaum mehr die Bedeutung der Veränderungen begreift, weil sie überlagert werden von stark hierarchischen Entscheidungsstrukturen weitgehend herkömmlicher Arbeitsteilung und Mitteln bzw. ökonomischen Hebeln, die überkommene menschliche Beziehungen und damit die Privatheit der Interessen dann partiell verfestigen. Solange zumindest nicht die Entscheidungsstrukturen und damit verbunden auf unterer Ebene die herkömmliche Form der Arbeitsteilung offiziell in Frage gestellt und – soweit möglich – vergesellschaftet werden, Herrschaft nicht als besondere und damit zu negierende Funktion kenntlich gemacht, womit ökonomische Hebel als vielleicht unumgängliche, aber eben doch widersprüchliche Mittel von vornherein deutlich würden; solange also Widersprüche unreflektiert erfahren, aber nicht bekannt und diskutiert werden können, solange wird wohl immer wieder einer Phase der notwendigen Dezentralisierung ein gewisses Maß an Konsolidierung durch stärker zentrale Methoden und umgekehrt folgen müssen.

Auf abstrahierter ökonomischer Ebene wäre von der hier skizzierten Position aus ebenfalls als ein besonders wichtiges Problem die Schaffung eines Informationssystems zu nennen. Einesteils handelt es sich dabei um ein technisches Problem, wenn man die Informationsmenge bedenkt, die hier bewältigt werden soll, die so groß bzw. so klein gehalten werden muß, wie nötig, die nicht in bürokratischen Aufwand umschlagen darf, die schnell und flexibel umgesetzt werden muß,

89) Vgl. Heft 5/1972 der Zeitschrift Wirtschaftswissenschaft

wobei der Zeitfaktor bzw. die Anpassungsfähigkeit sich als ein besonderes Problem erweist. Neben diesen schwierigen, mit den heutigen Mitteln kaum zu lösenden, aber für ein gut funktionierendes gesamtgesellschaftliches Planungssystem zentraler oder dezentraler Natur unabdingbaren technischen Fragen ist natürlich, wie soeben angesprochen, gerade das Problem richtiger, notwendiger, objektiver, möglichst eingehender Informationen nicht nur ein technisches, sondern zentral ein gesellschaftliches Problem.

Desweiteren brachte die strukturpolitische Konzeption Schwierigkeiten mit sich. Umfassend gesehen scheint es sinnvoll, die wichtigsten langfristig die gesamte Entwicklung bestimmenden Aufgaben zentral auch gebrauchswertmäßig zu planen, also nicht nur mittels der Kategorien wirtschaftlicher Rechnungsführung, um so ein den dezentralen Maßnahmen als Gegengewicht korrespondierendes Mittel zu haben. Enger ökonomisch gesehen, scheint ebenfalls einiges für eine solche Lösung zu sprechen, insofern man sich leistungsfördernde Auswirkungen auf die übrigen Branchen, Aufgaben, technologische Entwicklungen etc. verspricht. Diese Konstruktion impliziert jedoch die Gefahr, daß isoliert betrachtet weniger wichtige Bereiche vernachlässigt werden, deren Vernachlässigung jedoch aufgrund der totalen Verflochtenheit auf all die anderen Bereiche negativ zurückschlägt (Vernachlässigung der sog. Zulieferindustrie.) Jedoch scheint das weniger ein prinzipielles Problem zu sein, als vielmehr der spezifischen Lösungsform anzulasten.

Ein weiteres Problem verbindet sich mit der strukturpolitischen Konzeption, insofern als die Betriebe, die nicht aufgrund dieser Konzeption der zentralen Leitung unmittelbar unterstanden, frei waren in der Verwendung der eigenwirtschafteten Mittel und, bis zu einem gewissen Grad, auch in der Programmgestaltung und Produktionsverlagerung. So stand neben einem gebrauchswertmäßig geplanten und damit festgelegten Bereich ein indirekt mittels Wertkategorien gelenkter. Die spezifische Gestaltung dieses Verhältnisses führte immer wieder zu Störungen. Diese Situation wurde dadurch begünstigt, daß den Banken eine Doppelfunktion zuge-dacht war. Einesteils sollten sie mittels Nutzeffektivitätskriterien die Betriebe kontrollieren, somit gesellschaftliches Bewußtsein repräsentieren und wecken, andererseits war ihr Gewinn und damit die Prämie bestimmt durch die Kredite und Zinsen, die sie gaben bzw. einnahmen, somit völlig auf die Privatheit der Interessen abgestellt. Daß dieser nichtangesprochene Widerspruch in tradierter Weise „gelöst“ wird und die Kreditvergabe nicht die Kontrollfunktion hatte, die ihr zuge-dacht war, ist einsichtig. Weiterhin wird es verständlich, daß die Frage der Höhe des Zinssatzes, die ebenfalls unter stärker gesamtwirtschaftlichem Aspekt bestimmt werden sollte, vom einzelwirtschaftlichen Gewinninteresse abhing. Gesamtgesellschaftliche Forderungen und Aspekte gerinnen unter solchen Bedingungen zu moralischen Appellen.

Dies alles verbunden mit der Tatsache, daß die Außenhandelsbetriebe ebenfalls einerseits die Betriebe kontrollieren sollten, andererseits aber ihr Gewinn und damit die Prämien von der Höhe des Exports abhängig waren, führte zum einen zu einem übersteigerten Investitionsmittelbedarf und zum anderen zu verstärkten Importen, womit letztlich auch die Strukturpolitik in Frage gestellt wurde.

Trotz dieser schwerwiegenden Einwände darf damit nicht die Tatsache übersehen werden, daß der Perpetuierung der Privatinteressen der Versuch, diese mit technischen Mitteln zu überspielen, korrespondiert, was in der Handhabung sämtlicher Wertkategorien aufgezeigt werden kann, in besonderem Maße jedoch am Zins- und Preissystem. Die Tatsache, daß das Festhalten am Planungsprinzip gerade am Preis- und Zinssystem aufgezeigt werden kann, ist nicht zufälliger oder willkürlicher Natur. Damit sind vielmehr zentrale Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktions-

prozesses angesprochen. Mittels der Zinspolitik wird neben der Strukturpolitik die Art der Investitionen, die langfristig über die gesamtgesellschaftliche Struktur entscheiden, bestimmt. Mittels des Preissystems werden die wirtschaftlichen Strukturen, die Proportionen zwischen den verschiedenen Bereichen, die Lenkungen der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten auf die gesamtgesellschaftlichen Interessen, der Ausgleich zwischen den Klassen und Schichten, die Strukturierung der Bedürfnisse als Bedarf im Sinne der zahlkräftigen Nachfrage bestimmt. Die Gestaltung der Hebel Zins und Preis trägt somit entscheidend zur Gestaltung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen bei.

Daher kann man sich trotz des Nichtfunktionierens des Zinssystems nicht auf die Implikationen der Kritik von H. Buck einlassen, da sie zur Folge hätten, daß man auf bewußt gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Planung verzichtet, die langfristigen Entscheidungen über die gesellschaftliche Entwicklung Marktmechanismen überläßt. Die Naivität der bürgerlichen Kritiker und ihrer Empfehlungen überrascht, da ja nicht – in Anbetracht von Währungskrisen, Inflation, dem Verhältnis von privatem Reichtum und öffentlicher Armut etc. – behauptet werden kann, daß die Mechanismen, die sie empfehlen, in der kapitalistischen Wirtschaft funktionierten, ganz zu schweigen von den gesellschaftlichen Implikationen.

Demgegenüber ist die Konzeption von Bettelheim, wie sich das aus der eingangs erfolgten Darlegung versteht, ganz anders gelagert. Er skizziert zuerst einmal die Aufgaben, die die Zinsgebung im von ihm abgelehnten dezentralen Modell hat. Zentral wird demnach – entsprechend einer der beiden Hauptaufgaben von Planung, nämlich Schaffung eines Gleichgewichts – das Investitionsvolumen so festgelegt, daß es Vollbeschäftigung garantiert. Die Höhe des Zinssatzes wäre infolgedessen vom Zentralbüro so festzulegen, daß die Unternehmen auch tatsächlich diese Summe für Investitionszwecke leihen. Liegt das Investitionsvolumen unter dem vorhergesehenen, womit sich Unterbeschäftigung (!) verbindet, muß der Zinssatz gesenkt werden, liegt er über ihm, womit sich inflationäre Tendenzen (!) verbinden, muß er angehoben werden. Damit wird das zentrale Planungsbüro in dieser Hinsicht auf ein reines ex post Verhalten reduziert, das Preise und Zinsen im nachhinein so gestalten soll, daß Gleichgewichtsbedingungen eintreten. Was im Bettelheimschen Modell fehlt, weshalb dies eine Vorstellung eines dezentralen Modells ist, die so nicht mehr akzeptierbar ist, ist eine Mischung von ex ante und ex post Maßnahmen. Seine Konstruktion hingegen ist in idealtypischer Form von idealtypischen kapitalistischen Vorstellungen übernommen.

Mit der Bettelheimschen Konstruktion dürfte H. Buck, was seine Forderungen an den Preis des „Kapitals“ anbelangt (Zins), zufrieden sein. Der Unterschied liegt weitgehend nur noch darin, daß Bettelheim das Verhältnis von Investition und Vollbeschäftigung betont, während Buck das von Investition und Wachstum, denn die Frage der Vollbeschäftigung ist in der kapitalistischen Gesellschaft zuerst einmal eine Frage der Definition, nämlich wieviel Prozent Arbeitslosigkeit man akzeptiert bzw. sogar für notwendig erachtet, um dennoch von Vollbeschäftigung sprechen zu können.

Bettelheim ist somit nur zu reinen Lösungen in der Lage, entweder eine reine Lösung mittels Wirtschaftsrechnung ex ante oder eine solche mittels Wirtschaftsrechnung ex post plus Globalsteuerung. Dies kommt insbesondere dann zum Ausdruck, wenn er einseitig problematisiert, daß eine Mindestrentabilitätsnorm als „fiktiver Zinssatz“, eine Mindestrentabilitätsnorm bzw. „Wiedererlangungszeit“

bzw. „Rückfußdauer der Investitionsmittel“ zwecks Eliminierung eines Investitionsbooms nur willkürlich festgesetzt werden kann, so man nicht wie in der kapitalistischen Gesellschaft einen Kapitalmarkt mit automatischer Bildung von Profitrate und Zinssatz kennt⁹⁰). Die Gewinnung einer objektiven Mindestrentabilitätsnorm scheidet für Bettelheim vornehmlich daran, daß eine Beziehung zwischen der Rentabilität der jeweils einzelnen Investition und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz nicht gegeben ist.

Dies ist insofern eine einseitige Problematisierung, als Bettelheim umgekehrt seinen eigenen Lösungsvorschlag kaum problematisiert. Da Bettelheim nämlich um die Gewichtigkeit der Argumentation von bürgerlicher Seite aus weiß, die gerade an diesem Punkt aufzeigen will und immer wieder aufzuzeigen versucht, daß eine rationale Planung deshalb nicht möglich ist, weil sie über keinen „Kapitalmarkt“, keinen „Zinssatz“ und damit auch über kein „rationelles“ Kriterium der Einschränkung des Bedarfs an Produktionsmitteln, keine Nutzeffektivitätskriterien gesamtgesellschaftlicher Wirtschaftsrechnung verfügt⁹¹), versucht er, die Effizienz der Investitionen auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffes zu berechnen⁹²). Er weicht somit modellplatonisch für – die Realität nicht brauchbar – auf eine reine Wirtschaftsrechnung ex ante aus.

Die Schwierigkeit für sozialistische Staaten wie die DDR besteht aber gerade darin, daß sie nicht zu einer ausschließlichen Wirtschaftsrechnung ex ante in der Lage sind, Nutzeffektivitätskriterien für den gesamten Reproduktionszyklus nicht im voraus bestimmen können, andererseits ihn aber auch nicht von Marktschwankungen abhängig machen können – der Plan würde ansonsten weitgehend funktionslos. „Angebot“ und „Nachfrage“ müssen infolgedessen ex ante und ex post zugleich bestimmt werden. Bettelheim ist demzufolge zuzustimmen, daß die Gewinnung einer objektiven Mindestrentabilitätsnorm, somit eines fiktiven Zinssatzes scheidet, da eine Beziehung zwischen der Rentabilität der jeweiligen Investitionen und der gesamtwirtschaftlichen Effizienz nicht gegeben ist.

Da diese Beziehung insbesondere ab einer bestimmten Phase auch im zentralen Planungssystem vor 1963 nicht gegeben war, wurde im ÖSS das Problem nicht mittels eines fiktiven Zinssatzes, der immer noch an die Berechnung auf der Grundlage eines objektiven Wertbegriffes erinnert, zu lösen versucht, sondern mit der Strukturpolitik und mit den Banken als Organe doppelter Wirtschaftsrechnung. Warum diese Politik nicht zum Erfolg führte, wurde bereits formuliert. Abgesehen jedoch von der Problematik des spezifischen Anschlusses an private Interessen und dem korrespondierenden Versuch ihrer technischen Überspielung – einerseits werden private Interessen perpetuiert und andererseits läßt man ihre naturwüchsige Entfaltung nicht zu – weshalb von einer ungebrochenen Perpetuierung nicht gesprochen werden kann, – ist hier die Frage nach der inneren Funktionslogik von Maß-

nahmen zu stellen, wie Brus das nennt. Diese innere Funktionslogik muß auch dann bezweifelt werden, wenn man einen anderen Bewußtseinsstand voraussetzen könnte. Die Koppelung des Gewinns der Banken an die Einnahmen (beruhend auf der Vergabe von Krediten und damit verbundener Zinsen) steht in jedem Falle ihrer Funktion als Organe der Wirtschaftsrechnung ex ante entgegen. Hier wird ein Interessenkonflikt mittels eines ökonomischen Hebels nicht nur perpetuiert, sondern installiert. Der Gewinn bzw. die Prämien müßten anders gekoppelt werden können.

Die Problematik der Funktionslogik stellte sich auch in anderen Bereichen und wird sich auch in Zukunft stellen, da die reinen Modelle nicht zu verwirklichen sind – entweder sind sie es aufgrund mangelnder Vergesellschaftung und/oder mangelnder technisch-ökonomischer Mittel nicht oder die Verwirklichung führte zur kapitalistischen Restauration mit anders gearteten wirtschaftlichen Problemen. Insofern stellt sich die Frage, ob Maßnahmen direkter und indirekter Zentralisierung besser zu einem System zusammengeschlossen werden können als es in der DDR geschah, oder ob sich hier gegenseitig ausschließende Maßnahmen gegenüber treten, Widersprüche entstehen, die auch nicht zu einer widersprüchlichen Einheit verschmolzen werden können. Abgesehen von der Frage der Verbindung von Strukturpolitik einerseits und Eigenerwirtschaftung der Reproduktionsmittel andererseits und des Doppelcharakters der Banken haben auch, wie weiter oben ausgeführt, die AHB diesen Doppelcharakter von Organen, die sich zum einen an Gewinnkriterien ausrichten, wie die Produktionseinheiten, die sie kontrollieren sollen, und zum andern unmittelbar an den gesamtwirtschaftlichen Präferenzen bezogen auf einzelwirtschaftliche Entscheidungen. Bei den Betrieben hingegen wird nicht erwartet, daß sie sich bewußt an gesamtgesellschaftlichen Präferenzen orientieren, vielmehr wird davon ausgegangen, daß sie, indem sie sich auf die betriebliche Gewinnmaximierung orientieren, gesamtwirtschaftlich effizient handeln⁹³). Da die hiermit unterstellte Interessenidentität durchgängig selbst nicht geglaubt wird, sollen die Banken die AHB und z.T. die VVB, obwohl sie alle Organe mit wirtschaftlicher Rechnungsführung und damit verbundenem Gewinn sind, Kontrollfunktionen wahrnehmen, sie verkörpern die doppelte Wirtschaftsrechnung in sich selbst, damit aber auch deren Problematik. Wirtschaftsrechnung ex post soll durch sie – soweit möglich – zu Wirtschaftsrechnung ex ante werden.

Während sich bei den bisher aufgeführten Teilbereichen die Frage der Funktionslogik an dem Doppelcharakter der Maßnahmen entzündet, scheint mir die Preisproblematik z.T. anders gelagert zu sein. Bekanntermaßen konnte die Preisgestaltung, z.B. die Bestimmung über die Preisbildung für neu- und weiterentwickelte Erzeugnisse⁹⁴), womit der technische Fortschritt stimuliert werden sollte, ungerechtfertigte Gewinne nicht verhindern. Derartige Gewinne waren insofern ungerechtfertigt, als z.B. nur eine scheinbare, zumindest für den Verbraucher nicht erforderliche Weiterentwicklung von Produkten ausschließlich zu dem Zweck unternommen wurde, um höhere Preise und damit höhere Gewinne ohne eigene sinnvolle Leistung erzielen zu können. Solche Probleme, wie überhaupt die aufgetauchte Problematik der Preissteigerungen sind zumindest teilweise auf Widersprüchlichkeiten bzw. auf Unstimmigkeiten innerhalb der ökonomischen Hebel zurückzuführen, wobei es fraglich ist, wieweit ein solches System überhaupt in sich stimmig gestaltet werden kann, ohne daß damit der Legitimationszusammen-

90) Bettelheim war früher selbst davon ausgegangen, daß ein solches Verfahren der Berechnung der Rentabilität möglich sei, wenn man eine mittlere Gewinnrate berechnet, um dann die Investitionsvariante auszuwählen, die den niedrigsten „Produktionspreis“ erzielt, „wobei sich dieser Produktionspreis aus dem Herstellungspreis plus einem fiktiven Zinssatz errechnet, der sich aus der Anwendung der mittleren Profitrate ergibt“ (Fn 3, S. 115).

91) Vgl. Buck (Fn 43), Hensel, Mises, Raupach (Fn 2)

92) Zur Problematik einer „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ vgl. R. Damas: Die „Anwendung der Arbeitswerttheorie“ und die Planung der Preise in der DDR, in diesem Heft; zum andern gehen in das Modell von Bettelheim viel zu wenige Faktoren ein, wie auch das Zeitproblem nicht genügend bedacht ist.

93) Vgl. das Zitat in vorliegendem Text hinsichtlich der Eigenerwirtschaftung (S. 28)

94) Anordnung über die Preisbildung für neu- und weiterentwickelte sowie veraltete Erzeugnisse der chemischen Industrie, vom 7. November 1968. GBl. der DDR, II, 1968, S. 977

hang verlassen wird. Ansonsten hing das Problem der Preissteigerung sicherlich auch mit der Möglichkeit der Verfügung über Investitionen zusammen, der nicht einfach mit der weiteren Übernahmen von Wertkategorien (z.B. Zinspolitik) begegnet werden konnte.

Ein solcher Mechanismus wäre ein dem „Marktmechanismus“ von Angebot und Nachfrage überlassener Zinssatz gewesen, der bei dem allgemeinen Investitionsbedürfnis der Betriebe sich erhöht hätte, womit umgekehrt das Bedürfnis reduziert würde. Diesen idealtypisch am kapitalistischen System gewonnenen und von bürgerlichen Kritikern empfohlenen Weg hat die DDR nicht beschritten, womit sie davon ausging, daß allein mit monetären Kategorien eine indirekte Zentralisierung hin auf die gesamtgesellschaftlichen Präferenzen nicht erreicht werden kann. Denn dies würde nicht nur die Aufgabe der Wirtschaftsrechnung ex ante, sondern auch die Aufgabe der gelenkten Wirtschaftsrechnung ex post zugunsten naturwüchsiger Prozesse bedeuten. Naturwüchsige Prozesse sind es auch dann noch, wenn die Zinssätze von der Zentrale gehoben und gesenkt werden, da sie eindeutig nur im nachhinein reagiert. Naturwüchsigkeit hat jedoch nichts mit Dezentralisierung zu tun. Es ist ein Unterschied, ob Wertkategorien – wenn auch unzulänglich – gebraucht werden oder ob die Zentrale nur noch auf sie reagiert. Gebrauchte Wertkategorien sind eigentlich eine *contradictio in adjecto*. Dieser immanente Widerspruch muß jedoch ausgehalten werden, seine Setzung zeigt bereits eine andere Qualität der Wertkategorien an. Die andere Qualität besteht darin, daß diese Wertkategorien in ihrem Gebrauch zu Kategorien der Produktionssphäre werden sollen und auch werden, somit zu Kategorien der gesellschaftlichen Rechnungsführung – wenn auch in partiell verzerrter Form, da von einem unmittelbarem Charakter der gesellschaftlichen Arbeit nicht gesprochen werden kann.

Aus den hier skizzierten Maßnahmen und den dahinterstehenden Überlegungen wird m.E. deutlich, daß in der DDR auf oberster Ebene ein stärkeres Bewußtsein um die Problematik der Übernahme bestimmter Mechanismen als Mittel zur bewußten Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung vorhanden ist, als bei der geringen Neigung zur expliziten Problematisierung zum Ausdruck kommt. Die Maßnahmen nur daraus erklären zu wollen, daß die Partei ihren Machtanspruch⁹⁵⁾ nicht in Frage gestellt wissen will, hieße entweder behaupten, daß Dezentralisierungsmaßnahmen unbedingt etwas mit Demokratisierungsmaßnahmen (=Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse) zu tun haben, während sie sich doch weitgehend auf die Anwendung von ökonomischen Hebels zwecks indirekter Zentralisierung beschränken. Oder aber man geht davon aus, daß die Restauration überkommener Verhältnisse zwischen den Individuen, indem man Mechanismen aus dem Kapitalismus als ökonomische Hebel übernimmt, somit die Tatsache der Verstaatlichung der Produktionsmittel ungenügend in eine Wirtschaftsrechnung ex ante umzusetzen versucht, ohne weiteres die Position der Partei in Frage stellt. Beides ist unrichtig.

III. Das ÖSS seit den Rezentralisierungsmaßnahmen vom Herbst 1970⁹⁶⁾

Auf zweierlei Weise konnte man den Mängeln begegnen, die sich mit der Strukturpolitik aufgrund der auf sie zurückschlagenden Vernachlässigung anderer Bereiche,

95) Vgl. Scherzinger-Rüger, Jahresplanung . . . (Fn 56), S. 191

96) In Anbetracht des Zweckes des Aufsatzes soll auch hier nicht jede Detailbestimmung Erwähnung finden.

mit dem Preissystem, das auf Preissenkungen orientieren sollte und Preissteigerungen nicht verhindern konnte, mit der freien Entscheidung über Investitionen verbunden mit Produktionseinstellungen, mit der übermäßigen Neigung zu Investitionen und zu Importen seitens der Betriebe einstellten. Daraus waren – insbesondere dadurch, daß die finanzwirtschaftliche Lenkung nicht einmal die gebrauchswertmäßigen Voraussetzungen der Strukturpolitik hinsichtlich Produktion, Investition und Außenwirtschaft⁹⁷⁾ sichern konnte – schwere Störungen, Wachstumsschwierigkeiten, Disproportionen und Versorgungslücken entstanden.

Es bestand die Möglichkeit, die den Dezentralisierungsmaßnahmen partiell entgegenstehenden, gegengewichtig gedachten Maßnahmen abzubauen. Eine solche Vorgehensweise entspräche den Vorstellungen der bürgerlichen Kritiker, die die Strukturpolitik, d.h. die Einheit von finanzieller und materieller Planung bemängeln und für die Störungen der Proportionen z.T. verantwortlich machen. Neben der Strukturpolitik wird von ihnen desweiteren vornehmlich das Preissystem und die Zinspolitik verantwortlich gemacht, da sich in beiden nicht die Knappheit, nicht das Verhältnis von Angebot und Nachfrage widerspiegelt⁹⁸⁾. Mit anderen Worten heißt das, daß die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der DDR im Ablauf des Jahres 1970 von den hier angesprochenen Kritikern mit einem zu Wenig an Dezentralisierungsmaßnahmen (besser: an Marktmechanismen), einer mangelnden Konsequenz bei ihrer weiteren Verfolgung erklärt werden, während die getroffenen Dezentralisierungsmaßnahmen nicht für die aufgetretenen Mängel verantwortlich gemacht werden.

Zum andern bestand die Möglichkeit bzw. die Notwendigkeit, falls man die soeben skizzierte Position nicht als eine Möglichkeit betrachtet, einige der Dezentralisierungsmaßnahmen in ihrer bestimmten Form wieder zurückzunehmen. Daß diese Zurücknahme nicht im Sinne eines Zurückgreifens auf das Planungssystem vor 1963 zu verstehen ist, wird sofort deutlich, wenn die Maßnahme, die beibehalten bzw. die verändert wurden, dargelegt werden. Daß die Zurücknahme aber auch nichts darüber besagt, daß man nicht erneut versuchen wird, mit dezentralen Mitteln die Wirtschaft zu lenken, zeigen die Diskussionen z.B. um den weiter oben erwähnten gemischten Preistyp⁹⁹⁾, der für die Perspektivplanperiode 1976-1980 im Gespräch ist. Die augenblicklichen stärker administrativen Maßnahmen z. B. auf dem Gebiet der Preise sind so als vorübergehende Konsolidierungsmaßnahmen¹⁰⁰⁾ zu betrachten; vorübergehend deshalb, weil das Bewußtsein vorhanden ist, daß ein so komplexes System ebenso wenig administrativ verwaltet werden kann, wie auf Zwangsmechanismen bewußter Natur bei der Herstellung der Gesellschaftlichkeit der Produktion nicht verzichtet werden kann. Das macht die Maßnahmen jedoch nicht weniger problematisch, denn der „Zwang“, in einen gewissen Wechsel von Dezentralisierungs- und Zentralisierungsmaßnahmen als Konsolidierungsmaßnahmen einzutreten, falls man kein in sich geschlossenes System ökonomischer Hebel zu-

- 97) Melzer/Rüger: Wirtschaftssysteme III. Die Folgen der Dezentralisierung für den volkseigenen Betrieb. In: Die Wirtschaftswoche 6/1972, S. 32. „Die vorgegebenen Richtungskoeffizienten veranlaßten die Betriebe, im Rahmen ihrer Dispositionsmöglichkeiten jenen Exporten Vorrang einzuräumen, die den betrieblichen Gewinn am günstigsten beeinflußten. Da diese nicht unbedingt mit der zentral geplanten Exportstruktur übereinstimmen, konnten vom Plan abweichende regionale Verzerrungen der Exportströme eintreten.“
- 98) Vgl. die Wochenberichte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung (DIW) (z.B. 5/1971, 22/1971, 24/1971, 47/1971, 36/1972).
- 99) R. Kindler: Arbeitskräftefonds und fondsbezogener Preistyp. In: Wirtschaftswissenschaft 1/1972, S. 47 ff.
- 100) P. Mitzscherling: Zunehmender Dirigismus oder Ausbau des neuen ökonomischen Systems? In: Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung. 2/1969, S. 227 ff.

stande bringt und sich auch nicht zu weitergehenden „dezentralen“ – besser dann: natürwüchsigen – Mitteln entschließt, ist natürlich mit gesamtwirtschaftlichen Kosten verbunden. Wenn der Versuch gelingen soll, die mittlere Entscheidungsebene durch abgestimmte Parameter auf die zentral vorgegebenen Präferenzen indirekt hinzulenken, dann bedarf es dazu einer gesicherten längerfristigen Dispositionsfähigkeit der Betriebe mit einer gewissen Sicherung dahingehend, daß sie nicht sehr schnell wieder mit Veränderungen rechnen müssen. Solche Unsicherheit hinsichtlich der Stabilität der getroffenen Maßnahmen trägt noch verstärkt dazu bei, daß die Betriebe sich einzelwirtschaftlich auf ihre Gewinnmöglichkeiten kurzfristig orientieren zu Lasten längerfristiger Überlegungen. Zum andern impliziert ein Wechsel der Maßnahmen eine Flut von neuen Bestimmungen und Informationen, die ebenfalls nicht zu einer flexibleren Anpassung an die jeweiligen Bedingungen beitragen.

Während im Mai 1970 fast nur finanzwirtschaftliche Kategorien vorgegeben wurden, wird seit Ende 1970 wieder verstärkt auf eine gebrauchswertmäßige Planung zurückgegriffen¹⁰¹⁾, wobei die wertmäßige nicht durch die gebrauchswertmäßige Planung ersetzt werden soll – das wäre in der Tat eine Rückkehr zu administrativen Methoden. Vielmehr sollen beide Momente, wertmäßige und gebrauchswertmäßige, finanzielle und materielle Planungsmomente sich verbinden. Die Begründung, die durchgängig in der Literatur zu finden ist¹⁰²⁾, lautet, daß mit langfristigen Normativen und der Orientierung am Nettogewinn allein – wenn auch in einem durch staatliche Normative und Kennziffern weitgehendst finanzwirtschaftlicher Natur abgesteckten Rahmen – gewünschte Sortimentsstrukturen in verschiedenen Preisklassen, Bedarfsgerechtigkeit und proportionale Entwicklungen nicht gesichert werden können, folglich auch eine gebrauchswertmäßige Steuerung notwendig ist. Daher gewinnt die Kennziffer Warenproduktion¹⁰³⁾ an Bedeutung.

Wenn man danach fragt, was von den „Reformen“ erhalten geblieben ist, so kann man in einem ersten Durchgang grob die meisten Maßnahmen zwischen 1963 und 1970 nennen. Sie müssen jedoch in einem zweiten Durchgang bei der Frage nach den Veränderungen nach 1970 ebenfalls zumeist genannt werden, da sie bedeutende Veränderungen erfahren haben. Folgende zwischen 1963 und 1970 eingeführten Maßnahmen bleiben grundsätzlich erhalten

- das Optimierungs- statt des Maximierungsprinzips und damit keine Rückkehr zur Bruttoproduktion¹⁰⁴⁾
- der Gewinn als Leistungsmaßstab und Leistungsstimulus
- damit verbunden das Prinzip der Eigenerwirtschaftung

- 101) Vgl. Beschluß über die Durchführung des ökonomischen Systems des Sozialismus im Jahre 1971 vom 1. Dezember 1970. GBl. der DDR, II, 1970, S. 731
- 102) Vgl. prinzipiell Die Wirtschaft (Jahrgänge 1971/72) und Wirtschaftswissenschaft (1971/72).
- 103) Die Kennziffer Warenproduktion eignet sich nur sehr bedingt als Rentabilitätskennziffer, da sie nicht auf eigener Leistung zu basieren braucht. Vgl. hierzu Scherzinger-Rüger, Jahresplanung . . . (Fn 56), S. 196/197, 201.
- 104) Vgl. hierzu K.C. Thalheim: Die neue Phase des ökonomischen Systems des Sozialismus. Gesamtwirtschaftliche Würdigung. In: B. Gleitze/K. C. Thalheim/H. Buck/W. Förster: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 68. Vgl. zu dieser Kennziffer, die die Frage des „Wie“ und damit den technischen Fortschritt nicht berücksichtigt und die zum andern insofern kein Maßstab betrieblicher Leistung sein kann, als Vorleistungen in diese Kennziffer eingehen. Abgesehen von dieser betrieblich orientierten Problematik war die Kategorie Bruttoproduktion auch volkswirtschaftlich problematisch, als sie dazu führte, daß dieselben Werte mehrmals aufgeführt werden konnten. Vgl. Übergangsperiode . . . (Fn 35), S. 32 f. Es besteht folglich – so Gleitze – die Gefahr, daß man sich „reich“ rechnet.

- damit verbunden betriebliche Kostenrechnungen, die das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis kalkulieren
- die Umgestaltung von Banken zu Wirtschaftsorganen, damit auch die Kreditfinanzierung
- das Bestreben, im Preissystem den gesellschaftlichen Kosten Ausdruck zu verleihen und aus ihm einen ökonomischen Hebel hinsichtlich Selbstkostensenkung, technischen Fortschritts etc. zu machen
- Ware-Geld-Beziehungen zwischen den Betrieben, somit das System von Wirtschaftsverträgen
- das System materieller Anreize
- die Produktionsfondsabgabe, wobei die Beibehaltung dieser Maßnahme insofern sehr problematisch bzw. ungünstig ist, als der fondsbezogene Industriepreis gestoppt wurde; zumindest in fondsintensiven Bereichen ist der Gewinn damit kein Leistungsmaßstab mehr¹⁰⁵⁾
- das einheitliche Betriebsergebnis, d.h. der Einbezug der außenwirtschaftlichen Tätigkeit der Betriebe bei der Bemessung der Leistung.

Diesem Festhalten an bestimmten Prinzipien der Regulierung stehen Veränderungen gegenüber:

- der fondsbezogene Industriepreis, der den Gewinn als Prozentsatz auf die eingesetzten Fonds bezog und somit die fondsintensiven, d.h. auch den technischen Fortschritt stimulierenden Branchen fördern sollte, wurde partiell gestoppt¹⁰⁶⁾
- das Industriepreisregelsystem¹⁰⁷⁾, das dafür sorgen sollte, daß sich die Preise dynamisch den Bedingungen anpassen – jedoch im Sinne von Preissenkungen, damit nicht immer wieder in bestimmten Abständen ruckartig ein neues Preissystem geschaffen werden muß, wurde ebenfalls gestoppt, da ungerechtfertigte Preiserhöhungen zu verzeichnen waren
- während bis 1970 das Normativ der Nettogewinnabführung¹⁰⁸⁾ in Prozentsätzen – somit anteilig – gekoppelt mit einem Mindestbetrag vorgesehen war, womit eine Steuerung zukünftiger volkswirtschaftlicher Strukturen verbunden war, wird seit 1970/71 der Betrag in Mark – somit als absoluter Betrag ausgedrückt
- erheblich größere Vorschriften und Festlegungen, was die Investitionsmöglichkeiten anbelangt¹⁰⁹⁾. Projekte dürfen erst begonnen werden, wenn sie den zentralen Anforderungen entsprechen, was seine Bestätigung darin findet, daß die Projekte in staatliche Titellisten aufgenommen werden. Das Produktionsprogramm wird somit festgelegt. Damit kann man zwar nicht behaupten, daß der betriebliche Entscheidungsspielraum wegfällt, er wird nur vorverlagert und dann festgelegt, was eine flexible Anpassung an neue Bedingungen und Möglichkeiten erschweren kann. Zugleich wird mit dieser Neuregelung der Investitionskompe-

- 105) Vgl. weiter oben S. 25
- 106) Vgl. den folgenden Aufsatz
- 107) Vgl. den folgenden Aufsatz
- 108) Vgl. weiter oben S. 27
- 109) Vgl. weiter oben S. 27 ff, 31 ff

- tenzen der formal beibehaltene Stimulus Gewinn in seiner Wirksamkeit brüchig¹¹⁰⁾
- der Gewinn wird als Plangewinn (Nettogewinn = staatliche Plankennziffer) je nach geplanten und akzeptierten Investitionen festgelegt
 - die Kreditvergabe¹¹¹⁾ wird strenger gehandhabt, auch diese Finanzierungsquelle soll der Einheit von materieller und finanzieller Planung dienen
 - dem Versuch, mittels weicher Pläne und mittels Übererfüllung der Plankennziffer Nettogewinn an zusätzliche Mittel für Investitionen heranzukommen, sind ebenfalls enge Grenzen gesetzt. Der Mehrgewinn kann nämlich insofern nicht willkürlich für Investitionen verwandt werden, als Investitionsmittel über die Kennziffer Investitionsvolumen hinaus nur zur Verwirklichung von Neuerer-vorschlägen, die der Rationalisierung dienen und einen Aufwand von 10 000 M¹¹²⁾ je Vorschlag nicht übersteigen, verwandt werden können. Ansonsten wird der Mehrgewinn genützt für Verbesserungen der Arbeitsorganisation, Kredit-tilgungen, Prämienfonds, Kauf gebrauchter Produktionsmittel, Eigenherstellung von Automatisierungs- und Rationalisierungsmitteln
 - die Bedeutung der Richtwerte, der Kennziffern für Rentabilität, Produktivität hat zugenommen. Die Richtwerte und Kennziffern sollten – wie weiter oben ausgeführt – den Rahmen abstecken, innerhalb dessen sich die Gewinnmaximierung abwickeln sollte. Indem die Bedeutung des Gewinns eingeschränkt wurde, da sich gerade die Annahme der Relevanz der Rahmenbedingungen als nur bedingt stichhaltig erwies, nehmen konsequenterweise die Kennziffern einen größeren Raum ein
 - die Außenhandelsbetriebe haben einen bestimmten Valutaaufkommensplan. Mit diesem Plan sind die Prämienleistungen verknüpft wobei die Abrechnung wie auch in anderen Bereichen ungünstigerweise monatlich geschieht und bei Untererfüllung der Monatsaufgaben Kürzungen des Prämienfonds im Gefolge hat. Diese Maßnahme stellt sicherlich keine ökonomisch günstige Regelung dar
 - der Prämienfonds ist analog der Tatsache, daß der Nettogewinn in absoluter Höhe geplant ist, ebenfalls in absoluter Höhe festgelegt, womit die Gefahr weicher Pläne sich erneut stellt. Zum andern hängt er – abgesehen von der Erfüllung der Kennziffer Nettogewinn – auch noch von der Erfüllung zweier weiterer Aufgaben ab, die der Betrieb vorher ausgewählt hat¹¹³⁾
 - die Reduzierung der Bedeutung der Kennziffer Gewinn, deren Ablösung durch eine Kennziffer, die sich auf die Selbstkosten bezieht, in der Diskussion ist¹¹⁴⁾, soll wohl z.T. durch den Leistungsfonds¹¹⁵⁾ gefördert werden. Diesem Leistungs-

110) Buck: Das ökonomische System . . . (Fn 43), S. 104. „Rationalisierungs- und Komplettierungsinvestitionen (dürfen) mit der Folge von Kapazitätserweiterungen nur noch dann genehmigt werden, wenn sie den staatlichen Investitionsschwerpunkten für die Erneuerung des Produktionsapparates entsprechen, sämtliche Zulieferungen im voraus vertraglich abgesichert sind, die Zuliefer- und Baubetriebe unveränderbare verbindliche Preisangebote abgeben haben, eine hohe Selbstfinanzierung möglich ist, alle Rationalisierungsmöglichkeiten nachweislich ausgeschöpft sind und die vorhandenen Anlagen für die betreffenden Produktionen bereits mehrschichtig ausgenutzt werden.“

111) Vgl. weiter oben S. 31 ff

112) entfällt

113) Vgl. Die Wirtschaft 17/1972, S. 11 f. Die Wirtschaft 24/1972, S. 13

114) Vgl. weiter oben S. 27 ff. Vgl. Die Wirtschaft 12/1972, S. 7 f; 34/1972, S. 2; 32/1972, Beilage 12

115) Anordnung über die Planung, Bildung und Verwendung des Leistungsfonds der volkseigenen Betriebe vom 14. Juli 1972. GBl. der DDR, II, 1972, S. 467. Vgl. hierzu Die Wirtschaft 26/1972, S. 3-5. Vgl. den Wochenbericht 36/1972 des DIW.

- fonds sollen jedoch bei Planerfüllung nur dann Mittel zugeführt werden können, wenn die entsprechenden Aufgaben bereits bei der Planausarbeitung übernommen wurden, womit man wohl der Gefahr weicher Pläne begegnen will. Dieser Fonds ist, weil er m.E. den Abbau der Bedeutung der Kennziffer Gewinn ermöglichen soll, ohne daß das betriebliche Interesse an Leistung abklingen soll, weniger zur individuellen materiellen Befriedigung gedacht als vielmehr zur Erfüllung von sozialen Aufgaben, innerbetrieblichen Verbesserungen, die jedoch keine Erweiterungsinvestitionen implizieren dürfen
- die Relativierung der ökonomischen Hebel, insofern als die Lenkung nicht mehr nur mit finanzwirtschaftlichen Mitteln erfolgt, vielmehr eine Einheit von materieller und finanzieller Planung vorgesehen ist zwecks Sicherung einer proportionalen Entwicklung; damit zusammenhängend gewinnen die naturalen Bilanzen an Bedeutung¹¹⁶⁾.

Mit den angeführten Maßnahmen werden also nicht alle Veränderungen zwischen 1963 und 1970 beseitigt, ihr indirekter Charakter wird jedoch eingeschränkt, insofern die monetären Mittel entweder nicht in Prozentsätzen, sondern in absoluten Größen festgelegt werden und/oder mit materiellen Vorgaben und Aufgabenstellungen verknüpft werden. Den Betrieben sind infolgedessen die Ziele wesentlich stärker vorgegeben, zumindest innerhalb eines bestimmten Zeitablaufs, d.h. daß die Betriebe in einer früheren Phase auf diese Ziele Einfluß nehmen müssen, dann allerdings inhaltlich festgelegt werden. Indem diese Festlegung auch noch mit einer monatlichen Erfüllung gekoppelt wird, wird hier sicherlich eine Bestimmung getroffen, die insofern Schaden anrichtet, als die Betriebe versuchen werden, irgendwie den Forderungen nachzukommen – sicherlich u.U. auch unter Außerachtlassung von Rentabilität und Effizienz. Solche vorgegebenen und festgelegten Aufgaben sind

- „Abschluß termingerechter und sinnvoll gestalteter Beschaffungs- und Lieferverträge;
- Erzielung einer effizienten Nutzung von Rohstoffen und Materialien (dabei ist er genötigt, bestimmte Materialverbrauchsnormen wie Materialausnutzungs-koeffizienten, Materialverlustnormen, Normen der Materialrückgewinnung und andere einzuhalten);
- bedarfs-, qualitäts- und termingerechte Herstellung der geplanten Erzeugnisse, wobei dem Betrieb die Aufstellung von Marktanalysen vorgeschrieben ist, um absatzinadäquate Produktionen zu vermeiden;
- verbesserte Nutzung der Produktionsanlagen (beispielsweise über Mehrschichtenbetrieb) und der Umlaufmittelbestände;
- zweckmäßiger Einsatz und eine ständige Weiterbildung der Arbeitskräfte;
- Durchführung sinnvoller Rationalisierungsmaßnahmen, die Weiterentwicklung beziehungsweise verbesserte Kombination bisheriger Erzeugungstechniken und die Entwicklung neuer oder verbesserter Produkte;
- Senkung der Verarbeitungskosten.

Die Gestaltung dieser Aufgaben und die Konkretisierung der vorgegebenen Planziele finden ihren Niederschlag in dem vom Betrieb zu erstellenden Betriebsplan. Dieser enthält Festlegungen über alle materiellen Ziele und finanziellen Aktivitäten der kommenden Planperiode. Neben dem Produktionsplan, in dem eine Aufgliederung aller Produktionsziele – nach Menge, Qualität und Termin – auf die einzelnen Ab-

116) Vgl. den Wochenbericht 47/1971 des DIW.

teilungen, Meisterbereiche und Arbeitsbrigaden des Betriebs erfolgt, stehen weitere wichtige Teilpläne, die sich beispielsweise auf die Investitionstätigkeit, die Auslastung der Anlagen, den Arbeitskräfte- und Materialeinsatz, die Aufteilung der Lohnsumme, Verbesserungen der Kostenstruktur, Steigerungen der Arbeitsproduktivität und schließlich den Absatz beziehen.“¹¹⁷⁾

Mit Hilfe dieser Maßnahmen konnte zweifelsohne eine gewisse Konsolidierung z.B. des Verhältnisses von strukturbestimmenden Aufgaben und Zulieferindustrie erreicht werden. Sie reichen jedoch andererseits nicht aus, um entstandene Disharmonien und bestimmte bis dahin überhaupt noch nicht gelöste Probleme aufzuheben. Ja sie haben sogar bestimmte Probleme verstärkt und erneut ins Spiel gebracht. Probleme, die von der Planwirtschaft – der Wirtschaftsrechnung ex ante – bisher theoretisch noch nicht gelöst wurden:

- das Problem der Bilanzierung des Plans, dem man mit Verflechtungsbilanzen nahekommen will bzw. mit Teilverflechtungsbilanzen, deren geringem Fassungsvermögen an Daten jedoch ein Vielfaches an Daten in der Realität gegenübersteht. Hinzu kommt, daß der Zeitfaktor nur unzulänglich in diesen Verflechtungsbilanzen bisher Berücksichtigung findet. Planung ohne Zeitfaktor ist jedoch ein Unding. Dieses Problem stellt sich bei stärkerer Zentralisierung vermehrt, ist aber auch ansonsten gegeben. Es stellt sich dort insofern stärker, als auf zentraler Ebene mehr bilanziert werden muß. Zum ändern ist die Bilanzierung materieller, wertmäßiger und finanzieller Natur, womit die Frage aufgeworfen ist, ob hierin nicht effizienzermindernde Zielkonflikte insofern enthalten sind, als diese Teilziele sich nicht immer decken.
- das Problem eines Informationssystems. Ein Versuch zur Lösung dieses Problems wurde 1968¹¹⁸⁾ initiiert, dann jedoch aufgrund der weiteren Ereignisse vorläufig abgebrochen. Der Informationsbedarf muß gut strukturiert sein, nach Möglichkeit stark aggregiert werden (so Planung nicht bürokratisch ausüfern soll), schnell abrufbar sein, doppelte Arbeit ersparen, d. h. aber auch, daß der Informationsfluß nicht nur vertikal, sondern auch sehr stark horizontal verlaufen muß, um vielfache Arbeit bezogen auf dasselbe oder ein ähnliches Problem zu vermeiden etc. Auch dieses Problem ist in einer Planwirtschaft allgemeiner Natur, wenn es sich auch in einer stärker zentral orientierten ähnlich wie die Bilanzproblematik vermehrt stellt, da die Zentrale einen größeren Teil der Entscheidungen direkt an sich zieht und nicht bei Steuerung mittels indirekter Hebel den mittleren Entscheidungsebenen überläßt
- das Problem der Nutzeffektkriterien. Läßt sich überhaupt und wenn ja, rechtzeitig ausmachen, ob einzelwirtschaftliche Rentabilität und gesamtwirtschaftliche Effizienz zusammenfallen? Bis jetzt jedenfalls ist dieses Problem noch nicht gelöst. Andererseits kulminiert in ihm die Frage nach den Möglichkeiten von Planwirtschaft, nach der Möglichkeit einer im voraus zu bestimmenden gesamtwirtschaftlichen Effizienz.

Probleme, die stärker gesellschaftspolitischer Natur sind:

- die Schaffung eines Informationssystems muß hier ebenfalls angesprochen werden, da man es hier nicht nur mit einem technischen, sondern auch einem gesellschaftlichen Problem zu tun hat, nämlich inwieweit die Betriebe bereit sind, im Rahmen ihrer Möglichkeiten Optimalplanangebote zu liefern. Da die

Zentrale ohne Informationen von „unten“ nicht auskommt, bestimmen die Betriebe mit ihren Angeboten insgesamt die Planziele

- das Informationsproblem ist Ausfluß der Tatsache, daß von einer Interessenidentität nicht ausgegangen werden kann. Je mehr die Interessenidentität als angeblich vorhanden gesetzt wird, umso stärker wird wohl das Problem ihrer Nichtvorhandenheit. Dieses Problem stellt sich im ganzen gesehen stärker bei einer zentral geplanten Wirtschaft und weniger bei einer über finanzwirtschaftliche Mittel gelenkter.

Probleme, die stärker ökonomischer Natur sind:

- hiermit ist vor allem die Frage der logischen Konsistenz zentraler Vorgaben und Kennziffern gemeint. Beispielsweise ist das System der ökonomischen Hebel eben gerade nicht ein in sich geschlossenes System gewesen, insofern der Preistyp und die mit ihm verbundenen Maßnahmen (IPRS) Preissenkungen initiieren sollten, in Wirklichkeit jedoch Preissteigerungen ermöglichten¹¹⁹⁾. Auch nach 1970 ist dieses System nicht in sich konsistent, insofern man die Kennziffer Gewinn zugunsten der Kennziffer Warenproduktion reduzierte. Diese Kennziffer ist jedoch kaum geeigneter, als Leistungsmaßstab zu dienen, da sie – das hat sie mit der Kennziffer Gewinn gemein – ebenfalls nicht auf eigener Leistung zu basieren braucht¹²⁰⁾. So wird das Interesse an der Produktion solcher Waren größer, die hohen Vorleistungen anderer Bereiche implizieren;
- die Beibehaltung der Produktionsfondsabgabe bei gleichzeitiger vorläufiger Stornierung des fondsbezogenen Industriepreises¹²¹⁾.

IV. Zur Bewertung planwirtschaftlicher Versuche am Beispiel der DDR

Ob verstärkt indirekte oder direkte Maßnahmen eingesetzt werden sollen, ist nicht nur eine enger ökonomische Frage, sondern auch eine Frage der Einschätzung der gesamtgesellschaftlichen Strukturen. Schätzt man die Problematik so ein, daß das Schwanken zwischen stärker direkt zentralen bzw. indirekt zentralen Mitteln auch dadurch entsteht, daß die Privatheit der Interessen kaum aufgebrochen bzw. verlängert wird, da Herrschaft erneut zu einer besonderen Funktion wurde, wenn auch durchaus anderen Inhalts, so kann man sich – und hier verbindet sich das Problem der Steigerung des gesellschaftlichen Reichtums mit dem der Vergesellschaftung – nicht für verstärkt zentralisierte Maßnahmen aussprechen, trotz der Gefahren, die sich mit indirekter Zentralisierung verbinden.

Zentrale Planung kann nicht als solche angestrebt werden, vielmehr ist neben den ökonomischen Implikationen auch die Frage zu stellen, wie zentrale Entscheidungen zustande kommen, wie es um ihre Beeinflussbarkeit steht, inwieweit zentral mit gesamtgesellschaftlich usw. synonym gesetzt werden kann. Das Letztere muß stark in Zweifel gezogen werden, denn die Dezentralisierungsmaßnahmen haben an dem hierarchischen Leitungsgefüge trotz Produktionskomitees, gesellschaftlichen Räten, Produktionsberatungen¹²²⁾ kaum etwas geändert, haben folg-

119) Vgl. den folgenden Aufsatz

120) Vgl. Wirtschaftswissenschaft 5/1972, weiter oben S. 48, Fn 104

121) Vgl. weiter oben S. 25

122) Vgl. B. Rabehl: Eine Reise in die DDR. Gespräche und Notizen. In: Kursbuch 30, Dezember 1972, S. 39 f. Weiterhin R. Damus: Demokratischer Zentralismus im ökonomischen System der DDR. In: Bauwelt 25/26, Stadtbauwelt 30, Juni 1971, S. 115 ff.

117) Melzer/Rüger, Wirtschaftssysteme III (Fn 97), S. 34

118) Vgl. Planangebote . . . (Fn 76)

lich nicht zur Demokratisierung, d. h. zur Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse beigetragen, weder innerhalb des Betriebes noch zwischen mittlerer und zentraler Entscheidungsebene. Es herrscht das Prinzip einer strengen Einzelleitung auf den verschiedensten Ebenen; der Sinn dieses Prinzips der Einzelleitung ist wohl weniger ein ökonomischer, sondern dient vielmehr der Sicherung der Verantwortlichkeiten. Das hat jedoch ökonomisch nicht die Früchte gebracht, die man sich vielleicht davon erhoffte, weil zur Kontrolle der Entscheidungen eine Menge Informationen gehören, die den Kontrollorganen im Vergleich zum Kontrollierten gerade nicht zur Verfügung stehen, zumindest hängt dies zu einem gehörigen Maß von den Kontrollierten selbst ab, die derart in ihrer Privatheit gelassen auch nach ihr handeln. Das Prinzip der Einzelleitung zahlt sich infolgedessen hinsichtlich gesamtwirtschaftlicher Effizienz nicht aus, noch umfassender betrachtet ist es ohnehin in diskutabel.

So scheint das Prinzip der Einzelleitung, auf dem das hierarchische Leitungsgefüge aufgebaut, mehr politischer Natur zu sein, im Sinne eines Stabilisierungsfaktors für gegebene Verhältnisse. Wenn jedoch eine stärkere Vergesellschaftung der Planungs- und Leitungsprozesse kaum intendiert wird, so fragt es sich, wie man annehmen kann, daß die Betriebe nicht jeweils versuchen werden, Gewinne jenseits gesamtwirtschaftlicher Effizienz und auch partiell betrieblicher Rentabilität zu erzielen. Jedenfalls wurden noch nicht Mittel gefunden, die die Betriebe auf die gesamtgesellschaftlichen zentral festgelegten Präferenzen uneingeschränkt hinzwängen könnten. Abgesehen davon wäre eine solche Lösung nicht wünschenswert, weil sie Mittel hinter dem Rücken der Beteiligten einsetzen, die Verhältnisse zwischen den Individuen hinterrücks regeln würde. Von bewußter Gestaltung könnte keine Rede sein, damit aber auch nicht von einer Planwirtschaft.

Ziele lassen sich nicht mit völlig konträren Mitteln erreichen. Gelänge es überhaupt, solche ökonomisch-technische Mittel zu finden, die hinter dem Rücken der Individuen diese auf die dann nicht gesamtgesellschaftlichen, vielmehr zentral festgelegten Ziele hinlenken, dann wäre dies – abstrakt planwirtschaftlich gesehen – zweifelsohne ein Erfolg. Mit den ursprünglichen Intentionen hat das allerdings nur noch wenig gemein, denn der Terminus Planwirtschaft beinhaltet mehr als technisch-ökonomisches Funktionieren. Mit Planwirtschaft ist der dauernde Versuch gemeint, die Verhältnisse der Individuen untereinander bewußt zu gestalten, was bedeutet, daß diese allmählich immer mehr von diesen selbst bewußt gestaltet werden. Denn langfristig ist es eine *contradictio in adjecto*, wenn eine Zentrale stellvertretend für die Betroffenen die Verhältnisse zwischen ihnen bewußt gestalten will. Hält sie daran fest, schlägt dies um in verkrustete Entscheidungsstrukturen, denen die verkürzte Suche nach technisch-ökonomischen Mitteln zur Beherrschung der wirtschaftlichen Abläufe, damit aber auch zur Beherrschung der Individuen korrespondiert.

So scheint der Versuch, wirtschaftliche Effizienz einmal stärker mit direkt zentralen, zum andern stärker mit indirekt zentralen Mitteln erreichen zu wollen, seine Grenzen zu haben. Diese Grenzen sind sicherlich bei einem zentraleren Modell in Anbetracht der heute zur Verfügung stehenden Mittel deutlicher sichtbar, abgesehen davon, daß in solch zentraleren Modellen, wie sie heute in den osteuropäischen Staaten gegeben sind, die Identität von zentralen Entscheidungen und gesamtgesellschaftlichen Präferenzen eine Setzung darstellt, die nichts über den Charakter der Entscheidungsstrukturen aussagt.

In beiden Modellen, so wie sie in der Praxis ausgeformt worden sind, wird

unzulänglicher, als es möglich erscheint, der Vorteil einer Planwirtschaft ausgenutzt, nämlich der einer bewußten Mitgestaltung auf den verschiedensten Ebenen. Dazu gehört jedoch ein allgemeines Bewußtsein um die widersprüchlichen Bedürfnisse und das Bewußtsein von der erst einmal gegebenen Nichtidentität der Interessen in ihren Einzelheiten. Je harmonischer zum einen, von sog. objektiven Gesetzmäßigkeiten bedingt zum andern das Bild heutiger Realität offiziell beschrieben wird, je mehr spielen sich die Disharmonien auch mit negativen ökonomischen Folgen unkontrolliert ab.